

MEHR MARKT WIRTSCHAFT



13. BUNDESMITTELSTANDSTAG // 1. UND 2. SEPTEMBER 2017 // NCC MITTE IN NÜRNBERG

VERANSTALTUNGSBUCH

- TAGUNGSUNTERLAGEN
- GESCHÄFTSBERICHT
- GRUSSWORTE

#BMT17



Statue auf der Vorderseite: Albrecht Dürer (1471-1528)

Der deutsche Maler, Zeichner und Kupferstecher Albrecht Dürer zählt zu den bedeutendsten und vielseitigsten Persönlichkeiten der Kunstgeschichte. Dürer war einer der produktivsten Techniker seiner Zeit, der die deutsche und niederländische Kunst entscheidend beeinflusste und weiterentwickelte.

Dürer war ein politisch aktiver Nürnberger Mittelständler, international interessiert und orientiert, aber immer mit regionaler Bodenhaftung und starkem Bekenntnis zu seiner Heimat, in die er trotz lukrativer Angebote immer wieder zurückkehrte. Dabei war er ein exzellenter Netzwerker mit breitem Horizont auch in gesellschaftlichen, künstlerischen und theologischen Fragen, kurzum: Albrecht Dürer wäre heute wahrscheinlich ein prominenter Vertreter der MIT.

Er wurde am 21. Mai 1471 als drittes Kind (von insgesamt 18 Kindern) des Goldschmieds Albrecht Dürer und seiner Ehefrau Barbara in Nürnberg geboren. Sein Vater kam 1455 aus Ungarn nach Nürnberg und übte dort erfolgreich den Handwerksberuf eines Goldschmieds aus. In früher Jugend nahm er seinen Sohn in seine Werkstatt, um ihn gleichfalls zum Goldschmied auszubilden. Ab 1486 wurde er Schüler in der Werkstatt des Künstlers Michael Wölgemut in Nürnberg. Hier machte Dürer erste Erfahrungen mit der Herstellung von Holzschnitten. In den Jahren von 1490 bis 1494 begab sich Dürer auf seine Wanderjahre nach Colmar, Basel und Straßburg. Anschließend kehrte er nach Nürnberg zurück, wo er 1494 Agnes Frey heiratete. Im November 1494 begab sich Dürer auf seine Studienreise nach Italien, wo er Eindrücke der italienischen Renaissance gewann. Hier entstanden erste beachtete Landschaftsaquarelle und Selbstbildnisse. Im Jahr 1495 kehrte er nach Nürnberg zurück. Mit 26 Jahren machte sich Dürer 1497 selbstständig. Ab 1503 konnte er in der Nürnberger Altstadt eine Werkstatt mit drei Mitarbeitern betreiben. Mehrfach arbeitete er im Auftrag des Kaisers Maximilian I.

Dürers Tätigkeit beschränkte sich nicht auf seine künstlerische Arbeit. Mit steigendem Erfolg als Maler wuchs sein politisches Engagement. 1506 wurde er Mitglied des Großen Rates der Stadt Nürnberg. Damit war Dürer maßgeblich an der Planung künstlerischer Projekte der Stadt beteiligt. Im Sommer 1518 war er als Vertreter der Stadt Nürnberg auf dem Reichstag in Augsburg, wo er den Augsburger Unternehmer Jakob Fugger und andere bedeutende Persönlichkeiten im Werk verewigte. Die Bekanntschaft mit Schriften Luthers, „der mir aus großen engsten geholfen hat“, fällt in diese Zeit. 1520 begab sich Dürer mit seiner Frau über Bamberg, Frankfurt, Mainz, Köln nach Antwerpen. Letztere Stadt sollte während seines Aufenthalts seine zentrale Residenz werden, von wo aus er zahlreiche Ausflüge in andere Städte unternahm. Ein Jahr später trat er die Rückreise an. Der Grund für die Reise war vor allem ökonomischer Natur. Im Januar 1519 war Dürers wichtigster Gönner Kaiser Maximilian I verstorben. Dieser hatte dem Künstler 1515 eine jährliche Leibrente von 100 Gulden zugesprochen. Mit dem Ableben des Kaisers verweigerte der Nürnberger Rat die Fortzahlung dieses Privilegs und forderte eine neuerliche Bestätigung durch den Nachfolger Maximilians, dem späteren Kaiser Karl V. Die Krönung sollte am 20. Oktober in Aachen stattfinden und die Monate vorher nutzte Dürer dafür, um sich ein breitgefächertes Netzwerk aus Personen aus dem Umfeld des Thronanwärters zu spannen, die er als Fürsprecher für seine Angelegenheit gewinnen wollte. Die Bestätigung seiner Rente erreichte ihn am 12. November 1520. Die Reise in die Niederlande war ein Triumph ohnegleichen und überall wurde der Meister mit Respekt und Bewunderung überschüttet. Nach seiner Heimkehr nach Nürnberg widmete sich Dürer wieder der künstlerischen Tätigkeit. Ab 1521 leitete er die heute verlorene Ausschmückung des Nürnberger Rathauses. Albrecht Dürer verstarb von Krankheit ausgezehrt am 6. April 1528 in Nürnberg.



A_EDITORIAL	4
B_UNTERLAGEN ZUM 13. BUNDESMITTELSTANDSTAG	5
1. REGULARIEN (TAGESORDNUNGSPUNKT 2)	6
Wahl des Tagungspräsidiums (Tagesordnungspunkt 2.1)	6
Beschlussfassung über die Tagesordnung (Tagesordnungspunkt 2.2)	6
Bestätigung der Antragskommission (Tagesordnungspunkt 2.3)	7
Wahl der Mandatsprüfungskommission (Tagesordnungspunkt 2.4)	7
Wahl der Stimmzählkommission (Tagesordnungspunkt 2.5)	7
2. ANLAGE ZUM BERICHT DES BUNDESSCHATZMEISTERS (TAGESORDNUNGSPUNKT 3.2)	8
3. BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFER (TAGESORDNUNGSPUNKT 3.3)	10
4. BERICHT DES HAUPTGESCHÄFTSFÜHRERS/DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE (TAGESORDNUNGSPUNKT 3.4)	12
5. BERUFUNG VON EHRENMITGLIEDERN (TAGESORDNUNGSPUNKT 9)	26
6. WAHL DER RECHNUNGSPRÜFER (TAGESORDNUNGSPUNKT 13)	27
7. REDNER AUF DEM BUNDESMITTELSTANDSTAG	28
8. „FRÄNKISCHER ABEND“	29
9. STANDPLANUNG AUSSTELLER	30
10. AUSSTELLER, SPONSOREN UND PARTNER	32
C_GESCHÄFTSBERICHT	35
1. BUNDESVORSTAND	36
2. BERICHT ÜBER DIE INHALTLICHEN BESCHLÜSSE DES BUNDESVORSTANDS 2015–2017	40
3. ARBEITSBILANZ 2015-2017	42
4. BERICHT AUS DEN LANDESVORBÄNDEN	48
5. BERICHT AUS DEN KOMMISSIONEN	82
6. DIE ARBEIT DES PKM	96
7. BERICHT ÜBER DIE BESCHLÜSSE DES 12. BUNDESMITTELSTANDSTAGS	99
8. BERICHT ÜBER DIE MIT-ANTRÄGE AN DIE CDU-BUNDESPARTEITAGE 2015 UND 2016	113
9. STATISTIKEN	115
D_ GRUSSWORTE	117
E_ ANLAGEN	131
1 KONTAKTDATEN UND ZEITTADEL	132
2 BISHERIGE BUNDESMITTELSTANDSTAGE	133
3 ORGANIGRAMM	134





MIT STARKEM KOMPASS IN DIE BUNDESTAGSWAHL

**Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Delegierte zum
Bundesmittelstandstag 2017,
liebe Gäste,**

zum 13. Bundesmittelstandstag der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU in Nürnberg heiÙe ich Sie herzlich willkommen! In diesem Jahr steht unsere Tagung im besonderen Licht der Bundestagswahl am 24. September. Drei Wochen vor der richtungsentscheidenden Wahl können wir mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer erstmals beide Vorsitzenden unserer Mutterparteien bei uns begrüÙen. Gemeinsam mit ihnen wollen wir die heiÙe Phase des Wahlkampfes einläuten und für ein wettbewerbsfähiges Deutschland streiten.

Inhaltlich stehen uns zwei Höhepunkte bevor. Zum einen geben wir uns erstmals in unserer Geschichte ein Grundsatzzprogramm. Dem Entwurf ging ein dreijähriger Beteiligungsprozess aller Mitglieder voraus. Ich bin deshalb sehr froh, dass wir uns unter dem Titel „Der Kompass – Soziale Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert“ einmal unserer grundlegenden Werte vergewissern.

Zum anderen greift der Leitantrag die größten wirtschaftspolitischen Herausforderungen aus MIT-Sicht auf. Wir fordern eine faire Besteuerung von Bürgern und Unternehmen mit deutlichen Steuersenkungen, eine Modernisierung des Arbeitsmarkts und eine marktwirtschaftliche Neuausrichtung der Energie- und Klimapolitik. Wir wollen Deutschland zur „Digitalrepublik Nummer 1“ in Europa entwickeln und zudem herausstellen, dass die innere Sicherheit einen gewichtigen Standortfaktor für uns darstellt. Der Leitantrag bildet somit einen weiteren Kompass für uns im Bundes-



MIT

MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU/CSU

tagswahlkampf und in der kommenden Legislaturperiode. Denn die Bundestagswahl entscheidet sich nicht nur über die Köpfe, sondern vor allem über unsere Werte und Positionen. Mit unserem Regierungsprogramm zeigen wir als Union auf, dass es einen Unterschied macht, ob wir das Rennen machen oder eine andere Partei. Das lässt sich vor allem an der Mittelstandspolitik festmachen.

Zunächst enthält unser Wahlprogramm die umfassendste Steuerentlastung, die jemals in einem Wahlprogramm der Union beschlossen wurde. Wir werden im Gegensatz zu den anderen Parteien alle Steuerzahler

spürbar entlasten. Damit setzen wir ein wichtiges Signal an die, die unser Land am Laufen halten. Ebenso haben CDU und CSU mit dem Bekenntnis zur Meisterpflicht eine zentrale Forderung der MIT übernommen. Als einzige politische Kraft wagt sich die Union daran, den Fehler der Abschaffung der Meisterpflicht zahlreicher Berufe rückgängig zu machen. Ferner halte ich es für ein gutes Signal, dass wir auf eine ernsthafte Weiterentwicklung der Rente nach 2030 durch eine parteiübergreifende Rentenkommission setzen. Deutschland gibt inzwischen mehr als die Hälfte seines Bundeshaushalts für Soziales aus. Wer jetzt, wie die linken Parteien, die Sozialstaatsquote weiter erhöhen will, entfernt sich von den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft.

Wir können also im Wahlkampf selbstbewusst aufzeigen, dass die Union ein starkes Angebot für die gesellschaftliche Mitte hat. Jetzt gilt es, unsere Familien, Freunde und Nachbarn von uns zu überzeugen. Lassen Sie uns in Nürnberg Schwung holen für die kommenden zwei Jahre: mit einem starken neuen Bundesvorstand und einer ordnungspolitischen Neujustierung, die über das politische Tagesgeschäft hinausgeht!

Herzliche Grüße

Carsten Linnemann
MIT-Bundesvorsitzender

UNTERLAGEN ZUM 13. BUNDESMITTELSTANDSTAG

- REGULARIEN
- ANLAGE ZUM BERICHT DES BUNDESSCHATZMEISTERS
- BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFER
- BERICHT DES HAUPTGESCHÄFTSFÜHRERS/DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE
- BERUFUNG VON EHRENMITGLIEDERN
- WAHL DER RECHNUNGSPRÜFER
- REDNER AUF DEM BUNDESMITTELSTANDSTAG
- „FRÄNKISCHER ABEND“
- STANDPLANUNG AUSSTELLER
- AUSSTELLER, SPONSOREN UND PARTNER

TAGESORDNUNGSPUNKT 2

REGULARIEN

- 2.1 WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS
- 2.2 BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE TAGESORDNUNG
- 2.3 BESTÄTIGUNG DER ANTRAGSKOMMISSION
- 2.4 WAHL DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION
- 2.5 WAHL DER STIMMZÄHLKOMMISSION

TAGESORDNUNGSPUNKT 2.1

WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS

Die Bundesgeschäftsstelle der MIT schlägt dem 13. Bundesmittelstandtag folgendes Tagungspräsidium vor:

Katrin Albsteiger MdB
MU Bayern

Bernhard Kösslinger
MU Bayern

Marco Reuter
Landesverband Hessen

Jens Spahn MdB
Landesverband Nordrhein-Westfalen

TAGESORDNUNGSPUNKT 2.2

TAGESORDNUNG

Der Bundesvorstand der MIT schlägt dem 13. Bundesmittelstandtag folgende Tagesordnung vor:

- **TOP 1** **Eröffnung und Begrüßung**
- **TOP 2** **Regularien**
 - 2.1 Wahl des Tagungspräsidiums
 - 2.2 Beschlussfassung über die Tagesordnung
 - 2.3 Bestätigung der Antragskommission
 - 2.4 Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - 2.5 Wahl der Stimmzählkommission
 - 2.6 Bestätigung der Antragsfrist
- **TOP 3** **Berichte**
 - 3.1 Bericht des Bundesvorsitzenden**
Dr. Carsten Linnemann MdB
 - 3.2 Bericht des Bundesschatzmeisters**
Hermann Hesse
 - 3.3 Bericht der Rechnungsprüfer**
Uwe Sellnow
- 3.4 Bericht des Hauptgeschäftsführers**
Thorsten Alsleben
- **TOP 4** **Bericht der Mandatsprüfungskommission**
Andreas A. Sobotta
- **TOP 5** **Aussprache zu den Berichten**
- **TOP 6** **Entlastung des Bundesvorstands**
- **TOP 7** **Wahl des Bundesvorstands**
 - 7.1 Wahl des Bundesvorsitzenden
 - 7.2 Wahl der 6 stellv. Bundesvorsitzenden
 - 7.3 Wahl des Bundesschatzmeisters
 - 7.4 Wahl der 35 weiteren Mitglieder des Bundesvorstands
- **TOP 8** **Bericht des PKM-Vorsitzenden**
Christian Frhr. von Stetten MdB
- **TOP 9** **Berufung von Ehrenmitgliedern**
Nach §5 (2) der Satzung der MIT
- **TOP 10** **Antragsberatungen**
 - 10.1 Leitantrag
 - 10.2 Änderungen der Satzung
 - 10.3 Grundsatzprogramm
 - 10.4 Anträge allgemein
- **TOP 11** **Rede**
Dr. Angela Merkel MdB
Bundeskanzlerin und Vorsitzende der CDU Deutschlands
- **TOP 12** **Rede**
Horst Seehofer MdB
Ministerpräsident des Freistaates Bayern und Vorsitzender der CSU
- **TOP 13** **Wahl der Rechnungsprüfer**
- **TOP 14** **Rede**
Joachim Herrmann MdB
Innenminister des Freistaates Bayern und Spitzenkandidat der CSU für die Bundestagswahl 2017
- **TOP 15** **Schlusswort des Bundesvorsitzenden**

TAGESORDNUNGSPUNKT 2.3 BESTÄTIGUNG DER ANTRAGSKOMMISSION

Der Bundesvorstand der MIT schlägt dem 13. Bundesmittelstandstag folgende Antragskommission vor, welche vom Bundesvorstand am 5. Mai 2017 bestellt wurde (GO der MIT, § 10 (3)):

EHRENVORSITZ:
Prof. Dr. Winfried Pinger, Nordrhein-Westfalen

VORSITZ:
Marco Reuter, Hessen

MITGLIEDER:
Gerd Albrecht, Thüringen
Thorsten Alsleben, MIT-Bundesgeschäftsstelle
Henning Aretz, Nordrhein-Westfalen
Dr. Thomas Brändlein, Bayern
Michael Darda, Nordrhein-Westfalen
Verena David, Hessen
Marie-Luise Dött MdB, Nordrhein-Westfalen
Peter Erl, Bayern
Alexander Fleck, Baden-Württemberg
Dr. Albrecht Geier, Baden-Württemberg
Dr. Thomas Geppert, Bayern
Peter Götz, Bayern
Daniel Hackenjos, Baden-Württemberg
Katharina-Luise Kittler, MIT-Bundesgeschäftsstelle
Hans-Dieter Klaxen, Niedersachsen
Sabine Kleinke, Niedersachsen
Dr. Christoph Konrad, Rheinland-Pfalz
Dr. Thomas Köster, Nordrhein-Westfalen
Jörn Krauskopf, Bremen
Stefan Lange, Schleswig-Holstein
Wolfgang Leyendecker, Nordrhein-Westfalen
Jörg Meurer, Rheinland-Pfalz
Marcus Müller, Baden-Württemberg
Dr. h.c. Hans Michelbach MdB, Bayern
Friedhelm Müller, Nordrhein-Westfalen
Dr. Markus Pieper MdEP, Nordrhein-Westfalen
Volker Rode, Hessen
Inka Sarnow, Baden-Württemberg
Thomas Schmatz, Bayern
Stefan Simmnacher, Nordrhein-Westfalen
Andreas Sobotta, Niedersachsen
Dr. Philipp Steinwärder, Hamburg

TAGESORDNUNGSPUNKT 2.4 WAHL DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Der Bundesvorstand der MIT schlägt dem 13. Bundesmittelstandstag folgende Mandatsprüfungskommission vor:

VORSITZ:
Andreas A. Sobotta, Niedersachsen

MITGLIEDER:
Berthold Jost, Hessen
Helmut Klapheck, Rheinland-Pfalz
Ulla Müller-Eisenhardt, Baden-Württemberg
Erika Schlauch, Baden-Württemberg

TAGESORDNUNGSPUNKT 2.5 WAHL DER STIMMZÄHLKOMMISSION

Der Bundesvorstand der MIT schlägt dem 13. Bundesmittelstandstag folgende Stimmzählkommission vor:

VORSITZ:
Martin Fernbach, ehemals CDU-Bundesgeschäftsstelle

MITGLIEDER:
Nadine Kober, Rheinland-Pfalz

20 Helfer von Mittelstandsunion, Junge Union, Schüler Union, Frauen Union, Senioren-Union und CSU Bayern

TAGESORDNUNGSPUNKT 3.2

ANLAGE ZUM BERICHT DES BUNDESSCHATZMEISTERS

Zusammenfassung gemäß § 24 Abs. 9 PartG

Einnahmen- und Ausgabenrechnung				
	2016		2015	
Einnahmen	€	%	€	%
1. Mitgliedsbeiträge	656.720,00	40,74	673.203,50	49,53
2. Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Spenden von natürlichen Personen	9.665,22	0,60	51.664,18	3,80
4. Spenden von juristischen Personen	11.290,05	0,70	26.308,23	1,94
5. Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
5a. Einnahmen aus Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Einnahmen aus sonstigem Vermögen	904,90	0,06	453,45	0,03
7. Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	567.320,24	35,19	241.920,02	17,80
8. Staatliche Mittel	0,00	0,00	0,00	0,00
9. Sonstige Einnahmen	22.048,24	1,37	10.062,31	0,74
10. Zuschüsse von Gliederungen	344.000,00	21,34	355.600,00	26,16
Summe	1.611.948,65	100,00	1.359.211,69	100,00
Ausgaben	€	%	€	%
1. Personalausgaben	457.323,98	32,90	475.917,54	34,27
2. Sachausgaben				
(a) des laufenden Geschäftsbetriebes	127.420,54	9,17	268.574,57	19,34
(b) für allgemeine politische Arbeit	765.901,88	55,10	626.967,61	45,15
(c) für Wahlkämpfe	0,00	0,00	0,00	0,00
(d) Ausgaben für die Vermögensverwaltung einschließlich sich hieraus ergebender Zinsen	13.752,32	0,99	11.573,18	0,83
(e) sonstige Zinsen	235,00	0,02	1.147,59	0,08
(f) Ausgaben im Rahmen einer Unternehmenstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
(g) sonstige Ausgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Zuschüsse an Gliederungen	64,81	0,00	1.411,99	0,10
Summe	1.390.030,04	100,00	1.388.742,32	100,00
Überschuss (+) / Defizit (-)	+221.918,61		-29.530,63	

Vermögensbilanz		
	2016	2015
Besitzposten	€	€
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Sachanlagen		
1. Haus- und Grundvermögen	1.768.702,20	1.701.559,07
2. Geschäftsstellenausstattung	84.641,00	108.358,00
II. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen an Unternehmen	0,00	0,00
2. Sonstige Finanzanlagen	0,00	0,00
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Forderungen an Gliederungen	83.009,49	84.593,42
II. Forderungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	0,00	0,00
III. Geldbestände	296.739,76	291.712,60
IV. Sonstige Vermögensgegenstände	16.605,42	55.179,35
Summe	2.249.697,870	2.241.402,44
Schuldenposten	€	€
A. RÜCKSTELLUNGEN		
I. Pensionsverpflichtungen	0,00	0,00
II. Sonstige Rückstellungen	76.922,00	103.931,00
B. VERBINDLICHKEITEN		
I. Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	6.282,32	6.389,51
II. Rückzahlungsverpflichtungen aus der staatl. Teilfinanzierung	0,00	0,00
III. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	917.382,70	1.034.130,38
IV. Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern	0,00	0,00
V. Sonstige Verbindlichkeiten	33.930,90	103.690,21
Summe	1.034.517,92	1.248.141,10
Reinvermögen	+1.215.179,95	+993.261,34
Summe Verbindlichkeiten und Reinvermögen	2.249.697,87	2.241.402,44

ABSTIMMUNG DES REINVERMÖGENS		€
Reinvermögen 1.1.2016		993.261,34
Überschuss (+) / Defizit (-) 2016		<u>221.918,61</u>
Rechnerisches Reinvermögen zum 31.12.2016		<u><u>1.215.179,95</u></u>
Differenz		0,00

TAGESORDNUNGSPUNKT 3.3

BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFER ZUR ENTLASTUNG DES BUNDESVORSTANDS

RECHNUNGSPRÜFUNGSBERICHT FÜR DEN ZEITRAUM NOVEMBER 2015 BIS JULI 2017

Grundlage der Prüfung sind die buchhalterischen Unterlagen des Wirtschaftsprüfers für die Jahre 2015 und 2016 (durch Testat des Wirtschaftsprüfers untersetzt), sowie die buchhalterischen Unterlagen des Steuerberaters für das Jahr 2017 bis Ende Juli.

Bei der Prüfung haben wir folgende Prüfungsschwerpunkte gesetzt:

1. Prüfung auf Satzungskonformität mit Erkennen der Wirtschaftlichkeit auf Basis oben genannter buchhalterischer Unterlagen

Die Prüfung der Jahresabschlüsse erfolgte stichprobenartig für die Geschäftsjahre 2015, 2016 sowie die Prüfung der buchhalterischen Unterlagen für die erste Jahreshälfte 2017. Wir können die ordnungsgemäße Buchführung bestätigen. Die Bilanzidentität wurde überprüft und ist nicht zu beanstanden. Die Berichte des Wirtschaftsprüfers wurden überprüft. Die satzungsgemäße Mittelverwendung auch unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Verwendung der Mittel wird festgestellt.

2. Gesetzliche Leistungen und Rückstellungen

Die detaillierten Nachweise der Lohn- und Lohnnebenkosten wurden auf Richtigkeit überprüft. Die Ordnungsmäßigkeit wird bestätigt, sodass gesetzlich vorgeschriebenen Überprüfungen zum gleichen Prüfungsergebnis kommen werden.

3. Sondertilgungsrecht Bundesgeschäftsstelle


Entsprechend Baufinanzierung F01/050387287 ist ab 2016 ein Sondertilgungsrecht in Höhe von bis zu 5 % der Darlehenssumme vereinbart. Aufgrund der guten Wirtschaftlichkeit konnte ab 2016 von dem Sondertilgungsrecht Gebrauch gemacht werden. Wegen der guten Ergebnisse 2015, 2016 und sogar der ersten Jahreshälfte 2017 konnte die Sondertilgung von 5 % in 2016 und auch 2017 geleistet werden.

4. Veranstaltung MIT:FUTURA

Der Bundesvorstand hatte 2016 die Durchführung der MIT:FUTURA in 2017 beschlossen. Daraufhin hatte die Bundesgeschäftsstelle unmittelbar mit den Vorbereitungen begonnen und musste frühzeitig einen Veranstaltungsort terminlich verbindlich fixieren, weil sonst zum Wunschtermin kein Veranstaltungsort mehr verfügbar gewesen wäre. Durch eine längere krankheitsbedingte Abwesenheit der Projektverantwortlichen in der MIT-Bundesgeschäftsstelle, wäre die Veranstaltung nur noch mit externer Hilfe durchführbar gewesen. Dies hätte erhebliche Mehrkosten verursacht, die den Etatansatz deutlich überschritten hätten. Die Bundesgeschäftsstelle hat daher dem Präsidium vorgeschlagen, die MIT:FUTURA ausfallen zu lassen, was vom Präsidium so beschlossen wurde. Mit dem Veranstaltungsortbetreiber konnte in Verhandlungen eine Lösung gefunden werden, die nur ein Drittel der vertraglich eigentlich zu leistenden Ausfallsumme umfasste.

Wir, die Rechnungsprüfer, haben bei der Durcharbeitung am 3. und 4. August 2017 in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin keine Beanstandungen feststellen können.

Wir empfehlen dem 13. Bundesmittelstandtag die Entlastung des Bundesvorstands.



Uwe Sellnow



Tobias Hagemeyer

Neue Seiten aufschlagen.

Mit Rücksicht.



Forum
Rücksichtsvoll
Rauchen

[Ruecksichtsvoll-Rauchen.de](https://www.ruecksichtsvoll-rauchen.de)

TAGESORDNUNGSPUNKT 3.4 BERICHT DES HAUPTGESCHÄFTSFÜHRERS / ARBEIT DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MODERNISIERUNG GEHT WEITER

Auch in der Vorstandsperiode 2015 bis 2017 hat die Bundesgeschäftsstelle – neben dem laufenden Geschäft – den Bundesvorstand mit vielen Neuerungen unterstützt und begleitet. Obwohl die Große Koalition es nicht leicht gemacht hat, wirtschaftspolitisch vernünftige Forderungen durch- und umzusetzen, sind der MIT doch einige Erfolge gelungen, die von der Bundesgeschäftsstelle vorbereitet und begleitet wurden. Daneben wurden auch die Verbandsarbeit und die Organisation der Geschäftsstelle in vielen Punkten verbessert und modernisiert.



Große Medienresonanz: Carsten Linnemann und Mathias Middelberg präsentieren das MIT-Steuerkonzept der Hauptstadtresse

POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND ERFOLGE

Die MIT ist in der täglichen Arbeit, in den Kommissionen, im Bundesvorstand, aber auch in Zusammenarbeit mit den Abgeordneten im Bundestag mit vielen wirtschaftspolitischen Themen befasst. Es gibt zu den verschiedenen Bereichen Positionsbestimmungen, Anträge an den Bundesparteitag, Initiativen für die Bundestagsfraktion und öffentliche Äußerungen von Repräsentanten der MIT. In vielen dieser Themen konnten auch – sogar in der Großen Koalition – Erfolge im Sinne des Mittelstands und ordnungspolitischer Grundüberzeugungen erzielt werden. Doch unter dem MIT-Bundesvorsitzenden Carsten Linnemann und mit Unterstützung des ganzen Bundesvorstands hat sich die MIT in den letzten Jahren auf bestimmte thematische Schwerpunkte konzentriert, um bei begrenzten Ressourcen diese Punkte besonders kraftvoll zu verfolgen und zum Erfolg zu bringen.

STEUERREFORM

Nachdem die MIT 2014 die Flexi-Rente durchgesetzt hatte und 2014 und 2015 die Steuerbremse zur Abschaffung der kalten Progression, war das Schwerpunktthema 2016 und 2017 die Forderung nach einer umfassenden Steuerreform.

Von ihr sollen vor allem Steuerzahler mit kleinen und mittleren Einkommen sowie Familien mit Kindern profitieren. Mit mehreren Werkstattgesprächen, Fachdialogen und wissenschaftlicher Begleitung, u. a. durch die Professoren Clemens Fuest und Bernd Raffelhüschen, sowie mit Unterstützung des Steuerzahlerbun-



CDU-Bundesparteitag 2016 in Essen: MIT-Chef Linnemann wirbt erfolgreich für Steuersenkungen

des hat die MIT ein wohldurchdachtes und mit Beispielen gerechnetes Steuerkonzept erarbeitet. Carsten Linnemann stellte das Steuerkonzept im Sommer 2016 gemeinsam mit dem Vorsitzenden der MIT-Steuerkommission Mathias Middelberg der Hauptstadtpresse vor. Die Medienresonanz war gewaltig: Nahezu alle Fernsehsender berichteten darüber, ebenso alle überregionalen Tageszeitungen sowie zahlreiche Regionalmedien.

Der nächste Schritt war, die Ideen, die hinter dem Konzept standen, auf dem CDU-Bundesparteitag 2016 in Essen durchzusetzen. Mit politischem Druck und in nicht ganz leichten Verhandlungen machte sich dann die CDU-Führung die MIT-Forderungen aus dem sogenannten „Deutschland-Paket“ zu eigen: Ein Drittel der erwarteten und von den Steuerschätzern bezifferten Steuermehreinnahmen soll für Steuersenkungen verwendet werden, ein Drittel für zusätzliche Investitionen und ein weiteres Drittel für unabwendbare Ausgabensteigerungen und Schuldenabbau. Dieses Konzept hat die CDU mit ihrem Leitantrag einstimmig beschlossen und die Forderungen nach Steuersenkungen für niedrige und mittlere Einkommen sowie für Familien mit Kindern im Sinne der MIT konkretisiert. Vor allem wegen des massiven Drucks der MIT sprach sich die CDU klar gegen Steuererhöhungen aus.

Auch ins CDU/CSU-Wahlprogramm wurden die Absage an Steuererhöhungen und die Zusage für Steuersenkungen aufgenommen, die sich im Wesentlichen an den Vorschlägen des MIT-Steuerkonzepts von 2016 orientieren: Mit einer Absenkung der Steuersätze im unteren und mittleren Bereich, der Erhöhung des Kindergrundfreibetrags und des Kindergelds sowie der angekündigten ersten Absenkung des Solidaritätszuschlags summieren sich die Entlastungen auf knapp 30 Milliarden Euro in der Jahreswirkung. Damit bleiben CDU und CSU zwar etwas hinter den Forderungen der MIT zurück, kündigen aber deutlich mehr an, als ursprünglich von Spitzenvertretern der CDU zugestanden worden war.

DIGITALISIERUNG

Ein inhaltlicher Schwerpunkt der MIT war auch die Digitalisierung: Glasfaserausbau statt Vectoring, Digitalminister, Verwaltungsdigitalisierung. Es ist erfreulich, dass nahezu alle Forderungen der MIT zum Thema Digitalisierung ins Wahlprogramm von CDU und CSU gekommen sind, sodass wir davon ausgehen können, dass die nächste Legislaturperiode im Zeichen der Digitalisierung steht und der Staat für Bürger und Unternehmen deutlich moderner wird und „anwendungsfreundlicher“ auftritt.

MEISTERBRIEF

Von der MIT, und zwar im politischen Berlin ausschließlich von der MIT, wird die Wiedereinführung der Meisterpflicht in den Branchen gefordert, in denen dieser Qualifikationsnachweis bei der Handwerksnovelle 2004 weggefallen war. Die MIT bezweckt, mit dieser Stärkung des Meisterbriefs die in diesen Branchen weit überdurchschnittlich gesunkene Ausbildungsneigung wieder zu erhöhen. Ein erster Erfolg war ein in diese Richtung gehender Beschluss des CDU-Bundesparteitags. Und inzwischen versprechen CDU und CSU auf erneutes Nachhaken der MIT auch im Wahlprogramm, den Meisterbrief zu stärken und die Wiedereinführung der Meisterpflicht zu prüfen.



Reformbedarf: Beim Werkstattgespräch erläutern Experten, welche negativen Auswirkungen die Abschaffung der Meisterpflicht hatte

NETZWERKE

Die MIT hat zwar mehr als 25.000 Mitglieder, ist aber auf Bundesebe-

ne mit sieben hauptamtlichen Mitarbeitern im Vergleich mit anderen Parteivereinigungen und mit Wirtschaftsverbänden sehr schlank aufgestellt. Insofern sind wir bei unserer Arbeit sehr auf Netzwerke und Unterstützer aus Partei, Fraktion, Ministerien und Verbänden sowie aus wissenschaftlichen Einrichtungen angewiesen. Diese Netzwerke haben wir systematisch auf- und ausgebaut. So laden der Bundesvorsitzende und der Hauptgeschäftsführer regelmäßig die Spitzen der wichtigsten Wirtschaftsverbände in die MIT-Bundesgeschäftsstelle ein, um sich mit ihnen auszutauschen. Auch wurden verschiedene Gesprächsformate etabliert, bei denen die MIT Gastgeber ist, um Politiker mit Unternehmern, Managern oder Wirtschaftsverbandsvertretern in einen vertraulichen Austausch zu bringen. Bewährt haben sich auch die Werkstattgespräche, die wir zu aktuellen Themen oder längerfristigen strategischen Projekten organisieren. In vertraulichen Runden von maximal zehn Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik werden die Themen intensiv durchdacht, hinterfragt und entwickelt. In solchen Runden sind die Idee zur Flexi-Rente, der Vorschlag zum Abbau der Kalten Progression, zur Wiedereinführung der Meisterpflicht, konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau und das MIT-Steuerkonzept entstanden.

Nicht zuletzt werden aus solchen Netzwerken auch neue Mitglieder und finanzielle Unterstützer der MIT gewonnen.

MIT: BASIS

Die MIT lebt vor allem mit und von der ehrenamtlichen Arbeit vor Ort. In der abgelaufenen Vorstandsperiode haben wir deshalb unsere Unterstützung der Basis weiter ausgebaut. Mit neuen Flyern, regelmäßigen Muster-Pressemitteilungen und auch Muster-Präsentationen bieten wir kostenlos bzw. stark bezuschusst hilfreiche Materialien, um die MIT vor Ort zu stärken.

HOMEPAGE-BAUKASTEN FÜR GLIEDERUNGEN



Leicht zu bedienen und günstig: Immer mehr MIT-Gliederungen nutzen den Homepage-Baukasten des Bundesverbands

Eine wichtige Unterstützung für die Basisarbeit ist auch das Angebot der Bundesgeschäftsstelle für Gliederungen, eine eigene Webseite einfach und kostengünstig zu betreiben. Mit dem Homepage-Partner Union Betriebs-GmbH (UBG), der die Webseite für den Bundesverband gestaltet hat und betreut, haben wir ein Baukastensystem entwickelt, das von jeder MIT-Gliederung, die sich das neue Corporate Design und Logo der MIT zu eigen machen will, kostengünstig und leicht – also ohne IT-Kenntnisse – betrieben werden kann. Auf Basis der Homepage der MIT Bund können Gliederungen damit auch Inhalte von der Homepage des Bundesverbands automatisch in ihre Verbands-Homepage einbetten (z. B. aktuelle Meldungen, Pressemitteilungen oder Termine). Der Bundesverband hat die Investition für die Einrichtung des Baukastens getragen, sodass für interessierte Verbände keine Einrichtungsgebühren anfallen. Lediglich die monatlichen Gebühren ab 13 Euro für Kreisverbände sowie ab 18 Euro für Landesverbände fallen an. Stadt- und Gemeindeverbände haben zudem die Möglichkeit, sich ab 7,90 Euro monatlich mit einer 1-Seiten-Lösung zu präsentieren. Damit sind die laufenden Kosten auch für kleinere Verbände tragbar. Zahlreiche Landes- und Kreisverbände nutzen dieses Angebot bereits.

Der Bundesverband hat begonnen, ein Kooperationsnetzwerk aufzubauen, von dem die MIT-Mitglieder mit besonderen Rabatten profitieren. MIT-Mitglieder haben nun die Möglichkeit, im internen Mitgliederbereich auf exklusive Angebote unserer Kooperationspartner zurückzugreifen. Dafür müssen sie sich lediglich mit ihrer Mitgliedsnummer auf www.mit-bund.de einloggen. Dabei werden die Preisvorteile durch die Rabattangebote vollständig an die Mitglieder weitergegeben. Der Bundesverband erhält keinerlei Gegenleistungen. Die Kooperationspartner weisen allerdings im Regelfall durch Anzeigen im MIT:NEWSLETTER auf die Mitglieder-Angebote hin.

BASIS-AKTIVITÄTEN BEKANNT MACHEN

Um nach innen und außen zu dokumentieren, dass die MIT breit aufgestellt und regional verwurzelt ist, aber auch um vorzeigbare „Best Practice“-Beispiele zu liefern, weisen wir in den Medien unseres Bundesverbands immer wieder auf die Arbeit an der Basis hin: So finden sich auf der Homepage des Bundesverbands www.mit-bund.de unter „Basis aktuell“ viele vorzeigbare Aktivitäten der MIT-Gliederungen. In jedem unserer 14-tägig online versandten MIT:NEWSLETTER wählen wir von diesen Basis-Aktionen jeweils eine besondere Idee aus und machen sie unter den mehr als 15.000 Empfängern publik. Ebenso nehmen wir auch in unsere Presseschau, die an alle Bundesvorstandsmitglieder, Landes-, Bezirks- und Kreisvorsitzende geht, immer ein bis zwei Berichte über beispielhafte Aktionen der MIT-Kreis- oder Stadtverbände als Anregung für andere auf. Im Mittelstandsmagazin finanziert der Bundesverband seit 2017 eine eigene 12-seitige Beilage „MIT vor Ort“ mit Berichten aus den MIT-Gliederungen aus ganz Deutschland, um einen vielfältigen Überblick über die Basisarbeit zu geben.



Zwölf Seiten Basisarbeit: die neue bundesweite Beilage im Mittelstandsmagazin

„MIT:BENCHMARK“ WIRD ABGELÖST DURCH „MIT:LOS GEHT'S“

Mit der Aktion MIT:BENCHMARK haben wir versucht, MIT-Kreisverbänden bei der Reaktivierung zu helfen und sie mit logistischer, ideeller und finanzieller Hilfe zu unterstützen. In einigen Fällen hat das auch gut geklappt. MIT-Kreisverbände wie zum Beispiel in Meißen haben sich exzellent entwickelt. In diesem Sommer hat der Bundesvorstand eine neue Aktion beschlossen: „MIT:LOS GEHT'S“. Hier sollen drei bislang vollständig inaktive Kreisverbände durch Hilfestellung der Bundesgeschäftsstelle neu durchstarten.

SEMINARE

Auf Initiative der MIT hat die Konrad-Adenauer-Stiftung erstmals ein Social-Media-Seminar in den Räumen der MIT-Bundesgeschäftsstelle angeboten. Da das Angebot der KAS zwar öffentlich, aber vor allem auch für die MIT-Basisarbeit interessant ist, haben wir bei Landes-, Bezirks- und Kreisverbänden für eine Teilnahme geworben und es wurde auch von zahlreichen engagierten MIT'lern angenommen.



Neuer nutzerfreundlicher Webshop:
MIT-Werbemittel ganz leicht online bestellen

„MIT:SHOP“ / WERBEMITTEL

In diesem Sommer ist der neue MIT:SHOP unter www.mit-shop.de online gegangen. Dort können alle MIT-Werbeprodukte sowie Infomaterialien bequem und einfach online bestellt werden. Wir kooperieren dafür mit der CDU-Bundesgeschäftsstelle, die ihrerseits ihren Webshop komplett überarbeitet hat. Die MIT hat nun einen eigenen Bereich im CDU-Webshop mit vielen neuen Funktionen, Interaktions-, Bezahl- und Versandmöglichkeiten. Die Abwicklung läuft über den langjährigen Kooperationspartner der CDU, die Firma Portica, sodass die MIT-Bundesgeschäftsstelle beim Bestell-, Versand- und Rechnungswesen entlastet wird. Als neue Werbemittel haben wir unter anderem einen stabilen Stoffbeutel, eine Hissflagge und einen originellen Notizblock im Angebot. Bestellen kann dort jeder; der Shop ist öffentlich. Lediglich die Infomaterialien sind

nur für Mitglieder verfügbar. Die Preise für die Werbemittel sind rein kostendeckend. Die Preise für das Infomaterial werden vom Bundesverband fast vollständig getragen. Lediglich eine Schutzgebühr von 0,10 Euro pro Stück wird verlangt.



CORPORATE DESIGN



Wiedererkennung: Wie die MIT Paderborn übernehmen immer mehr Verbände das neue Logo und Design des Bundesverbands

2014 hat sich der Bundesverband ein neues Logo und ein neues, modernes und frisches Corporate Design gegeben. Immer mehr Gliederungen übernehmen das Logo und das Design: 9 von 15 MIT-Landesverbänden haben sich so optisch aufgefrischt, zwei weitere Landesverbände haben zunächst nur das Design, unter Beibehaltung ihres alten Landeslogos übernommen. In allen Landesverbänden, auch in denen, die derzeit noch an dem Design aus dem Jahr 2004 und auch noch älteren Designvariationen festhalten, übernehmen immer mehr Kreis- und Bezirksverbände die neue Gestaltung, sodass die MIT bundesweit einheitlicher auftritt und der Wiedererkennungswert wächst.

MITTELSTANDSMAGAZIN



Optisch und inhaltlich reformiert:
Das Mittelstandsmagazin mit neuer Redaktion und neuem Design

Mit Ablauf des Jahres 2016 ging die langjährige und erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem „GK Mittel-

standsMagazin Verlag“ zu Ende. Die MIT hat in einem umfangreichen Ausschreibungsverfahren einen neuen Verlag gesucht und mit der UBG, einer 100-prozentigen Tochterfirma der CDU Deutschlands, einen professionellen, modernen und partei- und wirtschaftsmagazinerfahrenen Partner gefunden. Das neue Mittelstandsmagazin wurde optisch und inhaltlich vollständig überarbeitet. Die Erscheinungsweise wurde von zehn auf sechs Ausgaben pro Jahr reduziert. Dafür sind nun mehr tiefgründig recherchierte Geschichten mit wirtschaftspolitischen Themen enthalten. Diese enthalten mehr konkrete Unternehmensbeispiele, meist aus der MIT-Mitgliedschaft, und viele prominente MIT-Mitglieder als Experten oder politische Zitatgeber. Das Mittelstandsmagazin bietet exklusive Interviews, Reportagen, Hintergründe und das in frischer Aufmachung mit ansprechenden Fotos und Grafiken. Mit der Rubrik „Pro und Contra“, in der in jeder Ausgabe zwei MIT-Mitglieder argumentativ „gegeneinander“ antreten, wollen wir zeigen, dass bei uns in der MIT auf einer gemeinsamen Wertebasis Meinungsvielfalt und politische Debatten willkommen sind.

Die inhaltliche Verantwortung für das Magazin liegt nun erstmals vollständig bei der MIT, nachdem die MIT bis 2016 nur begrenzt Einfluss auf die Inhalte des Magazins hatte. Mit einem professionellen Team aus ausgebildeten und erfahrenen Redakteuren werden die meisten Beiträge nun in der Bundesgeschäftsstelle erstellt. Mit dem Journalisten und ehemaligen Magazin-Verleger Hubertus Struck als Chef vom Dienst und der Redakteurin Katharina-Luise Kittler sowie dem Referenten Richard Praetorius füllt Chefredakteur Thorsten Alsleben die 36 bis 40 Seiten. Das Magazin geht an alle 25.000 MIT-Mitglieder sowie 11.000 weitere Führungskräfte aus Politik und Wirtschaft.

Im ersten Jahr der Zusammenarbeit mit der UBG konnten die Kosten der MIT für das Magazin gegenüber den Vorjahren deutlich gesenkt werden.

Mit dem eingesparten Geld wurde zum Einen das Redaktionsteam aufgestockt, zum Anderen wurde ein großer Teil für die Kommunikation über die Basis-Arbeit verwandt: Erstmals bekommen alle Mitglieder mit jeder Ausgabe des Mittelstandsmagazins einen eigenen 12-seitigen Beileger „MIT vor Ort“, in dem alle Landesverbände über besondere Veranstaltungen und Initiativen der Basis berichten können und damit gute Anregungen für andere Verbände innerhalb der MIT liefern.



Alle 14 Tage Neues aus der Bundespolitik: Der MIT-NEWSLETTER hat mehr als 15.000 Abonnenten

MIT:NEWSLETTER

Der MIT:NEWSLETTER ist ein wichtiges Element für die Kommunikation mit unseren Mitgliedern. In der Regel alle zwei Wochen donnerstags wird der Online-Newsletter an Mitglieder und Freunde der MIT verschickt. Er enthält politische Informationen aus Berlin, Neuigkeiten vom MIT-Bundesverband sowie Veranstaltungshinweise der Bundesgeschäftsstelle. Seit November 2015 ist die Zahl der Empfänger kontinuierlich von 13.800 auf 15.200 gestiegen. Im Zusammenhang mit der Rubrik Pro & Contra im Mittelstandsmagazin gibt es mit jeder Magazinausgabe auch eine Online-Umfrage im Newsletter. Neu im Berichtszeitraum sind die Ru-

briken „Basis aktuell“ und „Neu in der MIT“. Damit wollen wir die Bindung zur Basis stärken und das vielfältige Engagement unserer Mitglieder zeigen. Außerdem bieten wir über den MIT:NEWSLETTER unseren MIT-Mitgliedern, aber auch externen Sponsoren und Werbepartnern an, sich mit Anzeigen zu sehr günstigen Preisen für eine interessante Zielgruppe zu präsentieren. Die MIT hat dadurch in 2016 und der ersten Jahreshälfte 2017 rund 7.000 Euro eingenommen. Sollten Sie als Mitglied unseren Newsletter noch nicht erhalten, schicken Sie eine Mail an mail@mit-bund.de.



MIT medial präsentiert: Carsten Linnemann bei Anne Will

PRESSEARBEIT

Die MIT hat mithilfe eines schlagkräftigen Kommunikationsteams die mediale Präsenz in den vergangenen zwei Jahren weiter steigern können. Insbesondere durch die Popularität des Bundesvorsitzenden Carsten Linnemann konnten die Ziele und Vorhaben der MIT in den Medien effektiv platziert werden. Wurde er in seiner ersten Amtszeit zwischen 2013 und 2015 etwa wöchentlich von überregionalen Printmedien, Onlinemedien und Rundfunkanstalten erwähnt, konnten die Positionen der MIT nach 2015 fast täglich überregional verbreitet werden. Auf vier Talkshow-Auftritte 2013 bis 2015 folgten acht Auftritte von Ende 2015 bis Sommer 2017. Vor allem die von der MIT im Sommer 2016 angestoßene Debatte um die Steuerpolitik von CDU und CSU führte zu einer starken, monatelangen Medienresonanz. Während der Pressekonferenz zur Vorstellung des MIT-Steuerkonzepts war der Konferenzraum der Bundesgeschäftsstelle mit rund 30 Hauptstadtjournalis-

ten bis auf den letzten Stuhl gefüllt. Eine hohe mediale Beachtung erfuhr auch das erfolgreich eingebrachte „Deutschland-Paket“ zum CDU-Parteitag Ende 2016. Dabei erweist sich die Strategie als erfolgreich, weniger auf meist unbeachtet bleibende Pressemeldungen zu setzen, sondern gezielt einzelne Journalisten anzusprechen, die unsere Vorhaben exklusiv verbreiten, woraufhin dann im Nachgang andere Medien die Nachricht aufgreifen. Auch haben die nun regelmäßig mit Carsten Linnemann stattfindenden Hintergrundgespräche mit einer Gruppe von Hauptstadtkorrespondenten positive Auswirkungen auf das mediale Ansehen der MIT und auf die Häufigkeit der Nennungen in den Medien. Bei der MIT-Basis sind die Muster-Pressemeldungen sehr beliebt und auf lokaler Ebene erfolgreich. Sie führen nach unseren Analysen zu zahlreichen Veröffentlichungen in den Lokalmedien.

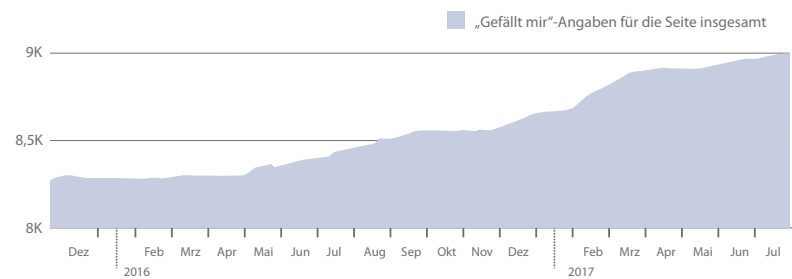
SOCIAL MEDIA

Mit ihren Facebook- und Twitter-Accounts verbreitet die MIT ihre Inhalte und beteiligt sich aktiv an politischen Debatten. Dabei konnte die Reichweite der Posts und Tweets und die Zahl der „Freunde“ und „Follower“ in den vergangenen zwei Jahren enorm gesteigert werden. Auf Facebook folgen inzwischen mehr als 9.000 Abonnen-

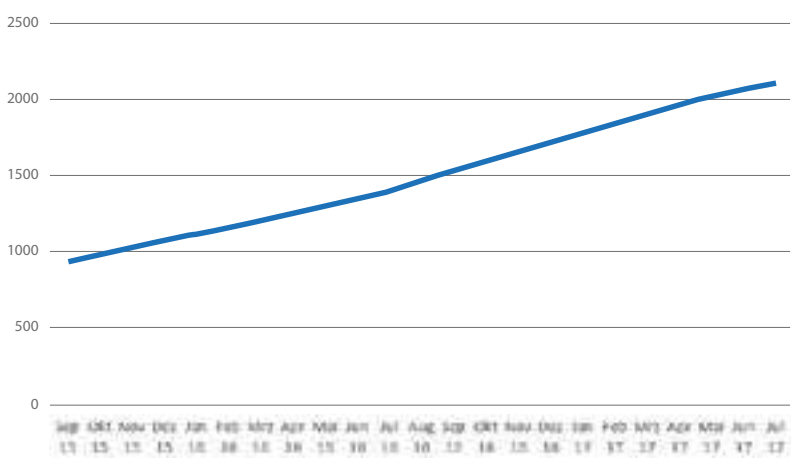


Große Resonanz: Die Kritik an den SPD-Steuerplänen vom 13. Februar 2017 hat bei Facebook 26.000 Personen erreicht

„Gefällt mir“-Angaben für die Facebook-Seite der MIT insgesamt (Stand heute: 8.989)



Twitter Follower



Reichweite gesteigert: Immer mehr interessieren sich für die MIT auf Facebook und Twitter

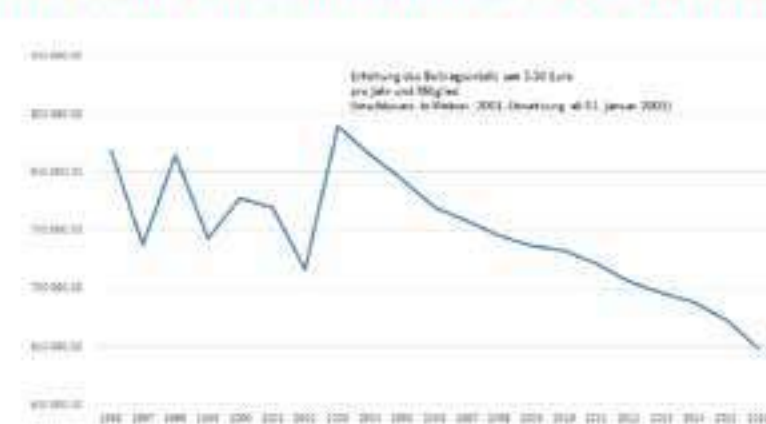
ten den Aktivitäten der MIT. Bei Twitter hat sich die Zahl der „Follower“ in den letzten zwei Jahren auf mehr als 2.100 verdoppelt, obwohl die MIT bislang auf beiden Plattformen kein Budget für die Bewerbung einzelner Beiträge eingesetzt hat. Besonders viel Aufmerksamkeit erreichte die MIT-Forderung zur „Wiedereinführung der Meisterpflicht“ im März 2017 mit rund 35.000 Lesern auf Facebook. Sehr stark wahrgenommen wurde auch der Facebook-Beitrag im Februar zu den SPD-Steuerplänen (26.000 Leser, 149 Kommentare) und im August 2016 zum neuen Steuerkonzept der MIT (15.000 Leser, 136 Kommentare). Ähnlich erfolgreich liefen diese Themen auf Twitter. Für die nächsten zwei Jahre plant die MIT, die Follower-Zahl der Accounts weiter zu steigern und neue inhaltliche Formate auszuprobieren. Dazu zählen zum Beispiel Videos, die MIT-Positionen auch visuell gut transportieren können.

FINANZIERUNG / NEUE EINNAHMEQUELLEN

Die Mitgliederzahlen gehen bereits seit Jahrzehnten kontinuierlich um ein bis zwei Prozent jährlich zurück. Da der Bundesverband, anders als einige Landes- und zum Teil auch Kreisverbände, keine Möglichkeit hat, zu seinen Gunsten den Beitrag zu erhöhen, bedeutet das mit einer seit 14 Jahren unangetasteten Umlage von 30 Euro pro Mitglied jährlich sinkende Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen. Da eine Erhöhung der Umlage nicht geplant ist und zugleich die Anforderungen an professionelle Außenauftritte und Veranstaltungen, inhaltliche Beratung sowie an die Betreuung der Basis steigen, mussten und müssen neben Sparmaßnahmen in der Bundesgeschäftsstelle neue Einnahmequellen generiert werden.

Der größte Anteil an diesen zusätzlichen Einnahmen hat die Akquirierung von Sponsoring-Partnern, die Veranstaltungen und die Arbeit der MIT unterstützen. Dabei sind viele Sponsoren leider nicht mehr bereit, sehr hohe Beträge aufzubringen. So gab es bei der Bundesdelegiertenkonferenz in Deggendorf 2011 einen Hauptsponsor, der die Tagung mit 30.000 Euro unterstützte. Inzwischen liegen die Höchstbeträge etwa bei der Hälfte, auch gibt es bei immer mehr Unternehmen und Verbänden die bedauernde Entwicklung, Parteien und Parteivereinigungen

NETTO-BEITRAGSEINNAHMEN (1996-2016)



Die Einnahmen des Bundesverbands aus Mitgliedsbeiträgen sinken seit 2004 jedes Jahr



Seit 2015 deutlich mehr Einnahmen aus Sponsoring und Spenden

nicht mehr finanziell zu unterstützen. Trotzdem konnten wir durch die Ausweitung der Anzahl der Partner die Sponsoring- und Spenden-Einnahmen in den letzten Jahren deutlich erhöhen.

So hat der Bundesverband in den Jahren 2011 bis 2014 im Durchschnitt rund 75.000 Euro an Spenden und Sponsoringeinnahmen pro Jahr verzeichnet. In den Jahren 2015 und 2016 hat sich dieser Betrag auf durchschnittlich rund 233.000 pro Jahr mehr als verdreifacht. Dabei sind die Einnahmen in den ungeraden Jahren wegen des Sponsorings des Bundesmittelstandtags immer höher als in den geraden Jahren.

Zu den höheren Einnahmen beigetragen haben auch neue, innovative Veranstaltungsformate wie die Verleihung des Deutschen Mittelstandspreises der MIT und die MIT:FUTURA, die für viele Sponsoren ein attraktives Umfeld bieten.

Durch die Vermietung eines von uns nicht in Anspruch genommenen Garagenstellplatzes, der zur neuen Geschäftsstelle gehört, der gelegentlichen Vermietung des Sitzungsraums sowie durch den Verkauf von Anzeigen im MIT:NEWSLETTER konnten weitere Einnahmen erzielt werden.

NEUAUFSTELLUNG TEAM

Da die Bundesgeschäftsstelle Ineffizienzen beseitigt und durch Sparanstrengungen Ausgaben reduziert und

zugleich durch Spenden- und Sponsorenakquise sowie wirtschaftliche Betätigung deutlich mehr Mittel eingeworben hat, gab es die Möglichkeit, die personelle Ausstattung über die vergangenen drei Jahre zu verbessern. Ziel ist es, einerseits die inhaltliche Arbeit mit eigener Fachexpertise zu verstärken, andererseits bei der Organisation von Veranstaltungen, in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und beim Service für die Basis schneller und besser zu werden.

NEUE MITARBEITER

So konnten wir die Team-Stärke seit 2014 von fünf auf sieben Vollzeitmitarbeiter erhöhen. Seit Anfang 2016 hat Hubertus Struck als Leiter Kommunikation und seit 2017 auch als Chef vom Dienst des Mittelstandsmagazins das Team verstärkt. Im Juli 2016 haben wir unseren Trainee Richard Praetorius als politischen Referenten übernommen, und seit Januar 2017 unterstützt uns



MIT-Team vor der Bundesgeschäftsstelle in Berlin

die Journalistin Katharina-Luise Kittler, die als Redakteurin für das Mittelstandsmagazin sowie als politische Referentin arbeitet. Ab September 2017 ergänzt Patrick Todt das Team. Auch er arbeitet als politischer Referent.

Mit großem Bedauern mussten wir uns im Sommer 2017 von unserer langjährigen Mitarbeiterin Astrid Jantz verabschieden, die aus dringenden persönlichen Gründen die MIT verlassen wollte. Astrid Jantz war für die politische Arbeit der MIT und die Betreuung der Basis in den letzten zehn Jahren eine wichtige Stütze. Sie hat die MIT mit kreativen Ideen und unglaublichem Engagement sehr gut vorangebracht. Astrid Jantz war unter anderem für die politische Arbeit, MIT:BASIS und die MIT:FUTURA zuständig, die im Wesentlichen von ihr erfunden worden war.

NEUE ZUSTÄNDIGKEITEN

Aufgrund ihres Weggangs und der personellen Aufstockung wurden die Zuständigkeiten anders aufgeteilt: Nun gibt es Fachreferenten für Themen und Kommissionen. Katharina-Luise Kittler ist für die Gesundheits- und Europakommission sowie das Digital-Netzwerk zuständig. Außerdem ist sie Projektverantwortliche für die MIT:FUTURA und betreut das Antragswesen für den Bundesmittelstandstag. Richard Praetorius ist zuständig für Energiepolitik und die Bereiche Wirtschaft und Handel und betreut die entsprechenden Kommissionen. Außerdem ist er verantwortlich für die Organisation des „Mittelstandspreises“ und betreut gemeinsam mit Christina Lippitz MIT:BASIS. Patrick Todt wird die Themenfelder Steuern und Finanzen sowie Arbeit und Soziales bearbeiten und damit auch diese Kommissionen betreuen.

Katja Seeger-Kleinschmager ist – neben der Büroleitung und der Buchhaltung – Projektverantwortliche für den Bundesmittelstandstag und für die Gremiensitzungen, inklusive der Bundesvorstandsklausuren. Christina Lippitz hat zusätzlich zur Mitglieder- und Basisbetreuung und ihrer Funktion als

DIE BUNDESGESCHÄFTSSTELLE



Thorsten Alsleben
Hauptgeschäftsführer

Gesamtverantwortung, Netzwerkarbeit/-kreise, Sponsorenakquise

☎ 030/220798-0 // 📠 030/220798-22 // ✉ alsleben@mit-bund.de // 🐦 @BerlinReporter



Hubertus Struck
Leiter Kommunikation, Chef vom Dienst Mittelstandsmagazin

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Medienanfragen, Pressemitteilungen, -gespräche und -auswertung, Newsletter, Social Media, Mittelstandsmagazin, Informationsmaterialien, Themenbeiträge

☎ 030/220798-17 // 📠 030/220798-22 // ✉ struck@mit-bund.de // 🐦 @h_struck



Katja Seeger-Kleinschmager
Büroleiterin

Haushalt/Finanzen, Personalwesen, Bundesmittelstandstag inkl. Delegiertenwesen, Bundesvorstandssitzungen, Klausurtagungen

☎ 030/220798-11 // 📠 030/220798-22 // ✉ seeger@mit-bund.de



Christina Lippitz
Assistentin der Geschäftsführung, Mitgliederservice

Mitgliederbetreuung, MIT:BASIS, MIT:SHOP, Assistenz HGF/Bundesvorsitzender, Organisation: CDU-Parteitag, Futura, Kreisvorsitzendenkonferenz, Kommissionen

☎ 030/220798-27 // 📠 030/220798-22 // ✉ lippitz@mit-bund.de



Richard Praetorius
Politischer Referent

Politische Arbeit (Energiepolitik und Wirtschaft), MIT:BASIS, Deutscher Mittelstandspreis, Webseite, MIT-Kooperationen

☎ 030/220798-13 // 📠 030/220798-22 // ✉ praetorius@mit-bund.de



Katharina-Luise Kittler
Politische Referentin, Redakteurin Mittelstandsmagazin

Politische Arbeit (Europa, Digitales/Startups, Gesundheit), Anträge und Positionspapiere, MIT:FUTURA, Social Media, Mittelstandsmagazin

☎ 030/220798-15 // 📠 030/220798-22 // ✉ kittler@mit-bund.de // 🐦 @k_luise



Patrick Todt
Politischer Referent

Politische Arbeit (Steuern und Finanzen, Arbeit und Soziales)

☎ 030/220798-16 // 📠 030/220798-22 // ✉ todt@mit-bund.de

Assistentin für den Bundesvorsitzenden und den Hauptgeschäftsführer die Betreuung des neu eingerichteten MIT:SHOPS übernommen und ist außerdem Projektverantwortliche für den MIT-Stand auf den CDU-Bundesparteitagen.

Ferner haben wir Stellvertreterregelungen eingeführt, sodass es für jede Funktion eine „Backup“-Lösung gibt.

NEUE BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Als erste Veranstaltungen in der neuen Vorstandsperiode gab es gleich zwei Eröffnungsfeiern in der neuen MIT-Bundesgeschäftsstelle: eine mit CDU-Generalsekretär Peter Tauber für den MIT-Bundesvorstand, für wichtige Ansprechpartner in der CDU-Bundesgeschäftsstelle und den anderen Vereinigungen sowie für die finanziellen Unterstützer, und eine zweite Eröffnungsfeier mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium Dorothee Bär, für die Berliner Kooperationspartner aus Fraktion, Ministerien und Wirtschaftsverbänden sowie Journalisten.

Seither entwickelt sich die MIT-Zentrale im Berliner Regierungsviertel immer mehr zum Anlaufpunkt für MIT'ler, aber auch für die Politik-, Verbands- und Medienszene in Berlin. Insgesamt 79 Veranstaltungen fanden seit November 2015 im Sitzungsraum der Geschäftsstelle statt. Weit mehr als 1500 Besucher kamen bei diesen Veranstaltungen oder bei Einzelterminen in die Räumlichkeiten der MIT.

Die meisten MIT-Kommissionen sowie das Präsidium tagen inzwischen in der Regel in der Geschäftsstelle und nicht mehr in extern anzumietenden Räumen. Auch MIT-Gliederungen tagen in der Geschäftsstelle oder kommen zu einer Besichtigung und Diskussionsrunde vorbei. Außerdem kommen immer wieder in- und ausländische Besuchergruppen, darunter hochrangige Gäste wie zum Beispiel die chilenische Arbeitsministerin.

Durch eine Kooperation mit der privaten DEKRA Hochschule für Medien



Anlaufstelle für Politik und Wirtschaft: Einweihungsfeier für die neue MIT-Bundesgeschäftsstelle mit den Bundestagsabgeordneten Christian von Stetten, CDU-Generalsekretär Peter Tauber, Thomas Jarzombek, Marie Lusie Dött, Carsten Linnemann, Dietrich Monstadt, Jens Spahn und Helmut Nowak (v.l.n.r.).



Geschäftsstelle als Kunstforum: Journalistik-Studenten präsentieren ihr Foto-Projekt mit Politikern und Unternehmern aus der MIT auf einer Vernissage

haben deren Journalistik-Studenten im Rahmen einer Projektarbeit jeweils sechs MIT-Mitglieder aus Unternehmen und der Politik begleitet und Fotos

von ihnen hinter den Kulissen erstellt. Unter dem Titel „MIT:MOMENTS“ hat der Bundesvorsitzende Carsten Linnemann die Ausstellung mit diesen Bil-

dern im November 2016 in der Bundesgeschäftsstelle eröffnet, wo sie auch heute noch zu sehen ist.



Für kleine Gäste: die Spielecke mit gespendeten Spielsachen

Inzwischen gibt es eine Spielecke für Kinder, die mit Spenden von Spielherstellern ausgestattet wurde, falls Mitarbeiter oder Besucher mal keine Betreuung organisiert bekommen und den Nachwuchs mitbringen.



Unterstützerwand: Wer die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle mit mindestens 500 Euro unterstützt, wird namentlich erwähnt

Auch die Unterstützerwand wird weitergenutzt. Immer wieder erklären sich Besucher bereit, mit ihrem Verband, ihrem Unternehmen oder auch persönlich die Arbeit und Ausstattung der Bundesgeschäftsstelle mit mindestens 500 Euro zu unterstützen. Sie werden dafür mit einem Baustein auf der Wand verewigt.

Zu dem gesamten Bauprojekt „Neue Geschäftsstelle“ konnte 2016 final Bilanz gezogen werden: Der Bau- und Ausbau ist im Budgetrahmen geblieben, der vom Bundesvorstand genehmigt worden war.

MIT-VERANSTALTUNGEN

BUNDESMITTELSTANDTAG

Mit der Satzungsänderung 2015 war die bisherige Bundesdelegiertenkonferenz in „Bundesmittelstandtag“ um-

benannt und die Zahl der Delegierten um etwa 25 Prozent auf 500 reduziert worden. Der Kongress 2015 in Dresden mit dem Auftritt von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble war demnach der letzte mit großer Delegiertenzahl. Seit 2015 werden die Bundesmittelstandstage im Bühnenbild, mit der Video-, Ton- und Lichttechnik, inklusive Live-Stream im Internet, sowie dem Ausstellerbereich deutlich professioneller und moderner ausgerichtet. Dies folgt aus einer wachsenden Anforderung und Anspruchshaltung von Gästen, Medien und Sponsoren gegenüber solchen Großevents. Dadurch steigt auch der finanzielle Aufwand für den Bundesverband. Während die sechs Delegiertenkonferenzen von 2003 bis 2013 im Durchschnitt knapp 109.000 Euro kosteten, hat der Bundesmittelstandtag 2015 in Dresden mit 227.000 Euro gut doppelt so viel gekostet. Allerdings stehen dem auch deutlich höhere Sponsoringeinnahmen gegenüber (siehe Kapitel „Finanzierung / Neue Einnahmequellen“). Für dieses Jahr werden, nicht zuletzt auch aufgrund der Verringerung der Delegiertenzahl, etwas geringere Ausgaben erwartet. Der Tagungsbeitrag für die Delegierten bleibt mit 50 Euro seit Jahrzehnten konstant.

Der Bundesvorstand hat seine Vorstandsperiode extra von November auf September 2017 verkürzt, um mit dem diesjährigen Bundesmittelstandtag im Wahlkampf ein wichtiges Signal für mehr Marktwirtschaft in der neuen

Legislaturperiode zu setzen. Entsprechend wurde als Motto für die Tagung und den Leitantrag „MEHR MARKT WIRTSCHAFT“ gewählt.

Mit den Zusagen der beiden Parteivorsitzenden von CDU und CSU, Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsident Horst Seehofer, dem CSU-Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl, Bayerns Innenminister Joachim Herrmann sowie dem bayerischen Finanzminister Markus Söder ist der Bundesmittelstandtag so prominent besetzt wie noch nie.

Und obwohl viele Unternehmen und Verbände in den letzten Wochen vor der Bundestagswahl keine politischen Veranstaltungen mehr finanziell unterstützen, ist es gelungen, noch mehr Sponsoren zu gewinnen als bei den vorigen Bundeskongressen.

MIT:FUTURA

Die MIT hat ihr 2015 erfolgreich gestartetes Veranstaltungsformat MIT:FUTURA auch 2016 durchgeführt: mit vielen neuen Ideen, einem breiteren Programm, mehr Rednern und an neuem Ort, dem ehemaligen Kino KOSMOS in Berlin-Mitte. Unter dem Thema „Innovation Interaction“ haben mit rund 800 Gästen auch deutlich mehr Besucher teilgenommen als 2015.

Neben prominenten Referenten wie Kanzleramtsminister Peter Altmaier, Axel-Springer-Vice-President Christoph



Bundesmittelstandtag 2015 in Dresden mit Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB



MIT:FUTURA im ehemaligen Kino Kosmos: Innovativ und interaktiv treffen Mittelstand, Startups, Konzerne und Politik aufeinander



MIT ausgezeichnet: Die MIT:FUTURA bekommt den „Politik-Award“ der Zeitschrift „Politik und Kommunikation“ für das innovativste politische Veranstaltungsformat 2016

Keese, den Parlamentarischen Staatssekretären Günter Krings und Jens Spahn sowie zahlreichen Chefs von Startups, Mittelständlern und Großkonzernen, konnte sich diesmal auch das Publikum gut einbringen: Über eine eigene App konnten sich die Teilnehmer mit anderen Gästen und den Referenten vernetzen, direkt Fragen stellen oder bei den Workshops einbringen. Im Plenum wurde ein eigener „Stage-Buzzer“ installiert, auf den die Teilnehmer jederzeit drücken konnten: Dann blieben 30 Sekunden, angezeigt durch einen Countdown auf der Leinwand, um eine Frage oder Anmerkung loszuwerden, auf die dann auf dem Podium

reagiert werden musste. Neben einem Startup-Pitch, bei dem Investoren die beste Gründer-Idee prämierten, gab es als Weltpremiere den von der MIT entwickelten „Switch-Pitch“ mit umgekehrten Rollen: Klassische Unternehmen – Mittelständler und Großkonzerne wie die Deutsche Bahn – haben sich in jeweils drei Minuten vor einer Jury aus Startups und Innovationsexperten präsentiert, um sich hinsichtlich ihrer Zukunfts- und Innovationsfähigkeit bewerten zu lassen. Den Jury-Preis hat ein Landwirt aus Westfalen mit seinem vollständig digitalisierten Betrieb, den Publikumspreis ein Bäcker aus Brandenburg gewonnen. Die MIT:FUTURA ist im November 2016 im Rahmen einer großen Gala in Berlin von der Zeitschrift „Politik & Kommunikation“ mit dem „Politik-Award“ für das innovativste politische Veranstaltungsformat in Deutschland ausgezeichnet worden.

MITTELSTANDSPREIS / PARLAMENTARISCHER ABEND

Auch 2016 veranstaltete die MIT im Allianz-Forum am Brandenburger Tor in Berlin wieder einen Parlamentarischen Abend mit der Verleihung des Deutschen Mittelstandspreises der MIT.

Die Zahl der Gäste konnte deutlich auf etwa 400 gesteigert werden. Die Veranstaltung hat sich inzwischen zu einer festen Größe im politischen Berlin etabliert, Einladungen sind begehrt.

Mit prominenten und spannenden Preisträgern und Laudatoren, moderiert von MIT-Chef Carsten Linnemann, bieten die Abende Einblicke in Politik und Unternehmen auf kurzweilige und unterhaltsame Art. 2016 wurde Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble in der Kategorie „Politik“ mit dem Mittelstandspreis ausgezeichnet. Die Laudatio hielt sein Amtsvorgänger Peer Steinbrück, einer seiner letzten Auftritte als SPD-Bundestagsabgeordneter. In der Kategorie Gesellschaft wurde der Normenkontrollrat prämiert. Die Laudatio hielt die Jury-Vorsitzende und stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Gitta Connemann. Als Unternehmen wurde das damals erst knapp zwei Jahre alte Berliner Startup „Movinga“ ausgezeichnet, eine Online-Plattform, die mittelständische Umzugsunternehmen an Kunden vermittelt. Die Laudatio hielt die für Digitalthemen zuständige stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende Nadine Schön.

In diesem Jahr werden die Preise am 20. November verliehen. Politik-Preisträger wird Jens Spahn. Die Laudatio wird der frühere bayerische Ministerpräsi-



Inzwischen eine feste Größe im politischen Berlin: Der Parlamentarische Abend mit Verleihung des Deutschen Mittelstandspreises der MIT

dent Edmund Stoiber halten. Die Laudatio auf den ehemaligen Vorsitzenden der Monopolkommission Daniel Zimmer in der Kategorie Gesellschaft wird der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende Wolfgang Kubicki halten. Als Unternehmen wird der Mittelständler Laseroptik aus Garbsen prämiert. Die Laudatio hält Gitta Connemann.

60 JAHRE MIT



Blick nach vorne: Zum 60. Geburtstag veranstaltete der Bundesverband eine Innovationstour

Am 27. April 2016 feierte die MIT den 60. Jahrestag ihrer Gründung. Dabei haben wir auf eine rückblickende zentrale Großveranstaltung verzichtet und stattdessen am „Tag der MIT“ zu vielen Veranstaltungen an der Basis aufgerufen. Mehr als 70 MIT-Gliederungen beteiligten sich. So hat die MIT in ganz Deutschland Geburtstag gefeiert. In einem Online-Votum wurden von den Mitgliedern die erfolgreichsten Aktionen ausgewählt (Sieger: 1. MIT Stade, 2. MIT Paderborn, 3. MIT Kaarst und MIT Fulda). Die meisten Neumitglieder hatten die MIT Kaarst sowie die MIT-Verbände in Bergstraße und Stade gewonnen. Der Bundesverband hat alle Sieger mit Preisgeldern belohnt.

Der MIT-Bundesverband nahm die Feier zum Anlass, nach vorne zu blicken: Auf einer Innovationstour zu interessanten Startups und Hightech-Unternehmen in Berlin gab es spannende Einblicke in die Arbeitswelt und Produkte von morgen.

CDU-BUNDESPARTEITAGE

Nicht nur durch Anträge und Wortbeiträge bringt sich die MIT deutlich sichtbar auf den CDU-Bundesparteitagen



MIT-Stand auf dem CDU-Bundesparteitag 2015 in Karlsruhe: (oben v.l.) Markus Pieper MdEP, MIT-Schatzmeister Hermann Hesse, Bundestagspräsident Norbert Lammert, MIT-Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben, am Kicker (unten v.l.) JU-Chef Paul Ziemiak mit MIT-Chef Carsten Linnemann

ein, sondern auch durch originelle Aktionen am eigenen MIT-Stand. Auf dem Karlsruher Parteitag 2015 ging es inhaltlich vor allem um die Flüchtlingspolitik. An dieser Debatte hat sich auch die MIT, gemeinsam mit der Jungen Union, mit deutlichen Akzenten beteiligt. Parallel dazu war der MIT-



CDU-Bundesparteitag 2016 in Essen: (oben, v.l.) CDA-Chef Karl-Josef Laumann, Thorsten Alsleben, (unten, v.l.) DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben, Carsten Linnemann, Staatsminister Helge Braun

Stand Anlaufpunkt für viele prominente CDU-Vertreter.

Bei dem CDU-Bundesparteitag 2016 in Essen konnte sich die MIT mit den wesentlichen Inhalten ihres „Deutschland-Pakets“ durchsetzen: je ein Drittel der Steuer Mehreinnahmen für Steuer senkungen, für zusätzliche Investitionen sowie für notwendige Ausgabensteigerungen plus Schuldenabbau. Das Deutschlandpaket war dann auch das dominierende Motiv des MIT-Stands.

GREMIEN UND SONSTIGE VERANSTALTUNGEN



Treffen kurz vor dem Wahlsieg: Bundesvorstandsklausur Mai 2017 in Köln mit (v.l.) MIT-NRW Chef Hendrik Wüst, CDU-Spitzenkandidat Armin Laschet, Kölns MIT-Chef Tobias Hofmann, Jens Spahn und Carsten Linnemann

Daneben hat die Bundesgeschäftsstelle zahlreiche weitere Veranstaltungen organisiert: Es gab 2016 in Bamberg und 2017 in Köln jeweils zweitägige Klausurtagungen des erweiterten Bundesvorstands mit prominenten Gästen wie Bundestagspräsident Norbert Lammert, dem damaligen NRW-Spitzenkandidaten Armin Laschet, EVP-Fraktionschef Manfred Weber oder der bayerischen Wirtschaftsministerin Ilse Aigner. Auch bei den insgesamt acht weiteren Bundesvorstandssitzungen kamen prominente Gäste aus Politik und Wirtschaft: unter anderem Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe, Bundesforschungsministerin Johanna Wanka und VDA-Präsident Matthias Wissmann. Darüber hinaus hat die Bundesgeschäftsstelle in der abgelaufenen – verkürzten – Vorstandsperiode eine Kreisvorsitzendenkonferenz und eine Landesgeschäftsführerkonferenz veranstaltet, 32 Kommissionssitzungen betreut, vier Werkstattgespräche or-



Gute Laune bei der MIT-Bundesvorstandsklausur 2016 in Bamberg: Carsten Linnemann, Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner, Jens Spahn, Hans Michelbach



Kreisvorsitzendenkonferenz 2016 in Berlin mit CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder

ganisiert sowie neun Workshops, fünf Runden mit Wirtschaftsverbänden, drei Pressegespräche sowie eine Tour zur Cebit.

Anzeige

AUSBLICK:

Die größte Herausforderung für die kommende Vorstandsperiode wird aus Sicht der Bundesgeschäftsstelle eine längst überfällige Selbstvergewisserung der MIT auf ihre strategischen Ziele und ihre Markenversprechen sein, die der Bundesvorstand unter engagierter Vorbereitung und Mitwirkung der Bundesgeschäftsstelle entwickeln muss. Dazu gehört auch eine Definition der Grundeigenschaften, der „Core Values“ für den „typischen MIT'ler“, insbesondere wenn er Führungsaufgaben in der MIT übernehmen will. Ferner müssen wir konkrete Ziele und Maßnahmen zur Trendumkehr bei der Mitgliederentwicklung erarbeiten: Der schleichende Abbau muss in einen deutlich spürbaren Ausbau der Mitgliederzahlen umgewandelt werden, um die politische Bedeutung der MIT zu stärken und die Finanzierung der Gliederungen und des Bundesverbands zu verbessern. Damit einhergehend müssen vor allem jene Kreisverbände, die weitgehend inaktiv sind, identifiziert und wieder-

belebt werden. Das alles wird auch die Bundesgeschäftsstelle in besonderem Maße herausfordern.

Wir werden in Kürze über die Fortentwicklung des Mittelstandsmagazins entscheiden müssen: Ob und zu welchen Konditionen die UBG bereit ist, die Verlagsdienstleistungen zu erbringen oder ob wir einen neuen Partner suchen müssen oder das Magazin im Eigenverlag herausgeben sollen.

Ein weiterer Schwerpunkt wird die Professionalisierung der Arbeitsabläufe in der Geschäftsstelle sein. Die derzeitige Betreuung interner und externer Kontakte, das Wissensmanagement und der interne Wissenstransfer haben sich als ineffizient erwiesen. Mit einer neuen Organisationsweise und entsprechender neuer Software können Reibungsverluste sowie unnötige Belastungen des Teams vermieden und die Arbeits- und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter gesteigert werden. Erste Angebotspräsentationen haben bereits stattgefunden. Sofern das Budget dafür vom Bundesvorstand genehmigt wird, kann eine neue Software ab 2018 implementiert werden.



SHAG END
— PENINSULA —

Wo Land und Wasser
zusammentreffen,
dort sind Träume zuhause

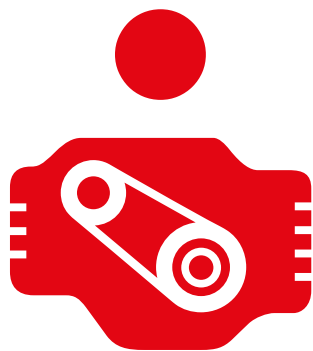
Grundstücke auf der
Peninsula mit Wasserzugang

- Wertsteigerung durch beste Lage bei Halifax
- Steueroptimierter Vermögenswert
- Investitionsschutz (stabiles Bankensystem)

www.shagend.de | Infos: w.habisreutinger@habisreutinger.de | +49 (0)751 67766



Brummen ist einfach.



sparkasse.de

Weil die Sparkassen und
die Landesbanken den
Motor unserer Wirtschaft
am Laufen halten.

Mittelstandsfinanzierer Nr. 1

Wenn's um Geld geht
 Finanzgruppe

TAGESORDNUNGSPUNKT 9

BERUFUNG VON EHRENMITGLIEDERN

NACH §5 (2) DER SATZUNG DER MIT

Der Bundesvorstand schlägt dem Bundesmittelstandtag vor, Dieter Bischoff, Prof. Dr. Winfried Pinger und Jürgen Presser zu Ehrenmitgliedern des MIT-Bundesverbands zu berufen. Ihr jahrelanges Engagement für den Bundesverband hat die politische Arbeit der MIT maßgeblich geprägt.



DIETER BISCHOFF

Dieter Bischoff war 14 Jahre Vorsitzender der MIT Aachen-Stadt und über 30 Jahre stellvertretender Landesvorsitzender der MIT Nordrhein-Westfalen. Seit 1995 gehört er dem MIT-Bundesvorstand an, seit 2007 dem Präsidium. 2011 wurde Dieter Bischoff stellvertretender Bundesvorsitzender. Für energiepolitische Themen hat er sich vor allem als Vorsitzender der Energiekommission und fachpolitischer Sprecher der MIT eingesetzt. Besonders die Energiewende ist ein Leidenschaftsthema des Rechtsanwalts aus Aachen. Dieter Bischoff hat dabei vor allem für mehr Wettbewerb gekämpft, um dadurch Kostenreduzierungen zu erreichen. Unvergessen bleiben zudem seine Protokolle am zweiten Tag der Bundesvorstandsklausuren, die er mit Witz und Humor vortrug und die sich zu einer Tradition entwickelt haben.



WINFRIED PINGER

Auf eine sehr lange und ereignisreiche Zeit kann Prof. Dr. Winfried Pinger zurückblicken, der bereits 1969 Mitglied des MIT-Bundesvorstands wurde. Der Rechtswissenschaftler war von 1969 bis 1972 und von 1976 bis 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages. Zudem war er lange Zeit stellvertretender Landesvorsitzender der MIT Nordrhein-Westfalen. Er war 30 Jahre Vorsitzender der Antragskommission für den Bundesmittelstandtag. Auch hat er die MIT auch auf zahlreichen CDU-Bundesparteitagen vertreten und als Redner Position bezogen und die politische Arbeit der MIT damit vorangetrieben. Winfried Pinger war außerdem maßgeblich an der Formulierung des neuen Grundsatzprogramms der MIT beteiligt, das erstmals auf dem 13. Bundesmittelstandtag in Nürnberg verabschiedet werden soll.



JÜRGEN PRESSER

Als stellvertretender Bundesvorsitzender und Fachsprecher für Außen- und Sicherheitspolitik hat sich Jürgen Presser in der MIT engagiert. Seit 1991 ist er Mitglied des Bundesvorstands, ab 1997 in der Funktion des stellvertretenden Bundesvorsitzenden. In dieser Zeit war er 18 Jahre lang Vorsitzender der Kommission Arbeit und Soziales. In dieser Funktion setzte Jürgen Presser wichtige Impulse für die programmatische Arbeit der MIT. Außerdem war er 20 Jahre lang Landesvorsitzender der MIT Saarland. Der Versicherungsfachmann gehörte von 1994–2004 dem Landtag des Saarlandes an. Presser ist Träger des saarländischen Verdienstordens. Unter dem Namen „Mittelstand@JuergenPresser“ ist er einer der eifrigsten und meinungsstärksten Twitterer in der MIT.

TAGESORDNUNGSPUNKT 13 WAHL DER RECHNUNGSPRÜFER

BEIDE KANDIDATEN SIND AMTIERENDE RECHNUNGSPRÜFER DES MIT-BUNDESVERBANDS.



TOBIAS HAGEMEYER
LANDESVERBAND NORDRHEIN-
WESTFALEN

Tobias Hagemeyer, geboren am 8. Dezember 1986 in Münster, ist Assessor und Steuerberatungsassistent. Er ist CDU-Ratsmitglied in Ostbevern und stellv. Schriftführer in den MIT-Kreisverbänden Warendorf und Münsterland.



UWE SELLNOW
LANDESVERBAND SACHSEN-
ANHALT

Uwe Sellnow, geboren am 21. Januar 1947 in Magdeburg, ist Diplom-Wirtschaftsingenieur und Hochschulfachökonom. Er ist MIT-Landesschatzmeister in Sachsen-Anhalt und Rechnungsprüfer des MIT-Kreisverbandes Magdeburg.

Anzeige



Das leisten wir für die deutsche Wirtschaft

Der BAP. Der Verband der Personaldienstleister.

Die Leistungen der Branche

- Wir sind eines der wichtigsten Flexibilisierungsinstrumente für die deutschen Unternehmen.
- Wir unterstützen die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft.
- Wir sind ein wichtiger Baustein im Strategiefüge besonders erfolgreicher Unternehmen.
- Wir tragen deshalb mit dazu bei, dass sich die deutsche Wirtschaft in Zeiten der Globalisierung international erfolgreich behaupten kann.

BAP
Bundesarbeitgeberverband
der Personaldienstleister


 Universitätsstraße 2–3a
 10117 Berlin
 Telefon 030 206098-0
 Fax 030 206098-70
 info@personaldienstleister.de
 www.personaldienstleister.de

REDNER AUF DEM BUNDESMITTELSTANDTAG



© CDU/Laurence Chaperon

DR. ANGELA MERKEL MDB

1973 - 1978 Physikstudium an der Universität Leipzig
 1986 Promotion
 1990 Stellvertretende Regierungssprecherin der DDR-Regierung de Maizière
 seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages
 1991 - 1994 Bundesministerin für Frauen und Jugend
 1994 - 1998 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
 1998 - 2000 Generalsekretärin der CDU Deutschlands
 seit 2000 Vorsitzende der CDU Deutschlands
 2002 - 2005 Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
 seit 2005 Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland



HORST SEEHOFER MDL

1970 Verwaltungsprüfung für den gehobenen Dienst (Diplom-Verwaltungswirt FH)
 1979 Diplom an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie München
 1980 - 2008 Mitglied des Deutschen Bundestages
 1989 - 1992 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
 1992 - 1998 Bundesminister für Gesundheit
 1998 - 2004 Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 2005 - 2008 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
 Seit 2008 Parteivorsitzender der CSU
 Seit 2008 Ministerpräsident des Freistaates Bayern
 Seit 2013 Direkt gewähltes Mitglied des Bayerischen Landtages



© Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr

JOACHIM HERRMANN MDL

1976 - 1981 Jurastudium in Erlangen und München (1. und 2. juristisches Staatsexamen)
 1984 - 1988 Leiter des Referats für Wirtschaft und Verkehr der Bayerischen Staatskanzlei
 1988 - 1992 Leiter der Abteilung für Öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landratsamts Erlangen-Höchststadt
 1992 - 2003 Rechtsanwalt und Syndikus in der Rechtsabteilung von Siemens
 Seit 1994 Mitglied des Bayerischen Landtages
 1998 - 1999 Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie, Frauen und Gesundheit
 2003 - 2007 Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion
 2007 - 2013 Bayerischer Staatsminister des Innern
 Seit 2008 Zweiter Stellvertreter des Bayerischen Ministerpräsidenten
 Seit 2013 Bayerischer Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr



Fränkischer Abend

1. September 2017

≈ NürnbergMesse · Eingangsfoyer Mitte ≈
Einlass: 19.00 Uhr · Beginn: 19.30 Uhr

≈ Begrüßung ≈

Dr. Carsten Linnemann MdB
MIT-Bundesvorsitzender

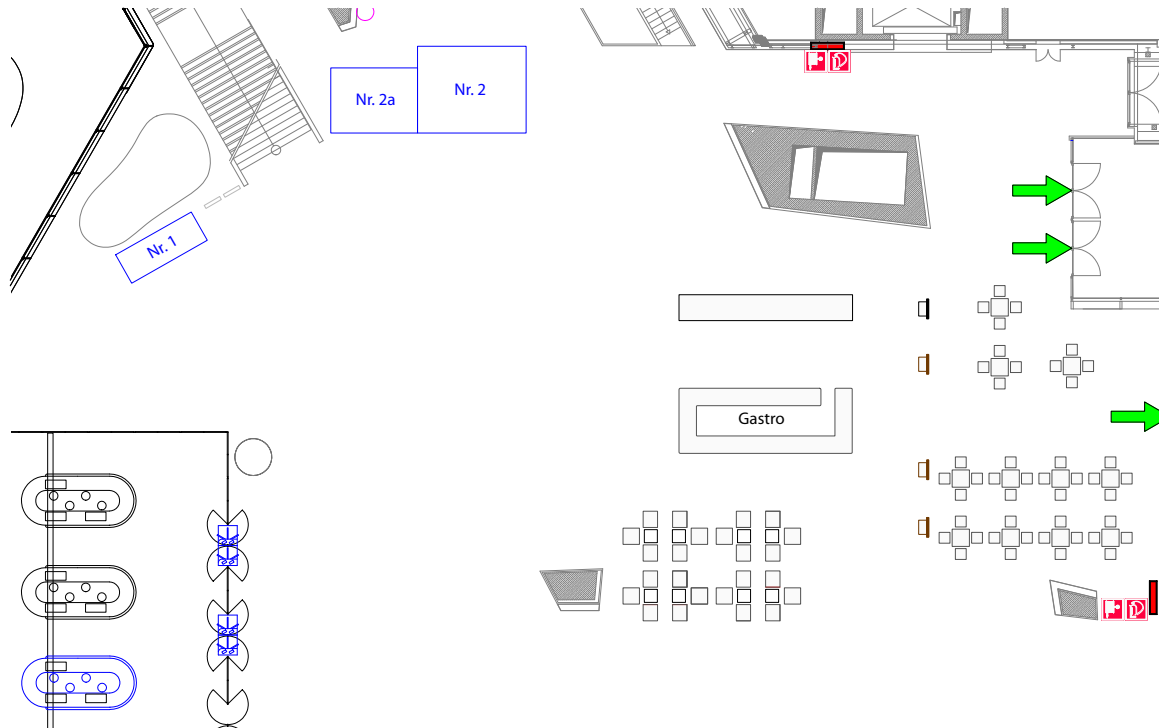
Dr. h. c. Hans Michelbach MdB
Stellv. MIT-Bundesvorsitzender
Vorsitzender MU Bayern

≈ Grußwort ≈

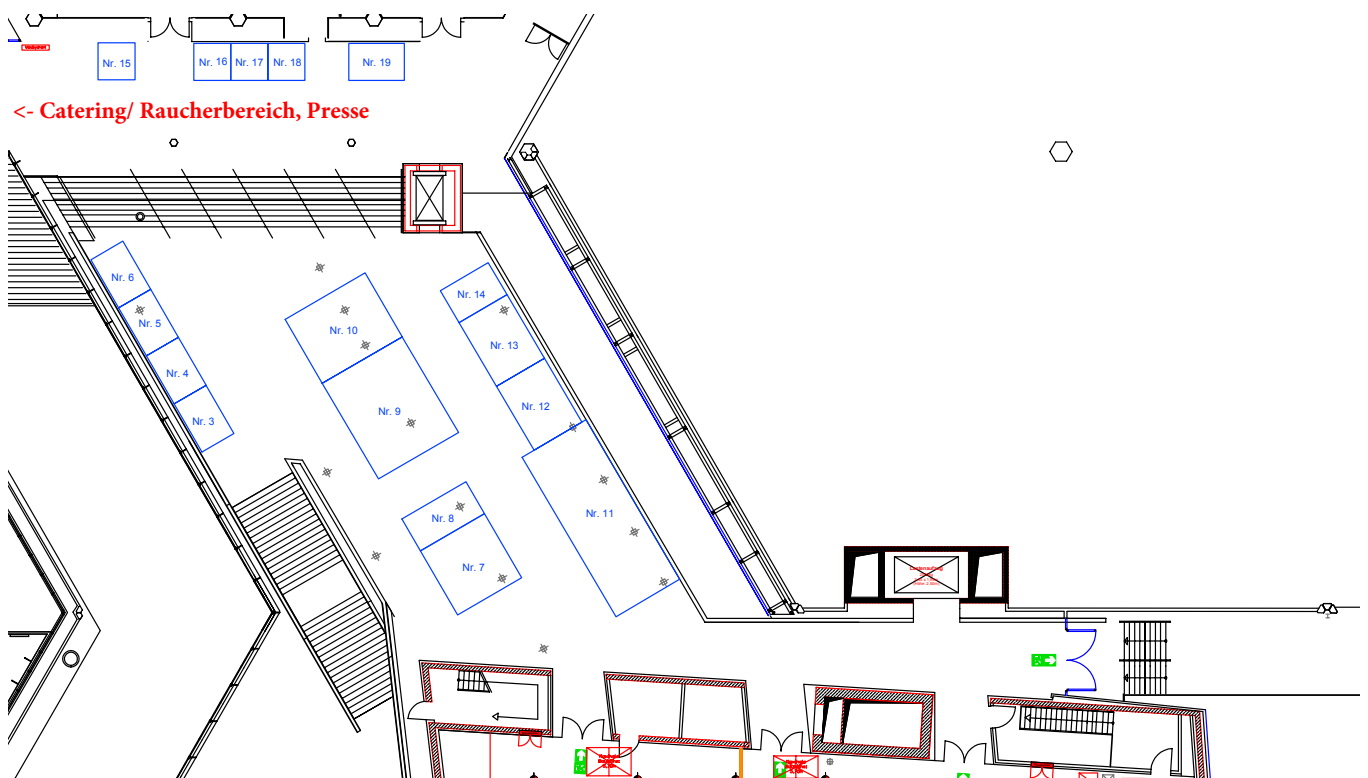
Dr. Markus Söder MdL
Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung
und Heimat des Freistaats Bayern

STANDPLANUNG AUSSTELLER

Ebene 00 - Eingangsfoyer Mitte



Ebene 01 - Plenarebene



Organisation/Verband/Unternehmen	Standnummer Ebene 00
Shag End Development Limited	1
Geschenke der Hoffnung e.V.	2
Ardagh Group	2a
Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH	Raucherlounge im Außenbereich (während des Fränkischen Abends)
Standnummer Ebene 01	
INSA-CONSULERE GmbH	3
Die Automatenwirtschaft	4
Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie	5
BVK - Bundesverband Deutscher Kapitalgesellschaften	6
Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V.	7
Forum Rücksichtsvoll Rauchen	8
Arbeitgeberverband Gesamtmetall e.V.	9
PKV - Verband der Privaten Krankenversicherung e.V.	10
Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e.V.	11
BDE - Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e.V.	12
McDonald's Deutschland LLC	13
teckpro AG	14
NürnbergMesse GmbH	15
KAS - Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.	16
CDU	17
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag - Parlamentskreis Mittelstand	18
UBG - Union Betriebs-GmbH	19

Anzeige

**Werbeinvestitionen
verdreifachen sich
beim BIP-Wachstum.**



ZAW
Die Werbewirtschaft



**100 Mio. € weniger Werbe-
aufwendungen führen zu
300 Mio. € geringerem BIP-Wachstum.**



WACHSTUM, INNOVATIONEN, QUALITÄT NUR MIT WERBUNG

www.zaw.de

AUSSTELLER, SPONSOREN UND PARTNER

WIR DANKEN UNSEREN AUSSTELLERN, SPONSOREN UND PARTNERN FÜR IHRE UNTERSTÜTZUNG!

 High performance. Delivered.	 ArdaghGroup	 BAP Bundesarbeitgeberverband der Personaldienstleister	 BDE Kreislauf. Wirtschaft. Zukunft.
 brandung ³ network [kommunikation]	 BVK Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften	 CDU	 CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag Parlamentarisches Mittelband
 DIE FAMILIEN UNTERNEHMER	 DIE DEUTSCHE AUTOMATENWIRTSCHAFT	 EDEKA	 Forum Rücksichtvoll Rauchen
 GESAMT METALL <small>Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie</small>	 Geschenke der Hoffnung	 IAA Internationale Automobil-Ausstellung	 INSA CONSULERE
 Konrad Adenauer Stiftung	 McDonald's	 NÜRNBERG MESSE	 PHILIP MORRIS GMBH
 PKV Verband der Privaten Krankenversicherung	 Imperial Tobacco REEMTSMA	 SHAG END — PENINSULA —	 SIGNAL IDUNA
 Finanzgruppe	 STAATL. FACHINGEN Das Wasser. Seit 1742.	 teckpro Aktiengesellschaft	 textil+mode
 UBG UNION BETRIEBS-GMBH	 VGA Versicherungskonzepte für Handel und Dienstleistung	 ZAW Die Werbewirtschaft	 DAS DEUTSCHE BAUWERBE



238x VERANTWORTUNG

Rund 90% der McDonald's Restaurants in Deutschland werden von Franchise-Nehmern betrieben: von 238 Mittelständlern, die der Marke McDonald's ein Gesicht vor Ort geben und eng mit ihrer Region verbunden sind. Als eigenständige Unternehmer übernehmen sie damit gemeinsam mit McDonald's die Verantwortung für täglich rund zwei Millionen Gäste und 58.247 Mitarbeiter in Deutschland.

McDonald's und seine Franchise-Nehmer stehen für 238x Qualität, Service und gesellschaftliches Engagement. Mehr Informationen auf www.mcdonalds.de/franchise



© McDonald's 2017



Legale Spielhallen

halten sich an die Regeln.

Die Deutsche Automatenwirtschaft ist sich ihrer Verantwortung für Spieler und Gesellschaft bewusst, darum halten wir uns an strenge Grundsätze, wie:

1. **Legal nicht egal:** In legalen Spielhallen gelten strenge Regeln zum Schutz der Spieler.
2. **Nur ab 18:** In legalen Spielhallen dürfen nur Erwachsene spielen.
3. **Kein Bier hier:** In legalen Spielhallen ist Alkohol verboten.
4. **Brief und Siegel:** Unsere Spielhallen werden regelmäßig vom TÜV INTERCERT Saar und TÜV Rheinland geprüft.

Weitere Informationen zum verantwortlichen Automatenenspiel auf automatenwirtschaft.de

DIE DEUTSCHE
AUTOMATENWIRTSCHAFT

**KEIN SPIEL
OHNE REGELN**

Spielteilnahme erst ab 18 Jahren. Übermäßiges Spielen ist keine Lösung bei persönlichen Problemen. Beratung/Info-Tel.: 01801 372700
(3,9 Cent pro Minute aus dem deutschen Festnetz, höchstens 42 Cent pro Minute aus deutschen Mobilfunknetzen).

GESCHÄFTSBERICHT

- BUNDESVORSTAND
- BERICHT ÜBER DIE BESCHLÜSSE DES BUNDESVORSTANDS 2015–2017
- ARBEITSBILANZ 2015–2017
- BERICHTE AUS DEN LANDESVERBÄNDEN
- BERICHTE AUS DEN KOMMISSIONEN
- DIE ARBEIT DES PKM
- BERICHT ÜBER DIE BESCHLÜSSE DES 12. BUNDESMITTELSTANDSTAGS
- BERICHT ÜBER DIE ANTRÄGE DES MIT-BUNDESVERBANDS AN DIE CDU-BUNDESPARTEITAGE 2015 UND 2016
- STATISTIKEN

BUNDESVORSITZENDER



Dr. Carsten Linnemann MdB
LV Nordrhein-Westfalen

EHRENVORSITZENDE



Prof. Dr. h.c. Hansjürgen Doss
LV Rheinland-Pfalz



Elmar Pieroth
LV Berlin



Peter Rauen
LV Rheinland-Pfalz

STELLV. BUNDESVORSITZENDE



Dieter Bischoff
LV Nordrhein-Westfalen



Dr. Rolf Koschorrek
LV Schleswig-Holstein



Patricia Lips MdB
LV Hessen



Dr. h.c. Hans Michelbach MdB
MU Bayern



Dorin Müthel-Brenncke
LV Mecklenburg-Vorpommern



Jürgen Presser
LV Saarland

BUNDESSCHATZMEISTER



Hermann Hesse
LV Niedersachsen

BENANNTER VERTRETER DES PKM



Christian Frhr. von Stetten MdB
LV Baden-Württemberg

GEWÄHLTE BEISITZER IM PRÄSIDIUM



Bernhard Kösslinger
MU Bayern



Wolfgang Leyendecker
LV Nordrhein-Westfalen



Werner Lübbe
LV Niedersachsen

HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER



Thorsten Alsleben

BEISITZER



Gerald Aßmann
LV Niedersachsen



Johannes Kraft
LV Berlin



Henning Aretz
LV Nordrhein-Westfalen



Jochen Leinert
LV Bremen



Rolf Buttkus
LV Baden-Württemberg



Michael Littig
LV Rheinland-Pfalz



Michael Darda
LV Nordrhein-Westfalen



Peter Luths
LV Niedersachsen



Marie-Luise Dött MdB
LV Nordrhein-Westfalen



Thomas Melchert
LV Schleswig-Holstein



Heinz-Josef Drießen
LV Nordrhein-Westfalen



Jörg Meurer
LV Rheinland-Pfalz



Heiko Eibenstein
LV Niedersachsen



Norbert Müller
LV Sachsen



Peter-Friedrich Erl
MU Bayern



David Novak
LV Niedersachsen



Norbert Eyck
LV Berlin



Helmut Nowak MdB
LV Nordrhein-Westfalen



Dr. Albrecht Geier
LV Baden-Württemberg



Dr. Harald Pohlmann
LV Nordrhein-Westfalen



Peter Götz
MU Bayern



Steffen Peschke
LV Thüringen



Dr. Matthias Heider MdB
LV Nordrhein-Westfalen



Sybille Reimschüssel
LV Brandenburg

BEISITZER



Margarete Reiser
LV Baden-Württemberg



Thomas Schmatz
MU Bayern



Günter Reisner
LV Niedersachsen



Sven Schulze MdEP
LV Sachsen-Anhalt



Marco Reuter
LV Hessen



Dr. Philipp Steinwälder
LV Hamburg



Volker Rode
LV Hessen



Oliver Zander
LV Baden-Württemberg

Anzeige



Mit jeder Faser
intelligent

Die Zukunft ist textil

Die deutsche Textilindustrie ist eine zentrale Zulieferindustrie für Branchen wie Automobil, Luft- und Raumfahrt, Medizin, Bau- sowie Geotechnologie. Um auch in Zukunft weiterhin erfolgreich wirtschaften zu können, sind stabile und verlässliche Rahmenbedingungen am Standort Deutschland für die mittelständisch geprägte Branche entscheidend.

www.textil-mode.de

ANWESENHEIT BUNDESVORSTANDSSITZUNGEN LEGISLATUR 2015 – 2017

GEWÄHLTE BUNDESVORSTANDSMITGLIEDER

Titel	Nachname	Vorname	Funktion	14.11.15	22.02.16	22./ 23.4.16	05.07.16	05.09.16	07.11.16	20.02.17	05./ 06.5.17	27.06.17
	Aretz	Henning	Beisitz	1	1	1	1	1	1	1	1	1
	Aßmann	Gerald	Beisitz	1	1	1	e	e	1	e	1	1
	Bischoff	Dieter	stellv. BuVo	1	1	1	1	1	e	e	1	1
	Buttkus	Rolf	Beisitz	e	e	1	1	1	e	1	1	e
	Darda	Michael	Beisitz	1	1	1	1	1	e	1	1	1
	Dött MdB	Marie-Luise	Beisitz	1	1	1	e	1	1	1	e	1
	Drießen	Heinz-Josef	Beisitz	1	1	1	1	e	1	e	1	1
	Eibenstein	Heiko	Beisitz	1	e	1	1	e	1	e	e	e
	Erl	Peter	Beisitz	1	1	1	1	e	1	e	e	1
	Eyck	Norbert	Beisitz	1	1	1	1	1	1	1	1	e
Dr.	Geier	Albrecht	Beisitz	1	1	1	1	1	1	1	1	1
	Götz	Peter	Beisitz	1	1	1	1	1	e	1	1	1
Dr.	Heider MdB	Matthias	Beisitz	1	1	1	1	1	e	e	1	1
	Hesse	Hermann	BSM	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Dr.	Koschorrek	Rolf	stellv. BuVo	1	1	1	e	1	1	1	1	1
	Kösslinger	Bernhard	Beisitz	1	1	1	1	e	e	1	e	1
	Kraft	Johannes	Beisitz	1	1	e	1	1	1	e	e	1
	Leinert	Jochen	Beisitz	1	1	1	1	1	e	1	1	1
	Leyendecker	Wolfgang	Beisitz	1	1	e	1	e	e	1	1	1
Dr.	Linnemann MdB	Carsten	BuVo	1	1	1	1	1	1	1	1	1
	Lips MdB	Patricia	stellv. BuVo	1	1	1	1	e	e	e	e	1
	Littig	Michael	Beisitz	1	1	1	1	1	1	e	1	1
	Lübbe	Werner	Beisitz	1	1	e	1	e	e	e	e	1
	Luths	Peter	Beisitz	1	1	1	1	1	e	1	1	1
Dr.h.c.	Michelbach MdB	Hans	stellv. BuVo	1	1	1	1	1	e	e	e	1
	Melchert	Thomas	Beisitz	1	1	1	1	1	e	1	e	1
	Meurer	Jörg	Beisitz	1	1	1	1	e	1	e	1	1
	Müller	Norbert	Beisitz	1	1	1	1	1	1	1	1	1
	Müthel-Brenncke	Dorin	stellv. BuVo	1	1	1	1	e	1	1	e	1
	Novak	David	Beisitz	1	1	e	1	1	1	e	1	1
	Nowak MdB	Helmut	Beisitz	1	1	e	1	1	1	e	1	1
	Peschke	Steffen	Beisitz	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Dr.	Pohlmann	Harald	Beisitz	1	e	1	1	1	1	1	e	1
	Presser	Jürgen	stellv. BuVo	1	1	1	1	e	1	e	1	e
	Reimschüssel	Sybille	Beisitz	1	1	1	e	1	1	1	e	1
	Reiser	Margarete	Beisitz	e	1	e	1	1	e	e	1	1
	Reisner	Günter	Beisitz	1	1	1	1	1	1	1	1	1
	Reuter	Marco	Beisitz	1	1	1	e	1	1	1	1	1
	Rode	Volker	Beisitz	1	e	1	e	e	1	1	1	1
	Schmatz	Thomas Maria	Beisitz	1	1	1	1	1	1	e	e	1
	Schulze	Sven	Beisitz	1	1	e	e	1	1	e	1	1
Dr.	Steinwärdler	Philipp	Beisitz	1	1	1	1	1	e	1	1	1
	Zander	Oliver	Beisitz	1	1	1	1	1	1	1	1	1

1 anwesend
e entschuldigt

BERICHT ÜBER DIE INHALTLICHEN BESCHLÜSSE DES BUNDESVORSTANDS 2015–2017

Beschlussfassung:	Keine Regelung von Zeitarbeit, Werk- und Dienstverträgen zu Lasten des Mittelstands	22.02.2016
Beschlussfassung:	Bargeld ist geprägte Freiheit. Keine Obergrenzen!	22.02.2016
Beschlussfassung:	Energiewende marktwirtschaftlich gestalten	22.02.2016
Beschlussfassung:	Bürokratieabbau bei der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge	26.04.2016
Beschlussfassung:	Minister-Erlaubnis reformieren!	26.04.2016
Beschlussfassung:	Grundsätzliche Überarbeitung von „Anacredit“	26.04.2016
Beschlussfassung:	Einheitlicher Steuersatz für die Erbschaftsteuer	26.04.2016
Beschlussfassung:	Wirtschaft und Sicherheit – Die Union muss ihre Markenkerne erneuern	26.04.2016
Beschlussfassung:	Bamberger Erklärung: Altersversorgung zukunftsfest machen	26.04.2016
Beschlussfassung:	Ablehnung der europäischen Einlagensicherung	26.04.2016
Beschlussfassung:	Privatvorsorge stärken. Zulagenrente erneuern	05.07.2016
Beschlussfassung:	Jetzt handeln für unser Europa der Zukunft	05.07.2016
Beschlussfassung:	Bürokratie abbauen. Vorfälligkeit vereinfachen	05.07.2016
Beschlussfassung:	Ausbildung sichern. Meisterbrief stärken!	05.07.2016
Beschlussfassung:	Vertrauen gewinnen – Markenkerne erneuern	05.09.2016
Beschlussfassung:	EU-Leitbild 2020	05.09.2016
Beschlussfassung:	Transparente Haushaltsführung	07.11.2016
Beschlussfassung:	Deutschland als Vorreiter des digitalen Staates	07.11.2016
Beschlussfassung:	Fortführung von EXIST-Gründungskultur	07.11.2016
Beschlussfassung:	Mit zielgerichteten Investitionen Deutschland gestalten	07.11.2016
Beschlussfassung:	Turbo für den Glasfaserausbau – Telekomaktien verkaufen	07.11.2016
Beschlussfassung:	Europa nach dem BREXIT – „Ever better Union“ anstatt „Ever closer Union“	07.11.2016
Beschlussfassung:	Eurozone stabilisieren – Erst Entschuldung dann Vertiefung der Währungsunion	07.11.2016
Beschlussfassung:	Emissionsfreie Mobilität - Hohe Reichweite, geringe Ladezeit – Innovation 2030 „Made in Germany“	07.11.2016
Beschlussfassung:	Wiedereinführung der Meisterpflicht	07.11.2016
Beschlussfassung:	Deutschland-Paket	07.11.2016
Beschlussfassung:	Gesundheit im betrieblichen Kontext	07.11.2016
Beschlussfassung:	Für eine starke deutsche Werbewirtschaft – für die Vielfalt der Medien – gegen Werberestriktionen	20.02.2017
Beschlussfassung:	Entbürokratisierung ernst nehmen! Vorfahrt frei mit dem Mittelstands-TÜV für Gründer und Unternehmer	06.05.2017
Beschlussfassung:	Jährliche Evaluierung des § 2A Schwarzarbeits-Bekämpfungsgesetzes	06.05.2017

Beschlussfassung:	Haftung bei Ausfall des Versicherers im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung begrenzen	06.05.2017
Beschlussfassung:	Bedingungen für Großraum- und Schwerlasttransporte verbessern	06.05.2017
Beschlussfassung:	Industrie 4.0: Chancen für den Mittelstand	06.05.2017
Beschlussfassung:	MIT-Leitantrag „Mehr Markt Wirtschaft“	06.05.2017
Beschlussfassung: Umlaufbeschluss	Änderungsantrag zum Leitantrag (Sicherheitsforderungen)	04.08.2017

Anzeige

Die Abschaffung der Meisterpflicht im Fliesenlegerhandwerk hat verheerende Folgen:

1. Die Zahl der Lehrlinge hat sich halbiert.
2. Die Zahl der Betriebe hat sich mehr als verfünffacht; überwiegend Ein-Mann-Betriebe.
3. Die Zahl der Meisterprüfungen ist um 80 % zurückgegangen.
4. Das Handwerk stirbt – die duale Ausbildung steht auf dem Spiel!
5. Die Zeche zahlt der Bauherr: Die Schadensfälle sind extrem gestiegen, die Kosten liegen bei rd. 10.000 € je Fall.
6. Scheinselbstständigkeit und illegale Beschäftigung auf Baustellen haben drastisch zugenommen.

Daher fordern wir:

- ▶ **Wiedereinführung der Meisterpflicht in den Bauhandwerken Fliesen-, Platten- und Mosaikleger, Estrichleger sowie Betonstein- und Terrazzohersteller!**
- ▶ **Für die EU gilt: Hände weg von der Meisterpflicht!**



Der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes ist der größte und älteste Bauverband in Deutschland. Er repräsentiert rund 35.000 mittelständische Bauunternehmen im Hochbau, Ausbau und Verkehrswegebau.

www.zdb.de

**DAS DEUTSCHE
BAUGEWERBE**



ARBEITSBILANZ 2015–2017

OKTOBER 2015

1 Do
2 Fr
3 Sa
4 So
5 Mo 41
6 Di
7 Mi
8 Do
9 Fr
10 Sa
11 So
12. November
13./14. November
12. Bundesmittelstandtag, Dresden
13. November
Wahl des Bundesvorsitzenden
Dr. Carsten Linnemann MdB
14. November
Sitzung des Bundesvorstands, Dresden
16 Fr
17 Sa
18 So
19 Mo 43
20 Di
21 Mi
22 Do
23 Fr
24 Sa
25 So
26 Mo 44
27. November
Einweihungsfeier der
Bundesgeschäftsstelle, Berlin
28 Mi
29. November
Sitzung des Präsidiums, Berlin
30 Fr
31 Sa

NOVEMBER 2015

1 So
2. Dezember
Ausgabe 12/2015 des
Mittelstandsmagazins
3 Di
4 Mi
5 Do
6 Fr
7 Sa
8 So
9 Mo 46
10 Di
11 Mi
12 Do
13 Fr
14 Sa
14./15. Dezember
CDU-Bundesparteitag,
Karlsruhe
15 So
16 Mo 47
17 Di
18 Mi
19 Do
20 Fr
21 Sa
22 So
23 Mo 48
24 Di
25 Mi
26 Do
27 Fr
28 Sa
29 So
30 Mo
30. November
2. Einweihungsfeier der
Bundesgeschäftsstelle, Berlin
Sitzung des Bundesvorstands, Berlin

DEZEMBER 2015

1 Di
2 Mi
3 Do
4 Fr
5 Sa
6 So
7 Mo 50
8 Di
9 Mi
10 Do
11 Fr
12 Sa
13 So
14 Mo
15 Di
16 Mi
17 Do
18 Fr
19 Sa
20 So
21 Mo 52
22 Di
23 Mi
24 Do
25 Fr
26 Sa
27. Januar
Workshop Gig Economy, Berlin
28 Mo
1

JANUAR 2016

1 Di
1. Februar
Ausgabe 1-2/2016 des
Mittelstandsmagazins
2 Sa
3. Februar
Sitzung der Energiekom-
mission, Berlin
4 Mo
2
5 Di
6 Mi
7 Do
8 Fr
9 Sa
10 So
11 Mo
3
12 Di
13. Dezember
MIT-Delegierten-
vorbesprechung,
Karlsruhe
14 Do
15. Februar
Sitzung der Kommission Wirtschaft/ Handel/Tourismus, Berlin
16 Sa
17 So
18 Mo
4
19 Di
20 Do
21. Februar
Sitzung des Haushaltsaus-
schusses, Berlin
Sitzung des Präsidiums, Berlin
23 Sa
24. Februar
„Wirtschaft trifft Politik“, Konzern-
manager und MIT-MdB, Berlin
25 Mo
5
26 Di
27 Mi
28 Do
29 Fr
29. Januar
Sitzung der Arbeitsgruppe
Mittelstandsmagazin 2017, Berlin
30 Sa
31 So

FEBRUAR 2016

1 Mo
6
2 Di
3 Mi
4 Do
5 Fr
6 Sa
7 So
8 Mo
7
9 Di
10 Mi
11 Do
12 Fr
13 Sa
14 So
15 Mo
8
16 Di
17 Mi
18 Do
19 Fr
20 Sa
21 So
22 Mo
22. Februar
Sitzung des Bundes-
vorstands, Berlin
23 Di
24 Mi
25 Do
26 Fr
27 Sa
28 So
10

MÄRZ 2016

APRIL 2016

MAI 2016

JUNI 2016

JULI 2016

1 Di	2 Fr	3 So	1 Mi	1 Fr
2 Mi	3 Sa	4 Mo	2 Do	2 Sa
3 Do	4 So	5 Di	3 Fr	3 So
4 Fr	5 Mo	6 Mi	4 Sa	4 Mo
5 Sa	6 Di	7 Do	5 So	5 Di
6 So	7 Mi	8 Fr	6 Mo	6 Mi
7 Mo	8 Do	9 Sa	7 Di	7 Do
8 Di	9 Fr	10 So	8 Mi	8 Fr
9 Mi	10 Sa	11 Mo	9 Do	9 Sa
10 Do	11 So	12 Di	10 Fr	10 So
11 April Sitzung der Internen AG, Berlin	13 Mi	13 Fr	11 Mo	11 Mo
12 Sa	14 Do	14 Sa	12 So	12 Di
13 So	15 Fr	15 So	13 Mo	13 Mi
14 Mo	16 Sa	16 Mo	14 Di	14 Do
15 Di	17 So	17 Di	15 Mi	15 Fr
16 Mi	18 Mo	18 Mi	16 Do	16 Sa
17 Do	19 Di	19 Do	17 Fr	17 So
18 Fr	20 Mi	20 Fr	18 Juli Hearing der Verbände zum MIT-Grundsatzprogramm, Berlin	18 Mo
19 Sa	21 Do	21 So	19 So	19 Di
20 So	22 Fr	22 Mo	20 Mo	20 Mi
21 Mo	23 Sa	23 Di	21 Di	21 Do
22 Di	24 So	24 Do	22 Mi	22 Fr
23 Mi	25 Mo	25 Fr	23 Do	23 Sa
24 Do	26 Di	26 Do	24 Fr	24 So
25 Fr	27 Mi	27 Mo	25 Sa	25 Mo
26 Sa	28 Do	28 Di	26 So	26 Di
27 April MIT-Innovationstour, Berlin 60-Jahre MIT, bundesweite Veranstaltungen	29 Fr	29 Mo	27 Mo	27 Mi
28 So	30 Sa	30 Do	28 Di	28 Do
29 Di	31 So	31 Di	29 Mi	29 Fr
30 Mi			30 Do	30 Sa
31 Do				31 So

1. März
Ausgabe 3/2016 des
Mittelstandsmagazins

3. Mai
Ausgabe 5/2016 des
Mittelstandsmagazins

3. Juni
Werkstattgespräch
„Meisterbrief“, Berlin

4. Juli
MIT:FUTURA, Berlin
Sitzung der Energie-
kommission, Berlin

5. Juli
Sitzung des Haushalts-
ausschusses, Berlin
Sitzung des Präsidiums,
Berlin
Sitzung des Bundes-
vorstands, Berlin

6. Juni
Werkstattgespräch
„Meisterbrief“, Berlin

8. Juni
Sitzung der
Internen AG, Berlin

10. Juni
Pitch für das neue
Mittelstandsmagazin,
Berlin

11. Mai
Sitzung der Internen AG

12. April
Sitzung der Energie-
kommission, Berlin

14. April
Sitzung der Steuer-
kommission, Berlin

16. März
Sitzung der Grundsatz-
programmkommission,
Düsseldorf

18. März
Sitzung der Kommission
Arbeit und Soziales, Berlin

24. März
„Wirtschaft trifft Politik“
– Konzernvorstände und
MIT-MdB, Berlin

25. April
Jurysitzung Mittelstand-
spreis, Berlin

23. Juni
Sitzung der Steuer-
kommission, Berlin

22. Juli
Sitzung der Kom-
mission Arbeit &
Soziales, Berlin

27. Mai
Ausgabe 6/2016 des
Mittelstandsmagazins

28. Juni
Sitzung der Kommission
Wirtschaft/Handel/
Tourismus, Berlin

29. April
Werkstattgespräch
„Ökopropaganda/
Glyphosat“, Berlin

29. März
Ausgabe 4/2016 des
Mittelstandsmagazins



Deutschland ist Rohstoffland



Deutschland hat kaum Bodenschätze, aber dennoch sitzen wir an einer nie versiegenden Rohstoffquelle. Tag für Tag sammelt die private Kreislauf- und Entsorgungswirtschaft viele Tonnen Abfall, recycelt die Wertstoffe in modernen Anlagen mit klimaschonenden Technologien und hebt so den Schatz der Sekundärrohstoffe – für Unternehmen, für Menschen, für morgen. Die Rohstoffe sind da. Was noch fehlt, sind faire Wettbewerbsbedingungen.

AUGUST 2016

SEPTEMBER 2016

OKTOBER 2016

NOVEMBER 2016

DEZEMBER 2016

AUGUST 2016		SEPTEMBER 2016		OKTOBER 2016		NOVEMBER 2016		DEZEMBER 2016	
1 Mo	1. August Ausgabe 7-8/2016 des Mittelstandsmagazins	Do		1 Sa		1	1. Dezember Ausgabe 12/2016 des Mittelstandsmagazins	1 Do	
2 Di		2 Fr		2 So		2 Mi		2 Fr	
3 Mi		3 Sa		3 Mo	41	3 Do		3 Sa	
4 Do		4 So		4 Di		4 Fr		4 So	
5 Fr	5. September Sitzung des Bundes- vorstands, Berlin	5 Mo	6. September Kreisvorsitzendenkonferenz, Berlin	5 Sa	6. November Sitzung des Präsidiums, Berlin	5 Sa	5. Dezember MIT-Delegiertenvor- besprechung, Essen	5 Mo	50
6 Sa		6 Di	Verleihung des Deutschen Mittelstandspreises, Berlin	6 So		6 So	7. November Sitzung des Bundesvor- stands, Berlin	6 Di	6./7. Dezember CDU-Bundesparteitag, Essen
7 So	8. August Pressekonferenz Vor- stellung des Steuer- reformkonzeptes, Berlin	Mi		7 Mo		7 Mo		7 Mi	
8 Mo		Do		8 Sa		8 Di		8 Do	
9 Di		Fr	9. September Sitzung der Gesund- heitskommission, Berlin	8 So	9. November Vorbereitung des Par- teitages mit Hauptge- schäftsführern, Berlin	9 Mi		9 Fr	
10 Mi		10 Sa		9 Mo	42	10 Do		10 Sa	
11 Do		11 So		10 Di		11 Fr		11 So	
12 Fr		12 Mo	38	11 Mi		12 Sa	12. Dezember Sitzung der Kommission Wirtschaft/Handel/ Tourismus, Berlin	12 Mo	51
13 Sa	13. September Sitzung der Kom- mission Arbeit & Soziales, Berlin	13 Di	14. Oktober Sitzung der Europakommission, Berlin	12 Do	13. Oktober Sitzung der Energie- kommission, Berlin	13 So		13 Di	
14 So		14 Mi		13 Mo		14 Mo	47	14 Mi	
15 Mo	34	15 Do		14 Fr		15 Di	16. Dezember Sitzung der Gesundheitskom- mission, Berlin	15 Do	
16 Di		16 Fr		15 Sa		16 Mi		16 Fr	
17 Mi	17. August Sitzung der Energie- kommission, Zeitz	17 Sa		16 So		17 Do		17 Sa	
18 Do		18 So		17 Mo	43	18 Fr		18 So	
19	19. September Sitzung der Kommission Wirtschaft/Handel/ Tourismus, Berlin	19 Mo	39	18 Di		19 Sa		19 Mo	52
20 Sa		20 Di		19 Mi		20 So		20 Di	
21 So		21 Mi	21. September „Wirtschaft trifft Politik“ – Konzern- vorstände und MIT-MdB, Berlin	20 Do		21 Mo	48	21 Mi	
22 Mo	22. August Ausgabe 9/2016 des Mittelstandsmagazins	Do		21 So		22 Di	22. November Hauptstadtforum „Steuerpolitik“, Berlin	22 Do	
23 Di		23 Fr		22 Sa		23 Mi		23 Fr	
24 Mi		24 Sa		23 So		24 Do		24 Sa	
25 Do		25 So	27. Oktober Ausgabe 11/2016 des Mittelstandsmagazins	24 Mo	44	25 Fr		25 So	
26 Fr		26 Mo		25 Di		26 Sa		26 Mo	1
27 Sa		27 Di		26 Mi				27 Di	
28 So		28 Mi	28. September Sitzung der Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsverbände, Berlin	27 Do		28 Mi	49	28 Mi	
29 Mo	29. August Sitzung der Grund- satzprogrammkom- mission, Berlin	29 Do		28 So		29 Do		29 Do	
30 Di		30 Fr	29. September Ausgabe 10/2016 des Mittelstandsmagazins	29 Sa		30 Mi		30 Fr	
31 Mi				30 So				31 Sa	
				31 Mo	45				

JANUAR 2017

FEBRUAR 2017

MÄRZ 2017

APRIL 2017

MAI 2017

1 So
2 Mo 1
3 Di
4 Mi
5 Do
6 Fr
7 Sa
8 So
9 Mo 2
10 Di
11 Mi
12 Do
13 Fr
14 Sa
15 So
16 Mo 3
17 Di
18 Mi
19. Februar Sitzung des Präsidiums, Berlin
20 Fr
21 Sa 21. Februar Sitzung der Energiekommission, Berlin
22 So
23 Mo 4
24 Di
25 Mi
26 Do
27 Fr
28 Sa
29 So
30 Mo 5
31 Di

1 Mi
2 Do
3 Fr
4 Sa
5 So
6 Mo 6
7 Di
8. März Sitzung der Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsverbände, Berlin
9 Do
10 Fr
11 Sa
12 So
13 Mo 7
14 Di
15 Mi
16 Do
17 Fr
18 Sa
19 So
20 Mo
21 Di
22 Mi
23 Do
24 Fr
25 Sa
26 So
27 Mo
28. Februar 1. Ausgabe des Mittelstandsmagazins nach dem Relaunch
28 Di

1 Mi
2 Do
3 Fr
4 Sa
5 So
6 Mo 10
7 Di
8 Mi
9 Do
10 Fr
11 Sa
12. April Telefonkonferenz der Grundsatzprogrammkommission
13 Mo 11
14 Di
15 Mi
16 Do
17 Fr
18 Sa
19 So
20 Mo
21 Di
22 Mi
23 Do
24 Fr
25 Sa
26. April Jurysitzung Mittelstandspreis, Berlin
27 Mo
28. März Werkstattgespräch Forschungsförderung mit BM Prof. Dr. Johanna Wanka, Berlin
28 Di
29 Mi

1 Sa
2 So
3 Mo 14
4. Mai 2. Ausgabe des Mittelstandsmagazins
5 Mi
6 Do
7 Fr
8 Sa
9 So
10 Mo 15
11 Di
12 Mi
13 Do
14 Fr
15 Sa
16 So
17 Mo 16
18 Di
19 Mi
20 Do
21 Fr
22 Sa
23 So
24 Mo 17
25 Di
26 Mi
27 Do
28 Fr
29 Sa

1 Mo 18
2 Di
3 Mi
4 Do
5. /6. Mai Klausurtagung des Bundesvorstands, Köln
5 Fr
6 Sa
7 So
8 Mo 19
9 Di
10 Mi
11 Do
12 Fr
13 Sa
14 So
15 Mo 20
16 Di
17 Mi
18. Mai Sitzung der Steuerkommission, Berlin
18 Do
19 Fr
20 Sa
21 So
22 Mo 21
23 Di
24 Mi
25 Do
26 Fr
27 Sa
28. April Sitzung der Gesundheitskommission, Berlin Sitzung der Europakommission, München Sitzung der Kommission Arbeit & Soziales, Berlin
28. April
28 Fr
29 Sa
29 Mo 22
30 Di
31 Mi

18. Januar
Pressegespräch

21. Februar
Sitzung der Energiekommission, Berlin

27. Januar
Sitzung der Kommission Arbeit & Soziales, Berlin

20. Februar
Sitzung des Bundesvorstands, Berlin

20. März
Werkstattgespräch Beamtenreform, Berlin

22. März
Sitzung der Kommission Wirtschaft/Handel/Tourismus, Berlin

28. März
Werkstattgespräch Forschungsförderung mit BM Prof. Dr. Johanna Wanka, Berlin

28. April
Sitzung der Gesundheitskommission, Berlin
Sitzung der Europakommission, München
Sitzung der Kommission Arbeit & Soziales, Berlin

31. Mai
Sitzung der Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsverbände, Berlin
Sitzung der Kommission Wirtschaft/Handel/Tourismus, Berlin

JUNI 2017

JULI 2017

AUGUST 2017

SEPTEMBER 2017

OKTOBER 2017

1 Do	1 Sa	1 Di	1 Fr	
2 Fr	2 So	2 Mi	2 Sa	41
3 Sa	3 Mo	3 Do	3 So	
4 So	4 Di	4 Mi	4 Mo	37
5 Mo	5 Mi	5 Sa	5 Di	
6 Di	6 Do	6 So	6 Mi	
7 Mi	7 Fr	7 Mo	7 Do	
8 Do	8 Sa	8 Di	8 Fr	
9 Fr	9 So	9 Mi	9 Sa	
10 Sa	10 Di	10 Do	10 So	
11 So	11 Mi	11 Fr	11 Mo	38
12 Mo	12 Do	12 Sa	12 Di	
13 Di	13 So	13 Di	13 Mi	
14 Mi	14 Fr	14 Mo	14 Do	
15 Do	15 Sa	15 Di	15 Fr	
16 Fr	16 So	16 Mi	16 Sa	
17 Sa	17 Mo	17 Do	17 So	43
18 So	18 Di	18 Fr	18 Mo	39
19 Mo	19 Mi	19 Sa	19 Do	
20 Di	20 Do	20 So	20 Mi	
21 Mi	21 So	21 Mo	21 Do	
22 Do	22 Sa	22 Di	22 Fr	
23 Fr	23 So	23 Mi	23 Sa	44
24 Sa	24 Mo	24 Do	24 So	
25 So	25 Di	25 Fr	25 Mo	40
26 Mo	26 Mi	26 Sa	26 Di	
27 Di	27 So	27 So	27 Mi	
28 Mi	28 Mo	28 Mo	28 Do	
29 Do	29 Sa	29 Di	29 So	
30 Fr	30 So	30 Mi	30 Mo	45
	31 Mo	31 Do	31 Di	

2. Juni
Jurysitzung Mittelstandspreis, Berlin

1. Juli
Social Media Seminar, Berlin

4. Juli
3. Ausgabe des Mittelstandsmagazins

6./7. Juli
Strategie-Workshop, Berlin

9. Juni
Sitzung der Gesundheitskommission, Berlin

10. August
Sitzung der Antragskommission, Berlin

19. Juni
Werkstattgespräch Beamtenreform, Berlin

19. August
Sitzung der Energiekommission, Hamburg

21. August
Pressegespräch vor Bundesmittelstandtag

26. Juni
Sitzung der Energiekommission, Berlin

27. Juni
Sitzung des Präsidiums, Berlin
Sitzung des Bundesvorstands, Berlin

30. Juni
Social Media Seminar, Berlin

29. August
4. Ausgabe des Mittelstandsmagazins



BADEN-WÜRTTEMBERG

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Baden-Württemberg
Stammheimer Str. 10
70806 Kornwestheim
E-Mail: info@mit-bw.de
Website: www.mit-bw.de

LANDESVORSITZENDER



Daniel Hackenjös

bis Juli 2016:
Dr. Reinhard Löffler

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERIN



Andrea Birringer
(seit Dezember 2015 in
Elternzeit)



Leitung der Landes-
geschäftsstelle:
Ulla Müller-Eisenhardt

SCHATZMEISTER

Thomas Rapp

Mitgliederzahl:
3.183 (Stand: 31.07.2017)

Der Landesvorstand wurde am 2. Juli 2016
gewählt.

WECHSEL AN DER FÜHRUNGSSPITZE



Der neu gewählte Landesvorsitzende mit den Stell-
vertretern (v.l.): Oliver Zander, Margarete Reiser,
Daniel Hackenjös, Inka Sarnow

Durch die Regierungsbeteiligung der
CDU ist die MIT wieder ein fester Be-
standteil als Repräsentant für den Mit-
telstand in Baden-Württemberg. Der
Landesvorstand sieht als eine der wich-
tigsten Aufgaben für die Zukunft eine
starke Mitgliedergewinnung und deut-
liche Präsenz in der Öffentlichkeit und
in den Medien.

In der Festhalle der Stadt Hechingen
unterhalb der Burg Hohenzollern wähl-
ten die Delegierten der MIT Baden-
Württemberg auf dem Landesmittel-
standstag am 2. Juli 2016 einen neuen
Landesvorstand. Als neuer Vorsitzen-
der wurde der Freiburger Unternehmer
Daniel Hackenjös gewählt. Als Stell-
vertreter wurden Inka Sarnow, Oliver
Zander und Margarete Reiser gewählt.
Gastredner war der Bundesvorsitzen-
de Dr. Carsten Linnemann MdB. Er
forderte die Wiedereinführung des
Meistersbriefs, um das Handwerk zu
schützen, und sprach sich auch ange-
sichts sprudelnder Steuereinnahmen

für ein neues Steuerkonzept aus. Auch
der CDU-Landesvorsitzende und stell-
vertretende Ministerpräsident Thomas
Strobl MdL und die Wirtschaftsminis-
terin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL
waren zu Gast. Beide waren sich in ihren
Reden einig, dass es für Baden-Württem-
berg ein Gewinn sei, dass die Wirt-
schaftspolitik wieder in CDU-Hand liege.
Vor allem bei der Digitalisierung sei
jetzt ein rascher Ausbau notwendig, um
Baden-Württemberg als Wirtschafts-
standort zu stärken. Weitere Gäste
waren CDU-Generalsekretär Manuel
Hagel MdL, der CDU-Fraktionsvorsit-
zende Wolfgang Reinhart MdL sowie
Thomas Bareiß MdB.

POLITISCHE ARBEIT

In der konstituierenden Sitzung des
Landesvorstands am 18. Juli 2016
wurden Themenfelder für die Arbeits-
kreise festgelegt und über eventuelle
Kooperationen bei Themen wie Bildungs-
politik, Startups, Digitalisierung und
Europa diskutiert. Im Mai 2017 fand am
Titisee die Klausurtagung des Landes-
vorstands statt. Dort wurden vor allem
Anträge für den Bundesmittelstandstag
erarbeitet. Besonders im Fokus standen
hierbei die Themen Steuern und Abga-
ben, insbesondere die Abschaffung des
Solidaritätszuschlags, Bürokratiebelas-
tungen, Infrastruktur, Arbeitsgesetzge-
bung und auch das zu erwartende Fahr-
verbot ab 2018 für Dieselfahrzeuge in
Stuttgart bzw. die Einführung der blau-
en Plakette. Ebenso wurde über eine
Überarbeitung der Satzung diskutiert



Klausurtagung am Titisee



Die Mitglieder des Landesvorstands mit der Wirtschaftsministerin und MIT-Mitglied Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL und dem Präsidenten des BWGV Dr. Roman Glaser

Beauftragten für Öffentlichkeitsarbeit zur positiven Entwicklung unseres Wirtschaftsmagazins bei. Unser Magazin erscheint zehn Mal im Jahr und bietet neben mittelständischen Unternehmern auch den Bundes- und Landtagsabgeordneten die Möglichkeit, über aktuelle politische und wirtschaftliche Themen zu berichten.

AKTIVITÄTEN

Neben der Homepage informieren der Landesverband, die Bezirks- und Kreisverbände auch auf Facebook über Veranstaltungen und Termine.



Angeregte Diskussion, moderiert von Wolfgang Molitor mit Dr. Albrecht Geier, Daniel Hackenjös (MIT-Landesvorsitzender), Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL, Dr. Roman Glaser (Präsident des BWGV) und Volker Schmitt (Vorstandsvorsitzender der FGS)

Im November 2016 fand in Kooperation mit dem Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband (BWGV) das Mittelstandsforum „Mittelstand 2030 - Kann die Politik mit dem Mittelstand schritthalten?“ im Geno-Haus statt. Im Vordergrund der Veranstaltung mit einer Podiumsdiskussion standen ordnungspolitische Fragen sowie aktuelle gesellschaftliche und wirtschaftspolitische Entwicklungen. Neben der Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut, dem Präsidenten des BWGV Dr. Roman Glaser und Volker Schmitt, Vorstandsvorsitzender der FGS Baden, diskutierten der Landesvorsitzende Daniel Hackenjös und das Bundesvorstandsmitglied Dr. Albrecht Geier angeregt mit den Gästen über die obengenannten Themen. Die sehr gut besuchte Veranstaltung führte beim anschließenden „Get together“ zu interessanten und anregenden Gesprächen.

und ein Pressteam gegründet, welches insbesondere auch die neuen Medien bedienen soll. Im Berichtszeitraum des neuen Landesvorstands bis September des Jahres fanden sieben weitere Sitzungen in Stuttgart, aber auch im Münsterthal und auf Einladung der ZG Raiffeisen in Karlsruhe statt.

mittlerweile eine feste Größe bei der Öffentlichkeitsarbeit des Landesverbands. Die Kreis- und Bezirksverbände haben die Möglichkeit, im Magazin über ihre Veranstaltungen und Aktivitäten zu berichten. Die positive Rückmeldung aus dem Mittelstand und den Mitgliedern bestätigt unsere Entscheidung, das Wirtschaftsforum selbst zu gestalten und herauszugeben. Auch tragen unsere

Zu Beginn des Jahres bezog die Landesgeschäftsstelle ihr neues Büro in Kornwestheim. Seit Dezember 2015 wird die Landesgeschäftsstelle der MIT Baden-Württemberg von Frau Ulla Müller-Eisenhardt geleitet, da sich die Landesgeschäftsführerin Frau Andrea Birringer in Elternzeit befindet. Sie wird unterstützt von Max Bäßler und Uli Bayer.

MITGLIEDERMAGAZIN

Die seit 2014 herausgegebene Mitgliederzeitschrift Wirtschaftsforum ist



Dr. Carsten Linnemann MdB, Bundesvorsitzender der MIT bei seiner Rede auf dem Landesmittelstandstag



BAYERN

Mittelstands-Union der CSU Bayern
Nymphenburgerstraße 64
80335 München
E-Mail: mu@csu-bayern.de
Website: www.mu-bayern.de

LANDESVORSITZENDER



Dr. h.c. Hans Michelbach
MdB

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER



Thomas Lemke

SCHATZMEISTER

Franz Scherl

Mitgliederzahl:
3.851 (Stand: 31.07.2017)

Der Landesvorstand wurde am 15. Oktober 2016 gewählt.

MU-NEUJAHRSEMPFANG 2016 MIT IFO-CHEF PROFESSOR DR. CLEMENS FUEST

Man kann nur eines haben – den ausgebauten Sozialstaat oder unbegrenzte Zuwanderung – aber nicht beides“ – so der Chef des IFO-Instituts, Prof. Dr. Clemens Fuest, beim MU-Neujahrsempfang im Münchener Künstlerhaus. Fuest forderte mit MU-Chef Dr. h.c. Hans Michelbach MdB, Handwerkspräsident Georg Schlagbauer, Wirtschaftsstaatssekretär Franz Pschierer MdL und MIT-Chef Dr. Carsten Linnemann MdB, eine stärkere Unterstützung von Unternehmen: „Wieder mehr produzieren und nicht nur verteilen.“

ILSE AIGNER BEIM MU-EMPFANG FÜR DEN MIT-BUNDESVORSTAND IN BAMBERG

MIT-Vorstand und MU-Vorstand sowie MU-Kreisvorsitzende erlebten Wirtschaftsministerin Ilse Aigner MdL, beim MU-Empfang im April 2016 im einzigartigen Ambiente der Haas-Säle unterhalb des Dombergs.

PREMIERE: MU-WIRTSCHAFTSGESPRÄCHE 2016 – GRÜNDERFORUM

Über 100 Gründer und Unternehmer diskutierten bei den ersten MU-Wirtschaftsgesprächen im Juni 2016 in der neuen CSU-Landesleitung mit Katrin

Albsteiger MdB, Wirtschaftsministerin Ilse Aigner, Bundesfinanzstaatssekretär Jens Spahn MdB und Dr. Carsten Rudolph (BayStartUP). Zentrale Forderungen: Mehr Investitionsförderung und weniger Bürokratie.

BAUSBACK, BOSBACH UND STETTEN BEIM MU- SOMMEREMPfang 2016

Rund 200 Gäste erlebten Justizminister Winfried Bausback MdL, Wolfgang Bosbach MdB und den PKM-Vorsitzenden Christian von Stetten MdB, beim MU-Sommerempfang im Juli 2016 an der Würzburger Residenz. MU-Chef Hans Michelbach und Unterfrankens MU-Vorsitzende Jutta Leitherer begrüßten viele Abgeordnete wie Katrin Albsteiger MdB, Gudrun Zollner MdB, Steffen Vogel MdL und Vertreter von Verbänden und Kammern.

MITTELSTANDSTAG BESTÄTIGT HANS MICHELBAch – MIT HORST SEEHOFER UND JOACHIM HERRMANN

Steuern runter und Soli weg – diese zentralen MU-Forderungen bekräftigten Ministerpräsident Horst Seehofer MdL und Innenminister Joachim Herrmann MdL vor rund 400 Gästen beim Mittelstandstag im Oktober 2016 in Erlangen. Mit großer Mehrheit gewählt wurden MU-Chef Hans Michelbach sowie seine Stellvertreter Peter Götz, Bernhard Kösslinger, Thomas



Bayerischer Mittelstandstag 2016 mit Ministerpräsident Horst Seehofer MdL und Innenminister Joachim Herrmann MdL

Schatz, sowie neu Peter Erl. Zusammen mit Dr. Thomas Geppert sind alle Vorstandsmitglieder auch Mitglied des MIT-Bundesvorstands. Die MU forderte für das Regierungsprogramm 2017 mehr Flexibilität im Arbeitsrecht, eine gezielte Digitalförderung für KMU, die Wiedereinführung der Meisterpflicht, Brexit-Verhandlungen „zum gegenseitigen Vorteil“ ohne „Rosinenpickerei“ sowie ein Ende der „Politik des billigen Geldes“. Verliehen wurde der MU-Mittelstandspreis 2016.

ANDREAS SCHEUER UND THOMAS KREUZER BEIM MU-NEUJAHRSEMPFANG 2017



CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer MdB im MU-Landesvorstand

Das Ja zur Entlastung der Leistungsträger bekräftigte CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer MdB im MU-Landesvorstand. Scheuer betonte die starke Prägung der CSU – durch MU-Positionen gerade in der Steuerpolitik. Beim Neujahrsempfang im Münchner Künstlerhaus begrüßte MU-Chef Hans Michelbach 250 geladene Gäste, darunter den Münchner Flughafenchef Dr. Michael Kerkloh, Handwerkspräsident Franz Xaver Peteranderl und Hauptgeschäftsführer Dr. Lothar Semper sowie IHK-Hauptgeschäftsführer Peter Driessen. CSU-Fraktionsvorsitzender Thomas Kreuzer MdL: „Die nächste Regierungsperiode in Berlin muss die Periode der Steuersenkungen werden.“ Auch sei ein massiver Bürokratieabbau überfällig. Kreuzers besonderer Dank galt der MU für die „großartige politische Gemeinschaftsleistung“.

ILSE AIGNER, MARKUS SÖDER UND CHRISTIAN VON STETTEN BEI DER MU-LANDESVORSTANDSKLAUSUR IN COBURG

MU-Chef Hans Michelbach: „Die Bundestagswahl wird bei den Leistungsträgern gewonnen! Mittelstand und Mittelschicht brauchen Entlastungen statt einen Rückfall in rot-grüne Schuldenpolitik und Massenarbeitslosigkeit.“ Im Coburger Programm konkretisierte die MU ihre Positionen für das Unions-Wahlprogramm: Entlastungen bei Steuern und Abgaben, Reformen im Renten- und Arbeitsrecht, ein breiter Bürokratieabbau, Stärkung der Beruflichen Bildung sowie eine KMU-Digitaloffensive. Finanzminister Markus Söder MdL: „Unser Ziel ist, dass der Staat wieder Geld zurückgibt – gerade angesichts von Rekordsteuereinnahmen.“ Wirtschaftsministerin Ilse Aigner: „Wir brauchen dringend mehr Flexibilität bei den Arbeitszeiten. Schulz will die Rolle rückwärts. Und zurück heißt Rekordarbeitslosigkeit, Insolvenzrekorde und Staatsschulden.“

MU-WIRTSCHAFTSGESPRÄCHE 2017: BAYERNS UNTERNEHMEN – WIE WEITER IN EUROPA?

Die MU bringt alle politischen Ebenen zusammen: Mit Prof. Dr. Gabriel Felbermayr vom IFO-Institut diskutierten im Mai 2017 Markus Ferber MdEP, Dr. Hans-Peter Friedrich MdB, der stellv. CSU-Generalsekretär Markus Blume MdL und TTIP-Expertin Mechthilde Wittmann MdL.

Für die digitale Zukunft von KMU sprach der neue MU-Fachausschuss Digitalisierung (Leitung Martin Kneer/Wolfgang Becher und Peter Wilfarth) mit Fraunhofer-Vorstand Prof. Dr. Alfred Gossner, Dr. Holger Wittges, Zentrum Digitalisierung Bayern und Matthias Barbian, Sprecher Industrie 4.0/VDI/VDE, CSU-Europagruppenvorsitzender Dr. Angelika Niebler MdEP, dem CSU-Digitalexperthen im Bundestag, Hansjörg Durz MdB und dem Chaos Computer Club – zuletzt mit 100 Gästen in Nürnberg. Der Fachausschuss Arbeits-, Sozial- und Gesundheitspolitik (Leitung Bernhard Kösslinger) wirbt für eine umfassende Rentenreform und eine Reform des Gesundheitskostensystems, in Gesprächen mit Gesundheitsministerin Melanie Huml und CSU-Gesundheitspolitiker Bernhard Seidenath MdL. Mit Kapitalanlegern diskutierte der Fachausschuss Banken und Finanzmärkte (Leitung Rupert Mößmer) mit Markus Ferber und zum Thema Insolvenzrecht mit Alfred Sauter MdL und Dr. Harald Schwartz MdL. Der Fachausschuss Infrastruktur, Energie, Bau und Verkehr (Leitung Dr. Thomas Geppert) sprach mit Ilse Aigner, dem stellv. IHK-Hauptgeschäftsführer Peter Kammerer und dem CSU-Verkehrspolitiker Eberhard Rotter MdL. Der Fachausschuss Tourismus, Handel, Dienstleistungen (Leitung Claudia Heim) sprach mit Jens Huwald, Bayern Tourismus, Klaus Holetschek MdL, Heilbäderverband und Markus Ferber.



CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer MdL beim MU-Neujahrsempfang 2017



BERLIN

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Berlin
Kleiststraße 23–26
10787 Berlin
E-Mail: lgs@mit-berlin.de
Website: www.mit-berlin.de

LANDESVORSITZENDER



Christian Gräff

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER



Stefan Böhm

bis Mai 2017: Nicole Bülck

SCHATZMEISTER

Dietmar Hölischer

Mitgliederzahl:
894 (Stand: 31.07.2017)

Der Landesvorstand wurde am 3. Mai 2017
gewählt.

BERLINER MITTELSTANDSKONGRESS – EINE ERFOLGSGESCHICHTE DER MIT BERLIN



Berliner Mittelstandskongress am 11. Mai 2016

Landesvorstand und Kreisverbände veranstalten regelmäßig Treffen mit Unternehmen, Verbänden und politischen Entscheidungsträgern, die aufgrund der räumlichen Nähe in Berlin sehr gut für gemeinsame Formate zu gewinnen sind. Hervorzuheben ist dabei der Berliner Mittelstandskongress (BMK). Dieser fand am 11. Mai 2016 in Kooperation mit dem Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V. (HBB), der DE-HOGA Hotel und Gaststättenverband Berlin e.V. und dem Berlin-Brandenburg Energy Network e.V. bereits zum



Wolfgang Bosbach MdB zu Gast in Neukölln

dritten Mal statt. Mit mehr als 1.000 Besucherinnen und Besuchern war der Kongress ein voller Erfolg. Der Berliner Mittelstandskongress ist die Informations- und Netzwerkplattform für Berlin Unternehmer. Die tragende Säule der Berliner Wirtschaft bilden die etwa 170.000 vorwiegend kleinen und mittleren Unternehmen der Stadt, die maßgeblich dazu beigetragen haben, dass die Anzahl der Beschäftigten in Berlin stärker als in allen anderen Bundesländern gestiegen ist. Im Mittelpunkt des Kongresses stand im letzten Jahr die Frage, wie man die besten Talente für Berlin und die hier ansässigen klein- und mittelständischen Unternehmen gewinnt und fördert.

MIT-WAHLKAMPF FÜR DIE ABGEORDNETENHAUSWAHL 2016

Im Zuge der letztjährigen Abgeordnetenhauswahl hat die MIT Berlin eine Kampagnengeschäftsstelle eingerichtet.



Sommerfest von MIT und JU 2016 am ehemaligen Flughafen Tempelhof



MIT-Wahlkampf zur Abgeordnetenhauswahl 2016

tet. Alle MIT-Kandidaten erhielten Unterstützung mit individualisierten Inhalten (Flyer, Plakate) und ein MIT-Team für den Wahlkampf auf kommunaler Ebene in den Berliner Bezirken sowie auf Landesebene für das Abgeordnetenhaus.

WICHTIGE THEMEN FÜR BERLIN: INFRASTRUKTUR UND BILDUNG

Die Hauptstadt Deutschlands entwickelt sich so dynamisch wie seit Langem nicht mehr. Das Wachstum der hier tätigen Unternehmen und Startups, die neu in Berlin gegründet werden, neue Ansiedlungen aus aller Welt sowie der Zuzug von vielen Menschen nach Berlin lässt unsere Stadt zu einer der führenden europäischen Metropolen werden. Aus Sicht der MIT Berlin sind dabei die folgenden Themen für die Berliner Wirtschaft und insbesondere den Mittelstand von entscheidender Bedeutung. Die Infrastruktur muss wettbewerbsfähig gehalten und ausgebaut werden: Die Unterhaltung und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (Straße und Schiene) haben oberste Priorität. Neue Vorhaben wie der Weiterbau der A 100 und die Vollendung der Tangentialen Verbindung Ost sind Projekte, die konsequent umgesetzt werden müssen. Außerdem gehören für uns der Anschluss des Campus

Berlin-Buch an die Autobahn ebenso dazu, wie die Fertigstellung des BER. Auch Bildung muss oberste Priorität haben. Aus Sicht der Unternehmen sind gut ausgebildete junge Menschen die Grundlage für ein funktionierendes Gemeinwesen und gesellschaftliche und unternehmerische Weiterentwicklungen. Dafür muss Berlin vor allem in ausreichende Lehrkräfte für alle Schulen und Hochschulen, die Weiterbildung der Lehrkräfte und die Gebäude investieren. Für uns ist der Ausbau der Kitas, die Unterstützung von unternehmensnahen Kitas und die Einrichtung von „24-Stunden-Kitas“ ein wesentliches Element für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Weiterentwicklung der Wirtschaft und der Gesellschaft.

PLATZ FÜR UNTERNEHMEN IN BERLIN

Die kontinuierliche, an den aktuellen Bedarf angepasste Fortschreibung des Flächennutzungsplanes mit dem Ziel der Freihaltung von Industrie- und Gewerbeflächen ist für die Wirtschaft genauso wichtig, wie die aktive Förderung der Berliner „Zukunftsorte“ als Wachstumskerne für Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung. Die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft muss voran getrieben werden, da hier für Berlin enorme Potenziale zu erwarten sind. Dies gilt insbesondere für kleine- und mittelständische Unternehmen, die eine aktive Beratung und Förderung erhalten müssen.

DIGITALE AGENDA FÜR DIE METROPOLE

Berlin muss die Chancen der Digitalisierung nutzen und für sich selbst umsetzen wollen. Dabei ist der Ausbau der digitalen Infrastruktur von entscheidender Bedeutung. Auch die Smart City wird nur mit einer modernen Verwaltung gelingen. Grundlage für eine funktionierende Stadt ist eine gut funktionierende Verwaltung. Daher fordern wir die Erarbeitung eines Masterplans

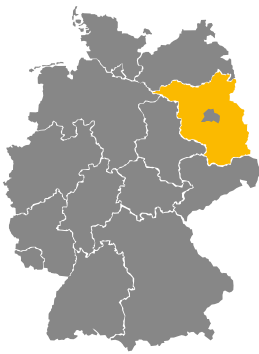
für die Personalentwicklung in der Berliner Verwaltung. Hierbei ist das Prinzip zu berücksichtigen, dass Leistungen, die die freie Wirtschaft in Berlin erbringen kann, auch zuerst durch diese erbracht werden sollen. Außerdem fordern wir die Schaffung eines zentralen Servicebereichs für Investoren in den Bezirken, die mit weiter reichenden Kompetenzen als bisher ausgestattet sind.

VORFAHRT FÜR KMU IN DER PRAXIS UMSETZEN

Die Investitionsbank Berlin soll sich noch stärker als Förderbank ausrichten. Beispiele sind für uns die Einrichtung von reinen KMU-Fonds, Kredite ohne Hausbank und die Schaffung von Mikrokrediten bis 25.000 €. Außerdem fordert die MIT Berlin ein Berliner Mittelstandsgesetz zur Förderung der hiesigen Unternehmen und zur Entschlackung des Berliner Vergabegesetzes. Sämtliche bestehenden und neu zu fassenden Gesetze und Verordnungen bedürfen einer Überprüfung auf ihre Mittelstandsfreundlichkeit hin. Bei neuen Gesetzen sind hierzu die Kammern und jeweiligen Branchenverbände mit einer Stellungnahme anzuhören. Das Berliner Vergabegesetz ist ebenfalls auf seine Mittelstandsfreundlichkeit hin zu überprüfen und mindestens von den vergabefremden Kriterien zu entschlacken.



Türkische Delegation aus Istanbul auf Einladung der MIT Berlin zu Gast in der MIT-Bundesgeschäftsstelle



BRANDENBURG

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Brandenburg
Gregor-Mendel-Str. 3
14469 Potsdam
E-Mail: info@mit-bb.de
Website: www.mit-bb.de

LANDESVORSITZENDER



Uwe Feiler MdB

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER



Hans-Peter Pohl

SCHATZMEISTER

Steffen Kissinger

Mitgliederzahl:
302 (Stand: 31.07.2017)

Der Landesvorstand wurde am 8. Juli 2017
gewählt.

MITGLIEDERENTWICKLUNG

Nach einem Rückgang im Jahr 2016 konnte der Landesverband in diesem Jahr wieder einen Mitgliederzuwachs verzeichnen. Ende Juni 2017 waren es 298 Mitglieder.

AUS DER ARBEIT DES LANDESVORSTANDES: INHALTLICHE SCHWERPUNKTE

Der Landesvorstand tagte durchschnittlich alle zwei Monate. Neben der Reaktivierung zweier passiver Kreisverbände und der Stärkung der Kreisverbände bei ihrer Kommunikationsarbeit startete der Landesvorstand die Programmdiskussion mit dem Ziel, Mitte 2018 ein Grundsatzprogramm zu beschließen und sich offensiv in die laufende Programm-Diskussion des CDU-Landesverbandes einzubringen und damit das Programm für die Landtagswahl 2019 mitzugestalten. Dabei konzentriert sich die MIT auf die Verbesserung der Bildungspolitik als Grundlage der

Zukunftsfähigkeit des Bundeslandes und die zukunftsfeste Gestaltung des Wirtschaftsstandortes Brandenburg unter gleicher Berücksichtigung des Speckgürtels um Berlin wie des ländlichen Raumes.

Die MIT Brandenburg pflegt eine enge Zusammenarbeit mit der CDU-Landesgruppe im Bundestag und der CDU-Landtagsfraktion. Die Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsverbänden wurde intensiviert.

VERANSTALTUNGEN

Der Landesverband initiierte Veranstaltungen in den Kreisverbänden, u.a. zur Wiedereinführung der Meisterpflicht in allen Handwerksberufen, zum verstärkten Breitbandausbau und zu Änderungen bei der Registrierkassenpflicht.

LANDESMITTELSTANDSTAG

Die Landesmittelstandstage 2016 und 2017 fanden an symbolträchtigen Orten



Landesmittelstandstag 2016: Dr. Carsten Linnemann MdB im Gespräch mit Jana Schimke MdB und Michael Stübgen MdB



Landesmittelstandstag 2017: CDU-Landesvorsitzender Ingo Senftleben MdL bei seinem mitreißenden Grußwort



Landesvorsitzender Uwe Feiler MdB stiftet zum 60-jährigen Jubiläum der MIT einen Apfelbaum in Hohen Neuendorf, 20. Mai 2016

statt: 2016 wurde die Programm-Diskussion im ehemaligen Stasi-Gefängnis und der heutigen Gedenkstätte im Menschenrechtszentrum in Cottbus gestartet. Freiheit, Demokratie und Verantwortung als Grundlagen einer fairen sozialen Marktwirtschaft waren zentrale Themen. Mit der Durchführung des Landesmittelstandstages 2017 im Scheunenviertel in Kremmen unterstrich die MIT Brandenburg die große Bedeutung der Entwicklung des ländlichen Raumes für Brandenburg.

kampf bezuschusst der Landesverband Veranstaltungen seiner Kreisverbände mit den jeweiligen CDU-Bundestagskandidaten aus den Wahlkreisen.

KOMMISSIONEN

Zur Programmdiskussion wurde eine Kommission unter der Leitung von

Hans-Joachim Blumenkamp, Kreisvorsitzender Barnim und dem Landesgeschäftsführer Hans-Peter Pohl eingerichtet. Der Zwischenbericht mit der Vorstellung der Struktur des Programms und erste inhaltlicher Akzente wurde vom Landesmittelstandstag einstimmig begrüßt.

Anzeige

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

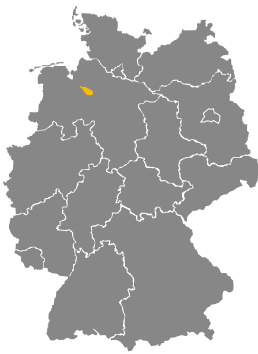
Der Landesverband investierte in ein einheitliches Erscheinungsbild sowie in die Online- und Offline-Kommunikation. Dabei förderte er großzügig seine Kreisverbände. Im Bundestagswahl-



60 Jahre MIT in Hohen Neuendorf am 20. Mai 2016: (v.l.) MIT-Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben, Uwe Feiler MdB, Christian Hauer (MIT-Oberhavel), Andres Irmisch (Kreisvorsitzender MIT-Oberhavel)



In der 18. Legislaturperiode haben Beteiligungsgesellschaften in Deutschland rund 22 Milliarden Euro investiert. Jährlich finanziert unsere Branche hierzulande mehr als 1000 Unternehmen – vom innovativen Start-up bis hin zum deutschen Mittelständler.



BREMEN

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Bremen
Am Wall 135
28195 Bremen
E-Mail: info@mit-bremen.de
Website: www.mit-bremen.de

LANDESVORSITZENDER



Jochen Leinert

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER N.N.

SCHATZMEISTERIN

Sina Dertwinkel MdBB

Mitgliederzahl:
85 (Stand: 31.07.2017)

Der Landesvorstand wurde am 24. Februar
2016 gewählt.

LANDESTAG DER MIT BREMEN

Der MIT-Landestag wählte am 24. Februar 2016 erneut Jochen Leinert an die Spitze des Landesverbandes. Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden erneut Karin Tuczek, langjährige Abgeordnete in der Bremischen Bürgerschaft und Thomas Ventzke, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven, gewählt. Zur Landesschatzmeisterin wurde Sina Dertwinkel MdBB gewählt.

Als Beisitzer sind im Landesvorstand vertreten: Mark Diekmann-Lange aus Bremerhaven, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven, Jörn Krauskopf aus Bremen, Gerhard Windler aus Bremen und Carsten Seidemann aus Bremen.

VERANSTALTUNGEN IM LANDESVERBAND

Die Veranstaltungsangebote konnten in den Jahren 2015-2017, bei gestiegenen Teilnehmerzahlen, ausgebaut werden. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Mittelstand Aktuell“ wurden bis Ende Juni 2017 Informationsveranstaltungen, Firmenbesuche und Podiumsdiskussionen durchgeführt. Inhaltlich wurden folgende Politikfelder aufgegriffen: Maritime Wirtschaft, Luft- und Raumfahrt, Offshore Windenergie, Steuerreform, Bürokratieabbau, Finanzwirtschaft und Handwerk. Hervorzuheben sind folgende öffentliche Veranstaltungen:

- Besuch der Firma Falk Safety Services



Landesvorstand nach der Neuwahl, März 2016

- Besuch der Firma team neusta



Dr. Carsten Linnemann MdB bei team neusta,
21. November 2015

- Industrie 4.0 – Der Unternehmer im Cyberzeitalter



Industrie 4.0 – Der Unternehmer im Cyberzeitalter,
27. April 2016

- Das Weserstadion als Wirtschaftsfaktor, Besichtigung



Das Weserstadion als Wirtschaftsfaktor,
Besichtigung am 24. März 2017

- Steuerreform 2017 – Was bringt's dem Mittelstand?



Podiumsdiskussion zur Steuerreform 2017 –
Was bringt's dem Mittelstand?, 4. April 2017



Veranstaltung mit dem Präsidenten der BDA Ingo Kramer zum Thema „Wirtschaftsstandort Deutschland“, 12. Januar 2016

- „Wirtschaftsstandort Deutschland“ mit BDA-Präsident Ingo Kramer
- Besuch der IHK Bremen
- 60 Jahre MIT bei der Firma Huth Metallbau
- Besuch bei der Firma Koch & Bergfeld Corpus
- Besuch bei der Firma Materialise GmbH, 3D-Druck
- Besuch der Firma BREDO
- Führung der Generation Y
- Mehr erneuerbare Energien und Perspektiven für die Zukunft
- Besuch der Kaffeemanufaktur Lloyd Caffee GmbH

In allen Veranstaltungen, Diskussionen und Gesprächen mit der mittelständischen Wirtschaft und der Handwerkschaft wurde immer wieder deutlich, dass die Politik im Land Bremen einen starken Wirtschaftsflügel braucht, der die notwendigen Entwicklungen nach-

haltig vorantreibt. So ist es zu begrüßen, dass mittlerweile ein Mitglied des MIT-Landesvorstandes in der Bremischen Bürgerschaft und zwei Mitglieder des MIT-Landesvorstandes in der Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven vertreten sind.

WICHTIGE THEMEN FÜR BREMEN

Im Berichtszeitraum hat sich die MIT Bremen in Pressemitteilungen und Gastkommentaren u. a. zu folgenden Themen geäußert: Soli abschaffen, Steuerbremse einführen, Steuerentlastungskonzept der MIT, Reform des EEG, Wiedereinführung der Meisterpflicht, Bundesverkehrswegeplan A 20, Abbau der Bürokratie, Weservertiefung, Kajensanierung, Industrie 4.0, Zentralvergabe öffentlicher Aufträge, Ausbau der Offshore-Windenergie, Sicherung der Arbeitsplätze in der Offshore Windenergie-Branche und BREXIT.

Der Landesvorstand hat sich im Berichtszeitraum zu insgesamt 8 Sitzungen getroffen. Neben der Diskussion der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Lage wurden u. a. fol-

gende Themen behandelt: Verhältnis MIT vs. Wirtschaftsrat, Stellungnahme zum Wahlanalyse- und Reformpapier des CDU-Landesverbandes Bremen, Bedeutung der MIT Bremen und ihr Einfluss auf die Landespolitik, Parteiarbeit 2019 mit dem Titel: „Vieles geht besser“, Antrag des KV Bremerhaven „EEG-Novelle zur Ausschreibung der Förderung von Windkraftanlagen in der Nordsee“, Antrag des KV Bremerhaven „Stoppen vom Verbot von Bargeldzahlungen über 5.000 Euro“, Antrag des KV Bremerhaven „Netzausbau beschleunigen“, Steuerreformkonzept der MIT, MIT-Grundsatzprogramm sowie die Arbeit des Bundesvorstands und der Energiekommission.

„DER MITTELSTAND MUSS IN DER POLITIK MEHR GEHÖR FINDEN“

Das Motto des MIT-Landesverbandes Bremen wird in den kommenden Jahren weiterhin lauten: „Der Mittelstand muss in der Politik mehr Gehör finden“. Daher will sich die MIT Bremen auch zukünftig ganz besonders für eine starke Wirtschaftspolitik zu Gunsten der mittelständischen Unternehmen und für das Handwerk, es gibt fast 23.000 KMUs im Land Bremen, einsetzen.

Als eine weitere wichtige Aufgabe für die nächsten Jahre sehen wir die Intensivierung der Mitgliederpflege und die Mitgliederneugewinnung an. Denn mehr Mitglieder bedeuten mehr Einfluss.



HAMBURG

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Hamburg
Leinpfad 74
22299 Hamburg
E-Mail: info@mittelstand-hamburg.de
Website: www.mittelstand-hamburg.de

LANDESVORSITZENDER



Hjalmar Stemmann

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER



Thomas Klömmer

SCHATZMEISTER

Dr. Philipp Steinwälder

Mitglieder:
228 (Stand: 31.07.2017)

Der Landesvorstand wurde am 23. November
2016 gewählt.

Der Landesverband der MIT Hamburg kommt leider seit dem Verlust der Regierungsbeteiligung im Jahr 2011 bei der Mitgliederentwicklung nicht mehr aus den Verlusten raus und ist seitdem bundesweit negativer Spitzenreiter. Und das, obwohl in der Zwischenzeit in den 7 Hamburger Bezirken Kreisverbände mit mehr oder weniger Erfolg gegründet wurden. Doch auch die breitere Struktur führte bisher trotz zahlreicher guter Veranstaltungen nicht zu relevanten Mitgliederzuwächsen.

Trotz der schwierigen Ausgangslage hat der Landesverband im Berichtszeitraum 2015-2017 mit zahlreichen Veranstaltungen, Aktionen und Initiativen ihre Arbeit für den Mittelstand in der Hansestadt weiter fortgesetzt und sich aktiv in die Politik Hamburgs eingebracht.

Seit Januar 2010 hat Hjalmar Stemmann den Landesvorsitz inne. Zahlreiche Bürgerschaftsabgeordnete gehören nach wie vor der MIT an, davon sind einige Fachsprecher in der Fraktion. Auch 3 Bundestagsabgeordnete sind Mitglied des Landesverbands. Der Landesvorsitzende Hjalmar Stemmann ist zeitgleich Vizepräsident der Hamburger Handwerkskammer in der Hansestadt. Auch in den Bezirksversammlungen der Hamburger Bezirke ist die MIT mit Abgeordneten vertreten und stellt so den Kontakt zur Basis sicher.

Seit 2011 wird die Hansestadt Hamburg von der SPD mit dem Ersten Bürgermeister Olaf Scholz an der Spitze regiert. Die CDU verharret seit der letzten Wahl mit 15,9% der Stimmen in der Oppositions-



Dorin Müthel-Brenncke, Momme Thiesen, Margret Haupt-Koopmann, Hjalmar Stemmann und Jochen Leinert (v.l.)

rolle und hat sich in den letzten Jahren inhaltlich und personell erneuert.

Starkes Augenmerk wurde auf die Politikfelder Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Haushalt und Finanzen, Verkehr sowie Standortpolitik gelegt. Insbesondere die Zukunft des Hamburger Hafens, die Versicherungs-, Tourismus-, Einzelhandels- und Gesundheitswirtschaft, aber auch das Vergaberecht in Hamburg und die Stärkung von Wirtschaftsfördergesellschaften bildeten Schwerpunkte der Arbeit des Landesverbands.

Mit großer Sorge betrachten wir die Regierungsarbeit des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz, da dieser die norddeutsche Kooperation und den eingeschlagenen Weg der Haushaltskonsolidierung verlassen hat und die 10 erfolgreichen Regierungsjahre unter Ole von Beust durch die SPD kaputt gemacht werden. Zuletzt hat die Scholz-Regierung bei der Ausrichtung des G20-Gipfels in Hamburg ihre Unfähigkeit zu re-



EU-Kommissar Günter Oettinger beim politischen Aschermittwoch 2017 im Alt-Hamburger Bürgerhaus



Neujahrsempfang der MIT Hamburg 2017 (v.l.): Oberbranddirektor Klaus Maurer (Chef der Hamburger Feuerwehr), Hjalmar Stemmann und Edwin Jakob Kreuzer (Präsident der Akademie der Wissenschaften)



Die Landesvorstände der MIT Hamburg und Schleswig-Holstein auf ihrer gemeinsamen Klausurtagung auf Gut Apeldör

gieren unter Beweis gestellt. Ein solches Ausmaß an Gewalt hat unsere schöne Stadt noch nicht erlebt und wir danken an dieser Stelle den zahlreichen Polizeibeamten aus allen Bundesländern für ihre großartige und aufopferungsvolle Arbeit zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger Hamburgs.

Seit dem Frühjahr 2013 ist der Landesverband dabei, in allen Hamburger Bezirken Kreisverbände zu gründen. Inzwischen wurden alle Kreisverbände (Eimsbüttel, Wandsbek, Bergedorf, Mitte, Nord, Altona und Harburg) erfolgreich gegründet. Dennoch müssen die ersten Kreisverbände schon wieder reaktiviert werden. Darum wird sich der Landesvorstand in den kommenden Monaten aktiv kümmern.

Die MIT Hamburg hat zu über 40 eigenen Informations-, Diskussions- und Gesellschaftsveranstaltungen eingeladen, bei denen neben Mitgliedern auch ca. 2.500 Gäste aus Mittelstand, Politik und Verwaltung angesprochen wurden. Zum Veranstaltungsprogramm gehörten der traditionelle Politische Aschermittwoch, die Berichte aus Berlin, Konsultatsgespräche, kleinere Veranstaltungsformate wie das MIT-Forum und Betriebsbesichtigungen.

Der gesamte Landesvorstand wurde 2016 neu gewählt. Hjalmar Stemmann wurde im Amt bestätigt. Als Stellvertreter arbeiten Huy-Tam Van und Dr. Antonia Goldner aktiv mit. Schatzmeister und Bundesvorstandsmitglied ist Dr.

Philipp Steinwälder. Die Geschäftsführung hat nach wie vor Thomas Klömmer inne, welcher in Personalunion auch Landesgeschäftsführer der MIT Schleswig-Holstein ist. Es finden regelmäßig (mindestens einmal im Quartal) Sitzungen des erweiterten Landesvorstandes statt. Im Rahmen dieser Sitzungen finden auch Gespräche mit Vereinen und Verbänden statt. Erstmals wurde auf der letzten Mitgliederversammlung ein Mitgliederbeauftragter in der Person von Klaus Messerschmidt gewählt, wel-

Anzeige

cher ebenfalls zum geschäftsführenden Vorstand gehört.

Ein stets aktueller und moderner Internetauftritt gewährleistet eine gute Präsenz und zahlreiche Besucher auf der Homepage der Vereinigung. Auch in den Netzwerken wie Facebook und Xing ist der Landesverband inzwischen gut vertreten und kann dort regelmäßig neue Anhänger verzeichnen. Um die Einladungen für Mitglieder und Gäste optimal zu gestalten und passend zu präsentieren, arbeiten wir mit dem CRM-System des Business Managers und lassen unsere Einladungen professionell und modern gestalten.

Auf den CDU-Landesparteitagen und CDU-Landesausschüssen ist die Hamburger MIT regelmäßig mit mittelstandsrelevanten Anträgen und Themen vertreten und versucht so ihrem satzungsgemäßen Auftrag, der Meinungsbildung innerhalb der Mutterpartei nachzukommen, gerecht zu werden. Zudem präsentiert sich der Landesverband regelmäßig mit einem eigenen Werbestand auf den Veranstaltungen der CDU Hamburg.



WEIHNACHTEN IM SCHUHKARTON®
Schenken statt spenden!?

JEDE SPENDE EIN GESCHENK
Infos: Stand 2

HOTLINE
+49 (0)30 - 76 883 883

www.weihnachten-im-schuhkarton.org



HESSEN

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Hessen
Michael-Henkel-Str. 4-6
36043 Fulda
E-Mail: b-jost@mit-hessen.de
Website: www.mit-hessen.de

LANDESVORSITZENDER



Marco Reuter

bis Mai 2017:
Frank Hartmann

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:



Berthold Jost

SCHATZMEISTER

Robert Lange
bis Mai 2017: Christoph Fay

Mitgliederzahl:
1.790 (Stand: 31.07.2017)

Der Landesvorstand wurde am 20. Mai 2017
gewählt.



Landesmittelstandstag in Langen, 20. Mai 2017

„LANGENER ERKLÄRUNG“ DER MIT HESSEN

Der 39. Landesmittelstandstag am 20. Mai 2017 stand unter dem Motto: „Nur ein starker Mittelstand schafft soziale Sicherheit“. Nach 6-jähriger Amtszeit verzichtete der Landesvorsitzende Frank Hartmann auf eine erneute Kandidatur. Als sein Nachfolger wurde der seitherige Bezirksvorsitzende in Osthessen, Marco Reuter, gewählt. Stellv. Vorsitzende sind: Anke Bernecke-Kaus, Jürgen Diener, Elke Jesinghausen, Volker Rode und Dr. Reinhard Völker. Dr. Ralf-Norbert Bartelt MdL, der über 20 Jahre dem Landesvorstand angehörte, kandidierte nicht mehr. Gastredner war der Hessische Staatsminister für Inneres und Sport, Peter Beuth MdL. Thema seiner Rede: „Innere, äußere und soziale Sicherheit – Kernkompetenzen der Union“.

Die Delegierten verabschiedeten einstimmig die nachfolgende „Langener Erklärung“. Auf Anregung von Delegierten wird diese Erklärung im Hinblick auf die Bundestagswahl im September noch konkretisiert.

1. Die MIT Hessen sieht bei den Bundestagswahlen am 24. September 2017 eine grundsätzliche Entscheidung über zwei Gesellschaftsmodelle: Es wird die Wahl geben zwischen einer Rot-Rot-Grünen Bundesregierung mit einer Aufblähung des Sozialstaats und einer Einschränkung der wirtschaftlichen Freiheit sowie einer

von der CDU geführten Bundesregierung mit einer Stärkung eigenverantwortlichen Handelns, insbesondere des Mittelstandes.

2. Wir lehnen eine Politik ab, die insbesondere die Häufung von Bürokratisierungs- und anderen Bevormundungsmaßnahmen zu Lasten des Mittelstandes vorantreibt. Sie sind leistungsfeindlich, greifen in das Eigentum ein und bedrohen die Zukunft des Mittelstandes – und damit zahlreiche Arbeitsplätze und die damit verbundene soziale Sicherheit.
3. Die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung muss in allen Bereichen der Politik wieder ernst genommen werden. Mit ihr soll der Rahmen geschaffen werden, in dem sich der Markt frei entwickeln kann. Deswegen müssen der Mittelstand und die Leistungsträger in unserer Gesellschaft steuerlich entlastet, die bürokratischen Belastungen abgebaut und die Staatsquote gesenkt werden.



Jahresempfang 2017 der MIT Wiesbaden mit
Julia Klöckner MdL

AKTIVITÄTEN



Wolfgang Bosbach MdB zu Gast bei der MIT Fulda vor der Kommunalwahl in Hessen

Im Berichtszeitraum fanden 11 Landesvorstandssitzungen in allen Regionen unseres Landesverbandes statt. Wir sind in der Regel zu Gast in mittelständischen Unternehmen. Am Nachmittag findet eine Betriebsbesichtigung statt. Daran schließt sich ein Gespräch mit dem Firmeninhaber ab. Am frühen Abend findet die Landesvorstandssitzung statt. Der Landesvorsitzende hat sich in 32 Presseerklärungen zu aktuellen mittelstandspolitischen Themen geäußert. Im Mitgliedermagazin „Hessen-Kurier“ der CDU Hessen erschienen Beiträge zu aktuellen Themen. Die Internetseite wurde 2016 neu gestaltet. Im vierteljährlichen Rhythmus gibt es den „Mittelstands-Kurier“ per Mail an unsere Mitglieder.

Zur Kommunalwahl am 6. März 2016 haben wir Grundsätze für eine mittelstandsfreundliche Kommunalpolitik unter dem Titel „Vernunft und Augenmaß in den Kommunen“ erarbeitet und flächendeckend in Hessen vor Ort bei Veranstaltungen und Infoständen verteilt. Zu einer Veranstaltung mit Wolfgang Bosbach MdB kamen über 700 Besucher in die Münsterfeldhalle in Fulda. Insgesamt haben 132 MIT-Mitglieder in Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen Mandate gewinnen können.

MITGLIEDERENTWICKLUNG

Die Mitgliederzahl ist nahezu unverändert gegenüber 2016. Jedoch ist die Entwicklung in den Kreisverbänden sehr unterschiedlich. Aktive Verbände konnten Mitglieder gewinnen, während weniger aktive Verbände Mitglieder verlieren.

60 JAHRE MIT



Martinsgansessen der MIT Bergstraße mit Dr. Carsten Linnemann MdB

Der 60. Jahrestag der Gründung der MIT war im April 2016 Anlass für 7 Veranstaltungen in allen Regionen Hessens mit über 400 Besuchern. Die Aktivitäten zeigten die Lebendigkeit der MIT in Hessen. Thema einer Veranstaltung in Frankfurt am Main mit Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft/Frankfurter Institut war: „Deutschland vor der Wahl: Vergreisende Republik, alt aussehende Politik“. Gemeinsam mit dem Verband der Privaten Krankenversicherung wurde ein Wirtschaftsforum in Wiesbaden veranstaltet. Im Mittelpunkt stand dabei ein Vortrag von Dr. Dennis A. Ostwalt zum Thema: „Die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft für Wachstum und Beschäftigung“. Die Gesundheitswirtschaft hat in Hessen eine besondere ökonomische Bedeutung. Hessen ist im Ländervergleich nationale Spitze hinsichtlich der Wachstums-, Beschäftigungs- und Exportbeiträge der industriellen Gesundheitswirtschaft.

JUMIT

In 2016 wurde die „JUMIT“ (Junger Mittelstand) wieder aktiviert. Olaf Gries und Marc Oliver Junker engagieren sich, um junge Mitglieder für die MIT zu gewinnen.

POLITISCHE INITIATIVE

Das zunehmende Verbot von verkaufsoffenen Sonntagen durch Gerichtsentscheidungen zeigt, dass eine Änderung der gesetzlichen Vorschriften notwendig ist. Die MIT Hessen fordert daher

die Möglichkeit, vier verkaufsoffene Sonntage im Jahr ohne Einschränkungen durchzuführen.

Das Hessische Ladenöffnungsgesetz schreibe für die Genehmigung von maximal vier verkaufsoffenen Sonntagen vor, dass diese nur „aus Anlass“ von Märkten, Messen, örtlichen Festen oder ähnlichen Veranstaltungen stattfinden dürfen. Die Rechtsprechung habe aufgrund dieser gesetzlichen Regelung gefolgert, dass das Fest oder der Markt Hauptsache sein müssen und der verkaufsoffene Sonntag Nebensache. Die Städte und Gemeinden, die für die Genehmigung zuständig seien, müssen eine Prognose aufstellen, dass mehr Besucher zu dem Fest oder Markt kommen als zum verkaufsoffenen Sonntag.

Gleichzeitig muss die Fläche des verkaufsoffenen Sonntags geringer sein als die Fläche des Festes oder des Marktes. Solche Feststellungen im Vorfeld der Genehmigung könnten aber von den Städten und Gemeinden nicht rechtssicher getroffen werden. Dies führe zunehmend dazu, dass durch gerichtliche Entscheidungen wenige Tage oder Stunden vor dem verkaufsoffenen Sonntag ein Verbot erfolge. Deshalb bestehe aktueller Handlungsbedarf. Es kann nicht richtig sein, dass die Händler und Geschäfte Kosten für den verkaufsoffenen Sonntag haben und der Verkauf dann kurzfristig gestoppt werde. Der Sonn- und Feiertagsschutz hat einen hohen Stellenwert. Diesem werde die Beschränkung auf lediglich vier Sonntage im Jahr gerecht und sei moderat und angemessen. Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU Hessen hat sich inzwischen dieser Forderung angeschlossen.



Infostand der MIT auf dem CDU-Landesparteitag in Darmstadt
© Alexander Kurz



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der
CDU Mecklenburg-Vorpommern
Puschkinstraße 10
19055 Schwerin
E-Mail: info@mit-mv.de
Website: www.mit-mv.de

LANDESVORSITZENDER



Dietrich Monstadt MdB

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERIN



Wiebke Weitendorf

bis April 2017:
Maik Rudolph

SCHATZMEISTER

Peter Bauer

Mitglieder:
260 (Stand: 31.07.2017)

Der Landesvorstand wurde am 3. November
2016 gewählt.

MITGLIEDERENTWICKLUNG

Rund 250 Unternehmerinnen und Unternehmer engagieren sich derzeit im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. Vereinzelt Austritte in den zurückliegenden Jahren konnten durch Neuaufnahmen kompensiert werden, sodass die Mitgliederzahl konstant gehalten wurde. Diese Kontinuität ist auch ein Stützpfiler für eine solide und planbare Finanzstruktur des Landesverbandes.

ARBEIT DES LANDESVORSTANDES

Die MIT blickt auf zwei ereignisreiche Jahre zurück. Der Landesvorstand hat den thematischen Schwerpunkt vor allem auf die Steuerpolitik und den Abbau der kalten Progression gelegt. Parallel dazu stand die Arbeit „in der Fläche“ im Mittelpunkt: Diverse Veranstaltungen wurden organisiert und ruhende Kreisverbände „wiederbelebt“. Beispielsweise hat sich im Oktober 2016 im Wahlkreis unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel der Kreisverband Vorpommern-Rügen neu konstituiert.

Auch in der Region Vorpommern-Greifswald haben sich Unternehmer zusammengefunden, die ein großes In-

teresse an der Gründung eines eigenständigen Kreisverbandes haben. Der Landesvorstand strebt an, auch hier zeitnah eine Neugründung durchzuführen.

MIT-WAHLKAMPF ZU DEN LANDTAGSWAHLEN 2016

Vor allem das Jahr 2016 war durch das Engagement der MIT zur Unterstützung ihrer Kandidaten im Landtagswahlkampf gekennzeichnet. Auf Einladung des Landesverbandes, des Kreisverbandes Ludwigslust-Parchim und der CDU Wittenburg kam der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Dr. Peter Tauber, im August 2016 nach Wittenburg ins Alpincenter, um im Vorfeld der anstehenden Landtagswahl über aktuelle politische Themen zu berichten und die Wahlkämpfer zu motivieren.

Mit Unterstützung der MIT haben folgende MIT-Mitglieder den Einzug in den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns erreicht: Christiane Berg, Sebastian Ehlers, Maika Friemann-Jennert, Harry Glawe und Wolfgang Waldmüller.

VERANSTALTUNGEN

Neben zahlreichen anderen Veranstaltungen für die MIT-Mitglieder in



Uwe Duhm, Dietrich Monstadt MdB, Wendy Ruddies, Gabriele Dörner, Daniel Ruddies, Thomas Marschall (v.l.)



Christian Geier, stellv. Landesvorsitzender (2. v.r.), Justizministerin Katy Hoffmeister MdL (3. v.r.)

KOMMISSIONEN

Die Mitglieder des neu konstituierten Landesvorstands haben konkrete Aufgaben- und Themenschwerpunkte übernommen. Zunächst stehen die Organisation qualitativ hochwertiger Veranstaltungen sowie die Neuausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit im Vordergrund. Entsprechend dieser Zuständigkeiten befinden sich dazugehörige Kommissionen aktuell im Aufbau.

Rostock war der Kreisverband im März 2016 Ausrichter des Sommerfestes des Landesverbandes. Mit dem Landesvorsitzenden Dietrich Monstadt MdB kam eine angeregte Diskussion zu Themen wie der wirtschaftlichen Entwicklung der mittelständischen Unternehmen, zustande. Der Geschäftsführer der Rostocker Gesellschaft für Tourismus und Marketing mbH, Matthias Fromm, hielt einen Vortrag über die aktuellen Projekte und Entwicklungen in der Tourismusbranche in Rostock und Warnemünde.

Zum Jahresempfang 2017 des Kreisverbandes Ludwigslust-Parchim, der gemeinsam mit den regionalen CDU-Verbänden im Städteviereck Grabow, Neustadt-Glewe, Ludwigslust und Lewitz organisiert wurde, kam auch die neue Justizministerin Katy Hoffmeister MdL. Sie informierte über die anstehenden Themen in ihrem Ressort. Der Landesvorsitzende Dietrich Monstadt MdB informierte zum bevorstehenden Bundestagswahlkampf und stimmte die Gäste darauf ein.

Die erfolgreiche Zusammenarbeit der CDU und der MIT soll weiter forciert werden.

LANDESMITTELSTANDSTAGE/ VORSTANDSSITZUNGEN

In Rostock fand im vergangenen November der Landesmittelstandstag

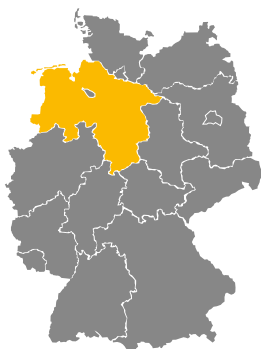
mit Neuwahl des Landesvorstandes statt. Der langjährige Landesvorsitzende Dietrich Monstadt wurde mit großer Mehrheit erneut zum Landesvorsitzenden gewählt. Zu seinen Stellvertretern wurden Christian Geier, Carsten Jantzen und Dr. Helmut Schmidt gewählt. Schatzmeister bleibt Peter Bauer.

Der Landesvorstand tagte acht Mal jährlich, sowie regelmäßig mit erweitertem Vorstand.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Um die Öffentlichkeitsarbeit weiter zu verbessern, wird der Landesverband seine Aktivitäten im Bereich Internet und Social Media deutlich verstärken. In einem ersten Schritt wird dazu der Internetauftritt des Landesverbandes komplett erneuert. Vorgesehen ist ein Baukastensystem, das auch den Kreisverbänden zugänglich gemacht werden soll. Geplant ist der Abschluss der Arbeiten noch in diesem Jahr. Neben der Steigerung der medialen Wahrnehmung verspricht sich der Landesverband von dieser Maßnahme, dass neue Mitglieder auf die MIT aufmerksam werden.

Im Bereich der sozialen Netzwerke sind einzelne Kreisverbände bereits mit einem eigenen Auftritt aktiv. Diesem Beispiel wollen nun auch andere Kreisverbände folgen.



NIEDERSACHSEN

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU in Niedersachsen
Hindenburgstraße 30
30175 Hannover
E-Mail: info@mittelstand-niedersachsen.de
Website: www.mittelstand-niedersachsen.de

LANDESVORSITZENDER



Werner Lübbe

HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER



Andreas Sobotta

SCHATZMEISTER

Dieter Finke-Gröne

Mitgliederzahl:
4.766 (Stand: 31.07.2017)

Der Landesvorstand wurde am 9. Juni 2017
gewählt.

ARBEIT DER LANDESGESCHÄFTSSTELLE

Die MIT Niedersachsen ist der zweitstärkste Landesverband auf Bundesebene. Die Mitgliederzahl ist seit Mitte 2000 weitgehend stabil.

Die Landesgeschäftsstelle versteht sich in erster Linie als Serviceeinrichtung der Landesvereinigungen Braunschweig und Oldenburg sowie der sechs Bezirks- und 48 Kreisvereinigungen. Die Reaktivierung von Kreis- und Stadtvereinigungen hat in Niedersachsen hohe Priorität, weil eine funktionierende Basis die Grundlage für politischen Einfluss ist. Die Homepage des Landesverbands wurde relaunched und wird von der Landesgeschäftsstelle aktuell gehalten.

Für eine Übergangszeit vereinbarten die Kreisvereinigungen Braunschweig und Peine eine enge Zusammenarbeit und firmieren bis auf weiteres unter Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Braunschweig-Peine. Drei gewählte Vorstandsmitglieder der MIT Peine wurden in den Kreisvorstand des Kreisverbands Braunschweig kooptiert. Es gibt einen Vorstand, zwei Mitgliederverwaltungen, zwei Kassen und zwei Rechenschaftsberichte, sodass die beiden Gliederungen jederzeit wieder partioniert werden können. Nach einer Phase relativer Ruhe konnte die Kreisvereinigung Celle revitalisiert werden.

AKTIVITÄTEN

Der geschäftsführende Landesvorstand beschäftigte sich am 22. Januar 2016 auf Burg Warberg mit der Zukunft des Landesverbands. Der 32. Landesmittelstandstag wurde in Lüneburg am 9./10. Juni 2017 unter dem Motto „Wirtschaft stärken! Werte schaffen!“ durchgeführt. Der Landesverband tagte im Hotel „Bergström“, bekannt durch die Fernsehserie „Rote Rosen“. Werner Lübbe wurde mit einem eindrucksvollen Ergebnis im Amt des Landesvorsitzenden bestätigt. Höhepunkte waren neben den Neuwahlen des Landesvorstands die Reden des Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2018, des CDU-Landesvorsitzenden, Dr. Bernd Althusmann, des MIT-Bundesvorsitzenden, Dr. Carsten Linnemann MdB, des Präsidenten der Leuphana-Universität, Prof. Dr. Sascha Spoun sowie der Unternehmer Meike Bergmann (Bergmann Lebensmittelmärkte, Lüneburg) und Jan Orthey (Lünebuch, Lüneburg) zum Thema „Mittelständischer Handel heute“.

Im ersten Quartal des Jahres 2017 tagten alle Landes- und Bezirksvereinigungen in Niedersachsen und nominierten ihre Kandidaten für den Landes- und Bundesvorstand. Im Übrigen wurden alle Delegierten und Ersatzdelegierten nach einem vorgegebenen Schlüssel gewählt.

Der Partnerschaftsvertrag zwischen der MIT Niedersachsen und der MIT Sachsen-Anhalt „lebt“. Mittlerweile be-



Der Landesvorstand besichtigt die Hannoveraner Müllverbrennungsanlage Energy from Waste (EEW).



Jens Spahn MdB und Albert Stegemann MdB im Gespräch mit der MIT Lingen.



Verleihung des Willi-Heineking-Unternehmerpreises in Meinkingsburg.



Schülerpreisverleihung der MIT Neustadt am Rübenge. Schüler mit der besten Leistungssteigerung wurden ausgezeichnet.

steht die Partnerschaft seit 27 Jahren. Am 21. Oktober 2016 tagten die Landesvorstände beider Gliederungen im Magdeburger „Herrenkrug“.

Der Landesvorstand tagt im Schnitt sechsmal pro Jahr. Es wird dabei Wert darauf gelegt, mit hochkarätigen Referenten an unterschiedlichen Tagungsorten zu diversen mittelstandsrelevanten Themen ins Gespräch zu kommen.

INHALTLICHE ARBEIT

Inhaltlich setzte sich der Landesverband mit folgenden Themen auseinander:

- Zielorientierter und erfolgreicher Einsatz von Newsletter, Homepage und Sozialen Medien
- Ausbildung – starke Schule – starke Wirtschaft
- Digitale Agenda

- TTIP, CETA und BREXIT – Was kommt auf uns zu?
- Investitionsklima in Niedersachsen
- Ländlichen Raum stärken
- Demografie und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft in Niedersachsen

Auf die Einrichtung fester Arbeitskreise und Kommissionen wird verzichtet. Stattdessen wird auf jeder Landesvorstandssitzung ein Thema beraten, das von einer Ad-hoc-Kommission unter der Moderation von H.-Dieter Klahren, vorbereitet wird. Jede Landesvorstandssitzung endet mit inhaltlichen Beschlüssen.

Zurzeit gehören 25 von 31 Bundestag- und Abgeordneten, 34 von 54 Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion und drei von vier Europaabgeordneten der MIT Niedersachsen an.

Der Landesverband tritt regelmäßig mit Anträgen an den CDU-Landesparteitag in Erscheinung. So wurde die Satzung der CDU Niedersachsen auf Antrag der MIT dahingehend geändert, dass künftig drei Personen pro satzungsmäßiger Vereinigung auf Landesparteitagen der CDU mit beratender Stimme Rederecht erhalten.

Gute Kontakte pflegt der Landesverband zu den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern. Darüber hinaus gibt es gute Kontakte zu: Haus- und Grundeigentum e.V., Steuerberaterverband Niedersachsen/Sachsen-Anhalt, Internationales Hubschrauberausbildungszentrum (Bückeburg), AGA Norddeutscher Unternehmensverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistung (Hamburg), Niedersachsen-Metall und IHK Niedersachsen.



Die Partnerschaft der MIT-Landesverbände Niedersachsen und Sachsen-Anhalt lebt – hier: an der Schleuse Rothensee bei Magdeburg.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Nordrhein-Westfalen
Wasserstraße 5
40213 Düsseldorf
E-Mail: info@mit-nrw.de
Website: www.mit-nrw.de

LANDESVORSITZENDER



Hendrik Wüst MdL

© Ralph Sondermann

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER



Stefan Simmnacher

© Alois Müller

SCHATZMEISTER

Ralf Schwarzkopf

Mitgliederzahl:
6.936 (Stand: 31.07.2017)

Der Landesvorstand wurde am 10. Oktober
2015 gewählt.

ARBEIT DES LANDESVORSTANDS

Inhaltlich rückte der Vorstand in den vergangenen beiden Jahren Wachstumschancen für Nordrhein-Westfalen in den Mittelpunkt. Neben zehn Landesvorstandssitzungen, trafen sich der Landesvorstand, die Kreisvorsitzenden und Schatzmeister in 2016 in Münster auch zur Funktionsträgerkonferenz. Unter der Überschrift „Werte“ wurde im Kapuzinerkloster sowohl über das Fundament unseres Unternehmerbildes und unserer politischen Prägung, als auch die rein monetären Werte und damit die Finanzen der MIT im Lichte des Parteiengesetzes diskutiert. Highlight war die Klausurtagung zum Thema „Mittelstandspolitik im europäischen Vergleich“ im ehemaligen Urlaubsdomizil Konrad Adenauers in Cadenabbia, Italien. In einer gemeinsamen Vorstandssitzung mit der CDA NRW wurde die Erklärung „Gemeinsam für Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand in NRW!“ verabschiedet. Das unterdurchschnittliche Wirtschaftswachstum und der Bürokratie- und Regulierungsaufbau der rot-grünen Landesregierung sowie das schlechte Abschneiden des Bundeslandes in fast allen relevanten Bereichen, veranlassten den Landesverband dazu, den „Wirtschaftspolitischen Ländervergleich“ wieder aufzulegen. In zwei Versionen (Mai 2016 und April 2017) lieferte dieser zahlreiche Argumente für einen Regierungswechsel im bevölkerungsreichsten Bundesland. In

zehn Erwartungen an die Wirtschaftspolitik einer CDU-geführten Landesregierung formulierte der Vorstand die wichtigsten Forderungen der MIT NRW nach der Wahl.

18. LANDESDELEGIERTEN- VERSAMMLUNG AM 10. OKTOBER 2015 IN DÜSSELDORF: „INDUSTRIE 4.0 – CHANCEN FÜR NORDRHEIN-WESTFALEN – CHANCEN FÜR DEN MITTELSTAND“

Was vernetzte Produktion bedeutet und welche Chancen die vierte industrielle Revolution für unseren Wirtschaftsstandort bietet, diskutierte der Landesverband mit Vertretern aus Wirtschaft und Politik vor den Delegierten und Gästen. Dr. Eduard Sailer, Miele Geschäftsführer Technik, ging auf die bereits vernetzten Industrieprozesse ein. Dr. Hans-Jürgen Stotz, SAP betonte, dass der technologische Fortschritt ob seiner rasanten Entwicklung nicht auf politische Entscheidungen warte. Prof. Dr. Oliver Niggemann, Forscher des Fraunhofer Institutes, sprach über den Arbeitsplatz der Zukunft. Peter Altmaier MdB, Bundeskanzleramtschef, und Armin Laschet MdL beleuchteten dann mit dem Landesvorsitzenden Hendrik Wüst MdL die wirtschaftspolitischen Aspekte. Industrie 4.0 als Chance für Nordrhein-Westfalen zu begreifen, war auch Inhalt der anschließenden Talk-



Bundeskanzleramtschef Peter Altmaier MdB zu Gast in Düsseldorf

©MIT NRW Roland Rochlitzer

runde mit Moderation von Prof. Dr. Jörg Müller-Lietzkow. In unserem dort gefassten Beschluss haben wir unser Verständnis der vernetzten Produktion dargelegt. Außerdem wurde im Düsseldorfer Ärztehaus der Landesvorstand neu gewählt: Hendrik Wüst wurde mit 93,5 Prozent in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt. Gute Ergebnisse erhielten auch die übrigen Landesvorstandsmitglieder und Hartmut Schauerte wurde zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Gelegenheit sich über Neuigkeiten aus Unternehmen und Verbänden ganz praktisch zu informieren, hatten die Teilnehmer in der Wirtschaftsschau.

19. LANDESDELEGIERTEN-VERSAMMLUNG AM 27. AUGUST 2016 IN RECKLINGHAUSEN: „NEUSTART NRW – ZUKUNFT NUR MIT WACHSTUM“

Im Jahr vor der Landtagswahl erarbeitete der Landesverband einen Antrag zum wirtschaftspolitischen Neustart. Im Leitantrag „Wachstum wirkt“ wurden die Ursachen und Folgen des für 2015 veröffentlichten Nullwachstums dargestellt und Lösungsansätze erarbeitet. Vor dem Beschluss



Wirtschaftsschau 2016

©MIT NRW Roland Rochlitzer

des Antrags, riefen der MIT-Landesvorsitzende Hendrik Wüst und der CDU-Landesvorsitzende Armin Laschet zu einem Richtungswechsel für Nordrhein-Westfalen und zu neuen wirtschaftspolitischen Impulsen auf. In der Talkrunde diskutierten Dr. Philipp Breidenbach, Leiter des Forschungsdatenzentrums Ruhr am RWI Essen, Hendrik Wüst und Moderator

Dr. Patrick Peters über die Chancen, die sich dem Bundesland mit Wirtschaftswachstum bieten würden. Mit der einstimmigen Annahme des Leitantrags, vielen Argumenten für einen Regierungswechsel und die Abwahl von Rot-Grün im Mai 2017 endete die 19. Landestagung mit guten Gesprächen in der wieder gut besetzten Wirtschaftsschau.



Hendrik Wüst MdL und Armin Laschet MdL werben für einen Neustart in der nordrhein-westfälischen Wirtschaftspolitik

©MIT NRW Roland Rochlitzer

ERFOLGREICHE LANDTAGSWAHL 2017

Nach der gewonnen Landtagswahl und den Koalitionsverhandlungen hat die Koalition aus CDU und FDP ihre Arbeit aufgenommen. Der zuvor abgestimmte Koalitionsvertrag enthält viele Forderungen des Wirtschaftsflügels und setzt neue Akzente für den Wirtschaftsstandort NRW. Nicht nur inhaltlich, sondern auch personell ist die MIT in der 17. Legislaturperiode sehr gut vertreten: Hendrik Wüst wurde als Verkehrsminister ins Kabinett der schwarz-gelben Landesregierung berufen. Darüber hinaus sind 43 der 72 CDU-Landtagsabgeordneten Mitglied im Parlamentskreis Mittelstand.



Wahlkampf mit Armin Laschet MdL



©MIT NRW

WEITERE VERANSTALTUNGEN UND AKTIONEN

Der Landesverband will sich vernetzen und als Brücke zwischen Wirtschaft und Politik auch öffentlich sichtbar und ansprechbar sein. Über unsere Landesdelegiertenversammlungen hinaus bietet der Landesverband – neben den zahllosen Veranstaltungen der Verbände auf Gemeinde-, Stadt-, Kreis- und Bezirksebene vor Ort – eine große Anzahl an Aktivitäten und Terminen. Dazu zählt seit über einem Jahrzehnt die Wirtschaftsschau als Treffen für Wirtschaft, Industrie, Mittelstand und Verbände. Am Rande der Landesdele-

giertentagung kommt man zusammen, um sich auszutauschen und sich zu präsentieren, Produkte vorzustellen und zu werben. Im Landtagswahlkampf unterstützte der Landesverband den CDU-Spitzendkandidaten Armin Laschet mit dem Veranstaltungsformat „Wirtschaftsaspekte“. Bei einem Business-Lunch brachten wir ihn und Wirtschaftsvertreter in Lüdenscheid, Münster, Düsseldorf und Bad Lippspringe zusammen. Zusätzlich wurden im Onlinewahlkampf über Displaybannerschaltung über Google und Facebook die MIT-Landtagskandidaten Hendrik Wüst, Angela Erwin und Ralf Schwarzkopf unterstützt.

Anzeige

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Eine detaillierte Übersicht über die Pressemitteilungen, Termine und Aktionen der MIT finden Sie unter www.mit-nrw.de oder auf der Fanpage unter www.facebook.com/MITNRW. Eine eigene Publikation vor der Landtagswahl veröffentlichte die MIT NRW – „Wirtschaft im Wandel“. Das nicht klassische und nicht periodisch erscheinende Wirtschaftsmagazin auf 36 Seiten informiert über den Standort NRW. Broschüren, Magazine, Ländervergleiche und Geschäftsberichte stellt die Landesgeschäftsstelle ihren Verbänden kostenlos zur Verfügung. Infomappen zur Mitgliederwerbung und –ansprache können ebenso kostenlos angefordert werden.



Wir erzählen Ihnen keine Märchen



Nur im Märchen wird aus einem Frosch ein Prinz. Im wahren Leben sollten Sie besser gleich auf den richtigen Partner setzen. In unserer Königsdisziplin, der Risikoberatung von mittelständischen Unternehmen, insbesondere aus den Bereichen Handel und Dienstleistung, haben wir die Krone auf.

Als Beratungsunternehmen sind wir seit mehr als 65 Jahren der Spezialist, wenn es um betriebliche Risiken geht.

Wir beraten Sie umfassend und sichern Sie individuell ab, ganz egal, wie groß Ihr Unternehmen ist.

Ihre Vorteile:

- + Jahrzehntelange Erfahrung in der Risikoberatung
- + Individuelle Betreuung, unabhängig von Ihrer Unternehmensgröße
- + Partnerschaftliche Beratung mit überdurchschnittlichem Engagement

Nehmen Sie uns beim Wort: www.vga.de



Natürlich
besser leben.

STAATL.
FACHINGEN

Das Wasser. Seit 1742.



RHEINLAND-PFALZ

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Rheinland-Pfalz
Rheinallee 1a-d
55116 Mainz
E-Mail: info@mit-rlp.de
Website: www.mit-rlp.de

LANDESVORSITZENDER



Gereon Haumann

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER



Helmut Klapheck

SCHATZMEISTER

Jörg Meurer

Mitgliederzahl:
820 (Stand: 31.07.2017)

Der Landesvorstand wurde am 25. November
2016 gewählt.

WIR FÜR UNS. RHEINLAND-PFALZ KANN MEHR!

Das Jahr 2015 stand für die MIT Rheinland-Pfalz ganz im Zeichen der Vorbereitung auf die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz im März 2016. Quer durch unser Land führte der Landesverband zusammen mit den Bezirksverbänden Veranstaltungen unter dem Motto „Treffpunkt Mittelstand“ für Unternehmer, Selbstständige und wirtschaftspolitisch Interessierte durch. Die Zukunft für Fachkräfte, regionale Infrastruktur, Erbschaftsteuerreform, Zuwanderung und die Bilanz der rheinland-pfälzischen Wirtschaftspolitik waren zentrale Themen. Den Jahresabschluss und zugleich den Start in den Vorwahlkampf zur Landtagswahl bildete das Forum am 5. November 2015 im Gartencenter Bellandris Rehner in Bad Kreuznach mit der CDU-Spitzenkandidatin Julia Klöckner MdL.



Landtag 2015: Forum Mittelstand „Rheinland-Pfalz kann mehr!“ mit CDU-Landeschefin Julia Klöckner MdL

WAHLKAMPF FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2016

Die ersten drei Monate des Jahres 2016 waren auch für den Landesverband ganz durch die entscheidende Phase des Landtagswahlkampfes bestimmt. Mitglieder, Kreisverbände und Gremien der MIT waren im Einsatz, die örtlichen Kandidaten der CDU zu unterstützen. Aktiv unterstützten sie den Wahlkampf der CDU Rheinland-Pfalz. Die MIT hat in dieser Zeit mit Veranstaltungen von Landesverband, Bezirksverbänden und Kreisverbänden unterstützende Beiträge geleistet, so auch im Rahmen der Klausur des CDU-Bundesvorstands am 8. Januar mit dem Treffpunkt Mittel-



Gespräch mit David McAllister MdEP im Rahmen der Klausur des CDU-Bundesvorstands

stand und Gastredner David McAllister MdEP unter dem Thema: „Wir für uns. Rheinland-Pfalz, Deutschland und Europa!“, bei Bollants in Bad Sobernheim. Mit einem eigens gestalteten Flyer zur Landtagswahl warb der Landesverband für die CDU-Spitzenkandidatin Julia Klöckner und appellierte mit guten Gründen im wirtschaftspolitischen Programm zum Wechsel im Land.

POLITISCHE ARBEIT

Die kontinuierliche politische Arbeit bestimmte auch die Aktivitäten nach der Landtagswahl. Sie wurde vorbereitet mit einer Klausurtagung des Landesvorstandes zum Jahresbeginn und dem traditionellen offenen Dialog und Austausch mit der CDU-Führungsspitze. Die Intensivierung der Arbeit in den Kreisverbänden und Impulse für die Wirtschaftspolitik in Rheinland-Pfalz standen für die MIT im Mittelpunkt, so z.B. mit Veranstaltungen zur Tourismusabgabe in Kommunen unter dem Thema „Melkkuh Mittelstand“. Unter Federführung der Bad Kreuznacher MIT gab es hierzu einen Treffpunkt Mittelstand, bei dem sich die betroffenen Unternehmer in offener und lebhafter Diskussion ihren Unmut von der Seele redeten und signalisierten, dass die Schmerzgrenze beim Mittelstand definitiv erreicht wor-



Ganzseitige Berichterstattung in einer regionalen Tageszeitung zum Thema „Tourismusabgabe in Kommunen“

den sei. Der Veranstaltungsort, das Möbelhaus Mayer, lieferte für die emotional aufgeheizte Debatte den Gegenpool mit Wohlfühl-Atmosphäre inmitten gemütlicher Couchgarnituren.

Weitere thematische Treffpunkte folgten zur „dualen Ausbildung“, zu den Themen „Unternehmer und Flüchtlinge“, „TTIP“, „Wirtschaftsförderung und Fachkräftegewinnung“ oder am Standort der Technischen Universität Kaiserslautern, in den Räumlichkeiten der teckpro AG, mit dem Fachforum „Forschungsstandort Deutschland – Kann der Mittelstand mithalten?“ mit Staatsminister Dr. Helge Braun MdB.

Der Blick über den Tellerrand von Rheinland-Pfalz prägte die umfassenden Themen, die die tägliche Verbandsarbeit bestimmte. Zum Jahresende 2016 erarbeite der Landestag am 25. November 2016 in Trier im Gespräch mit Dr. Werner Langen MdEP ein Resümee der Verbandsarbeit und formulierte politische Handlungsempfehlungen für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz.

Unter dem Motto „Netzwerk Mittelstand: Wirtschaftspolitik. Standort Rheinland-Pfalz. Mitten in Europa“ wurde im Landesverband die Gestaltung einer mittelstandsfreundlichen und zukunftsorientierten Wirtschafts-

politik in Rheinland-Pfalz erarbeitet. Es wurde diskutiert, wie eine zielgerichtete, mittelstandsfreundliche sowie grenzüberschreitende Wirtschaftspolitik für Rheinland-Pfalz in Deutschland und Europa gelingen könne.

Der neu gewählte Landesvorstand unter dem Vorsitz von Gereon Haumann startete motiviert mit Impulsen, Ideen und Herausforderungen in das sich anschließende Wahljahr 2017 – mit Landratswahlen sowie dem Fokus auf die Bundestagswahl. Die Veranstaltungsreihe „Treffpunkt Mittelstand – Zentrale Eckpunkte“ diente der Unterstützung der Bundestagskandidaten mit wirtschaftspolitischen Themen in den Wahlkreisen.

WIRTSCHAFT TRIFFT AUF POLITIK

Volles Haus im Bad Kreuznacher Gartencenter Rehner gab es in der Fastnachtswoche bei der gemeinsamen Veranstaltung „Wirtschaft trifft Politik“ von MIT und CDU zum Meinungsaustausch zwischen der CDU-Landeschefin Julia Klöckner, dem MIT-Bundesvorsitzenden Dr. Carsten Linnemann MdB und MIT-Landeschef Gereon Haumann sowie rheinland-pfälzischen Mittelständlern. Julia Klöckner und Carsten Linnemann gaben einen Abriss über die Wirtschaftsthemen in der Landes- und Bundespolitik, die der



Einladungen zu MIT-Veranstaltungen „Zentrale Eckpunkte“ im Wahljahr 2017

Wirtschaft besonders unter den Nägeln brennen – ein hitziges Thema sind dabei immer wieder die aktuell geltenden Bestimmungen im Arbeitszeitgesetz. Carsten Linnemann blieb keine Antwort schuldig. Die anwesenden Unternehmer zeigten sich von der Offenheit und Lebendigkeit, wie auch von den Sachargumenten sehr angetan.

Mit freundlicher Unterstützung des Bundesverbands diente der Landesverband als Pilotprojekt für den neuen Webseiten-Baukasten der MIT, den die MIT Rheinland-Pfalz nun für seine Webpräsenz nutzt. Der Landesverband Rheinland-Pfalz legt großen Wert auf die Mitarbeit im Bundesverband der MIT. Neben unseren 2015 gewählten Mitgliedern im Vorstand, Michael Lüttig und Jörg Meurer, sind weitere Mittelständler aus Rheinland-Pfalz aktiv in den Kommissionen vertreten und wirken kontinuierlich im Bundesvorstand mit.



MIT und CDU im Schulterschluss für eine mittelstandsfreundliche Wirtschaftspolitik (2.v.l.): Dr. Carsten Linnemann, Julia Klöckner MdL und Gereon Haumann



SAARLAND

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Saarland
Stengelstr. 5/IV
66117 Saarbrücken
E-Mail: andrea.kallenbrunnen@cdu-saar.de
Website: www.mitsaar.de

LANDESVORSITZENDER



Bernd Wegner MdL

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERIN



Andrea Kallenbrunnen

bis September 2016:
Ursula Schulz

SCHATZMEISTER

Michael Peter

Mitgliederzahl:
348 (Stand: 31.07.2017)

Der Landesvorstand wurde am 5. November
2016 gewählt.

POLITISCHE ARBEIT

Seit November 2015 hat die MIT Saar mit Veranstaltungen, Aktionen und öffentlichen Positionierungen ihre Arbeit für den Mittelstand fortgesetzt und sich aktiv für die Belange des Mittelstandes eingesetzt. Der Berichtszeitraum war geprägt durch einen Landtagswahlkampf, an dem sich die MIT durch verschiedenen Aktionen und mit eigenen Kandidaten aktiv beteiligte.

In acht Landesvorstandssitzungen beschäftigte sich das Gremium inhaltlich mit dem Mittelstandsförderungsgesetz, der Wiederaufnahme der Planungen für das Umfahrungsprojekt der Nordsaarlandstraße und dem „Schutz-Wahn in Deutschland“. Daneben wurden zahlreiche Veranstaltungen und der Landtagswahlkampf geplant.

AKTIVITÄTEN

Der Landesmittelstandstag am 5. November 2016 stand unter dem Motto „Wirtschaftsstandort Saarland sichern“. Als Gastrednerin konnten wir unsere CDU-Landesvorsitzende, Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer MdL, begrüßen. Neben den Wahlen des Landesvorstandes fand eine Ehrung der Gründungsmitglieder durch den Landesvorsitzenden Bernd Wegner MdL und die CDU-Landesvorsitzende statt. Inhaltlich wurden zwei Anträge verabschiedet.

Auf dem traditionellen Frühlingsempfang des Landesverbands stand im Jahr

2016 das 60-jährige Bestehen der MIT Deutschlands im Mittelpunkt. Gastrednerin Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer betonte die Bedeutung der Vereinigung innerhalb der CDU und gratulierte zu diesem Jubiläum.

In diesem Jahr war Stephan Toscani MdL, Minister für Finanzen und Europa, als Gastredner anwesend. Im Mittelpunkt seiner Rede standen die Landtagswahl im Saarland und aktuelle politische Themen.

Des Weiteren führte der Landesverband die Veranstaltung „Hacker, Trojaner, Würmer und Viren – Angriffe auf mittelständische Unternehmen aus dem Netz und wie man sich davor schützt.“ zusammen mit dem Kreisverband Saarbrücken-Land durch. Dr. Sebastian Gerling vom CISPA-Institut, einem der drei deutschen Kompetenzzentren für IT-Sicherheit, informierte über die Gefahren und Abwehrmöglichkeiten von Angriffen im Netz.

LANDTAGSWAHL AM 26. MÄRZ 2017

Am 26. März 2017 fand im Saarland die Landtagswahl statt – mit dem bekannten Ergebnis, dass die CDU die Wahl mit 40,7 % der Stimmen klar gewann und die Landesregierung weiter von Annegret Kramp-Karrenbauer als Ministerpräsidentin fortgeführt wird. Zu diesem Erfolg hat auch die MIT Saar beigetragen.



Frühlingsempfang 2016 mit Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer MdL



Großflächenplakat zur Landtagswahl

Im neuen Landtag stellt der Landesverband fünf Abgeordnete: Bernd Wegner MdL (MIT-Landesvorsitzender und seit 1999 im Landtag des Saarlandes), Peter Strobel MdL (seit 2012 Mitglied des Landtages, Kreisvorsitzender der CDU Saarbrücken-Stadt), Sascha Zehner MdL (Mitglied des Stadtrates in Saarbrücken), Sarah Gillen MdL (MIT-Kandidatin auf der CDU-Landesliste) und Stefan Thielen MdL (seit 2015 Mitglied des Landtages und Schatzmeister der CDU Merzig-Wadern).

Der Landesverband hat zwei eigene Werbeanzeigen in der regionalen Tageszeitung geschaltet und an drei prominenten Plätzen in der Landeshauptstadt auf eigenen Großflächen für die Kandidaten der MIT geworben. Daneben beteiligte sich die MIT an zahlreichen Canvassingständen, Haustür-Aktionen und „Vor-Ort“-Terminen der Spitzenkandidatin Annegret Kramp-Karrenbauer.

WEITERE VERANSTALTUNGEN IN DEN KREISVERBÄNDEN

Die Kreisverbände des Landesverbandes widmeten sich in eigenen Veranstaltungen folgenden Themen: „Eine Förderbank stellt sich vor – Finanzierung leicht gemacht“ mit dem Vorstand

der SIKB AG, „Die eigene Bonität des Unternehmens – offene Kommunikation mit Dritten“, gesundheitspolitische Veranstaltung bei der Firma Stoss-Medica Medizintechnik GmbH, „Wem nützt TTIP? Der Streit um das Freihandelsabkommen“ und „Der Handel der Zukunft – Wie digital wird das Einkaufen der Zukunft“ mit Dr. Gerrit Kahl, dem Leiter des Innovative Retail Laboratory.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

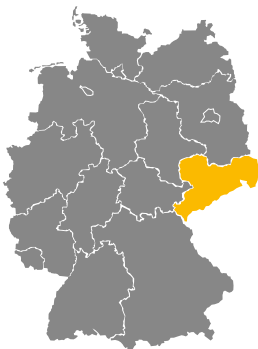
Die gesamten Pressemitteilungen und Berichte über Veranstaltungen und die Arbeit des Landesverbandes finden Sie auf unserer Homepage www.mit-saar.de.

LANDESVORSTANDS-SITZUNGEN UND VERANSTALTUNGEN DES LANDESVERBANDES:

- 25. November 2015: Landesvorstand
- 17. Dezember 2015: Jahresabschluss des Landesvorstandes mit gemütlichem Jahresausklang
- 12. März 2016: Frühjahrsempfang der MIT Saar mit Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer anlässlich

lich des 60-jährigen Bestehens der MIT Deutschland.

- 27. April 2016: Landesvorstand
- 18. Juli 2016: Landesvorstand zum Mittelstandsförderungsgesetz
- 27. Oktober 2016: Landesvorstand und Planung des Landtagswahlkampfes
- 5. November 2016: Landesmittelstandstag unter dem Motto „Wirtschaftsstandort Saarland sichern“ mit Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer
- 1. Februar 2017: Konstituierende Landesvorstandssitzung
- 11. März 2017: Frühjahrsempfang der MIT Saar mit dem Kreisverband Saarpfalz, Gastredner: Minister für Finanzen und Europa, Stephan Toscani MdL
- 26. März 2017: Landtagswahl im Saarland
- 2. Mai 2017: Landesvorstandssitzung
- 11. Mai 2017: Veranstaltung der MIT Saar mit dem Kreisverband Saarbrücken-Land: „Hacker, Trojaner, Würmer und Viren – Angriffe auf mittelständische Unternehmen aus dem Netz und wie man sich davor schützt“ mit Dr. Sebastian Gerling vom CISPA-Institut



SACHSEN

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Sachsen
Fetscherstraße 32/34
01307 Dresden
E-Mail: frederic.wutzler@mit-sachsen.de
Website: www.mit-sachsen.de

LANDESVORSITZENDER



Dr. Markus Reichel

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER



Frederic Wutzler

©Agata Melnyk

SCHATZMEISTERIN

Dr. Christiane Schenderlein
bis Juni 2017: Kathleen Dostmann

Mitgliederzahl:
426 (Stand: 31.07.2017)

Der Landesvorstand wurde am 2. Juni 2017
gewählt.

MITGLIEDERENTWICKLUNG

Die Mitgliederzahlen konnten in den vergangenen beiden Jahren trotz des schwierigen politischen Umfelds auf konstantem Niveau gehalten werden. Aktuell hat der Landesverband gut 420 Mitglieder. Das Durchschnittsalter beträgt 61 Jahre und der Frauenanteil 11,9%.

Dank einer Änderung der Beitrags- und Finanzordnung im Jahr 2016 können Mitglieder unter 26 Jahren zu vergünstigten Konditionen aufgenommen werden. Diese Regelung wurde bisher vornehmlich von Mitgliedern der Jungen Union in Anspruch genommen und führt dazu, dass der Mitgliederanteil der unter 30-jährigen sich in den vergangenen zwei Jahren fast verdoppelt hat. Die MIT Sachsen sprach in den vergangenen beiden Jahren immer wieder Leistungsträger aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft erfolgreich an und konnte somit einige prominente Neumitglieder gewinnen.

ARBEIT DES LANDESVORSTANDES

Der Landesvorstand tagte regelmäßig alle zwei Monate. Aufbauend auf die 2014 erarbeitete Wirtschaftsstrategie 2030 forderte der Landesvorstand die

Durchführung eines Wirtschaftsparteitages von der CDU Sachsen. Dieser Forderung wurde 2016 nachgekommen. Der erste Entwurf des Programms wurde durch die MIT Sachsen erarbeitet.

Bezüglich der inhaltlichen Arbeit konnte der Landesverband in Zusammenarbeit mit ihren politischen Mandatsträgern darüber hinaus Erfolge erzielen, wie z.B. die Verlängerung der Arbeit des Sächsischen Normenkontrollrates, die Abschaffung der Wasserentnahmeabgabe auf Landesebene oder Änderungen im Schulgesetz. Auf Bundesebene wurde durch die Neuregelung der Insolvenzordnung einer sächsischen Initiative nachgekommen.

Derzeit beschäftigt sich der Landesvorstand insbesondere mit der Thematik Unternehmensgründung und Startup-Ansiedlung. Es soll ein niederschwelliges Angebot für potenzielle Gründer adäquat zum Bafög geschaffen werden. Das sogenannte „Starfög“ soll Gründern dabei helfen, ihre Ideen und Konzepte in der Pre-Seed-Phase auszubauen. Darüber hinaus setzt sich der Landesverband auf Bundesebene weiterhin für die Abschaffung der Vorfalligkeit der Sozialversicherungsbeiträge und die Absenkung der Krankenkassenmindestbeiträge für gesetzlich versicherte Selbstständige ein.



Landesvorsitzender Dr. Markus Reichel MdL in der Diskussion mit Ministerpräsident Stanislaw Tillich MdL zum von der MIT Sachsen initiierten Wirtschaftsprogramm



Über 200 Gäste besuchten den 13. Jahresempfang der MIT Sachsen in Riesa mit Ehrengast Dr. Thomas de Maizière MdB

VERANSTALTUNGEN

Das Hauptaugenmerk lag in den vergangenen beiden Jahren auf der Erarbeitung des Wirtschaftsprogramms „Starke Wirtschaft. Starker Freistaat. Wohlstand für alle.“ Im Zuge dessen wurde der Entwurf des Programms in allen 13 Kreisverbänden vorab diskutiert. Die dazugehörige Veranstaltungsreihe „Sachsen24“ wurde durch den Landesverband und dessen Kreisverbände organisiert.

Am 26. August 2016 veranstaltete die MIT Sachsen einen sehr erfolgreichen Jahresempfang im Riesaer Hafen. Über 200 Gäste begrüßten den Hauptredner Bundesminister des Inneren, Dr. Thomas de Maizière MdB und kamen anschließend bei hochsommerlichen Temperaturen ins Gespräch.

Darüber hinaus gab es zahlreiche Veranstaltungen mit verschiedenen thematischen Schwerpunkten. Darunter waren unter anderem die Diskussionen zur Zukunft der Braunkohle in Sachsen, zum Bürokratieabbau und zur Unternehmensgründung.

LANDESVOLLMITGLIEDER-VERSAMMLUNGEN / KLAUSURTAGUNGEN

Zum Jahresauftakt veranstaltet der Landesverband traditionell eine mehrtägige Landesvorstandsklausur. Thematische Schwerpunkte der Tagungen waren die Zukunft des Automobilstandortes Sachsen und das Thema Breitbandausbau im ländlichen Raum. Zu Gast war unter an-

derem der sächsische Wirtschaftsminister Martin Dulig (SPD).

Die letzte Landesvollmitgliederversammlung fand am 2. Juni 2017 in Nossen statt. Zu Gast waren unter anderem der Sächsische Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft, Thomas Schmidt MdL sowie die MIT-Bundestagsdirektkandidaten, die in der MIT-Wahlarena den Mitgliedern Frage und Antwort standen. Darüber hinaus wurde ein neuer Landesvorstand gewählt, wobei der Großteil des Vorstands aufgrund seiner guten Arbeit der letzten Jahre im Amt bestätigt wurde. Neuer und alter Landesvorsitzender ist Markus Reichel.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die Öffentlichkeitsarbeit konnte in den vergangenen Jahren sukzessive gesteigert werden. Der Landesverband ist mit Veranstaltungen immer wieder in regi-

onalen Print- und TV-Medien vertreten. Gleichzeitig soll die Medienpräsenz der MIT Sachsen in den kommenden Monaten konsequent ausgebaut werden, um so die erfolgreiche politische Arbeit noch stärker zu vermitteln.

Für die interne Kommunikation wird regelmäßig ein Mitglieder-Newsletter versandt, in dem über aktuelle Veranstaltungen, politische Positionen und Schwerpunkte informiert wird.

KOMMISSIONEN

Im Jahr 2015 wurde die MIT Sachsen mit der Organisation des CDU-Landesfachausschusses „Wirtschaft & Innovation“ betraut. Dieses Fachgremium aus Politikern, Vertretern der Wirtschaft und Wissenschaft soll die wirtschaftspolitischen Positionen für das Wahlprogramm 2019 erarbeiten. In regelmäßigen Sitzungen werden unter Einbezug von externen Experten Positionspapiere zu Themen wie „Unternehmertum in der Bildung“, „5G“ oder „Innovationsförderung im Freistaat Sachsen“ erarbeitet.

Nach der Landtagswahl 2014 ist es gelungen, eine Parlamentsgruppe Mittelstand mit den MIT-Mitgliedern der CDU-Landtagsfraktion zu gründen. Vor jeder Plenarwoche trifft sich das Gremium und berät zu den wirtschaftspolitischen Themen auf der Tagesordnung und berichtet zu den Sachständen aus den Arbeitskreisen und Ausschüssen.



Das MIT-Fachforum „Grenzen überschreiten: 50 plus - digitaler Netzausbau“ in der CDU Denkfabrik



SACHSEN-ANHALT

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Sachsen-Anhalt
Fürstenwallstraße 17
39104 Magdeburg
E-Mail: info@mit-sachsen-anhalt.de
Website: www.mit-sachsen-anhalt.de

LANDESVORSITZENDER



Klaus-Dieter Weber

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER



Tobias Schmidt

SCHATZMEISTER

Uwe Sellnow

Mitgliederzahl:
426 (Stand: 31.07.2017)

Der Landesvorstand wurde am 5. November
2016 gewählt.

MITGLIEDER

Ein wichtiger Teil der Verbandsarbeit ist die Mitgliederbetreuung. Die Mitgliederstärke konnte stabilisiert werden. Herausragend in seiner Entwicklung ist der Kreisverband Halle-Saalekreis, der inzwischen zu einem der mitgliederstärksten Kreisverbände in Ostdeutschland gehört. Mit der Wahl des MIT-Bundesvorstandsmitglieds Sven Schulze zum CDU-Generalsekretär konnte die Stellung der MIT im Landesverband Sachsen-Anhalt weiter gefestigt werden.

POLITISCHE ARBEIT

Der Landesvorstand hat im Berichtszeitraum elf Vorstandssitzungen durchgeführt. Im Zuge der langjährigen Partnerschaft mit der MIT Niedersachsen fand jeweils eine gemeinsame Vorstandssitzung in Hannover und Magdeburg statt. Der Landesvorstand wählte im Rahmen eines Landesdelegiertentages in Niederndodeleben im November 2016 einen neuen Landesvorstand. Als Landesvorsitzender wurde Klaus-Dieter Weber im Amt bestätigt.

Der CDU-Landtagswahlkampf im Jahr 2016 wurde mit zahlreichen Veranstal-



Gespräch des Landesvorstandes mit dem
MIT-Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben

tungen aktiv begleitet. Die Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, SPD und Grünen trägt die Handschrift der MIT in Sachsen-Anhalt. Im Rahmen von CDU-Parteitag und im Hinblick auf den Bundesmittelstandtag der MIT 2015 in Dresden wurden zahlreiche Anträge, u.a. zu den Themen Mindestlohn, Energiewende, Stromkosten, Bürokratieabbau, Berufsgenossenschaften und zur sogenannten Gemeinwohlklausel, eingebracht. Eine gute Partnerschaft gibt es auch mit anderen Vereinigungen, wie der Jungen Union und der CDA.

ERFOLGE

An allen wichtigen Gesetzesvorhaben konnte die MIT über die enge Zusammenarbeit mit der CDU-Landtagsfrak-



MIT-Veranstaltung zur automobilen Zukunft bei BMW in Leipzig



Vorstandssitzung mit dem Finanzstaatssekretär Michael Richter



Neuer Regionalvorstand Gräfenhainichen mit dem Landesvorsitzenden Klaus-Dieter Weber

tion mitwirken. Hervorzuheben ist an dieser Stelle die Arbeitsgruppe „Wissenschaft und Wirtschaft“, über deren parlamentarische Arbeit jederzeit eine Mitwirkung gewährleistet ist.

Die Arbeit mit der Landesregierung gestaltet sich als sehr konstruktiv. So hat die MIT in der Vergangenheit politische Projekte, wie das Vergabehandbuch, beim Landesenergie- und Außenwirtschaftskonzept, beim Ladenöffnungsgesetz oder auch bei der Neufassung des Ingenieur- und Architektengesetzes, aktiv begleitet. Aktuell steht eine Novellierung zum Vergabegesetz an, bei dem die MIT versucht, zusätzliche Belastungen für die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt in Grenzen zu halten. Die GRW-Förderung wurde mittelstandsfreundlich gestaltet. Einen Erfolg konnte die MIT auch durch

die Einführung der Meistergründungsprämie verzeichnen. Damit wird eine langjährige Forderung zur Stärkung des Meisterberufs in Sachsen-Anhalt umgesetzt.

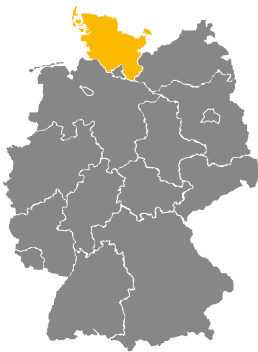
INITIATIVEN

Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt der MIT-Arbeit bestand in der Mitarbeit und Begleitung parlamentarischer Initiativen. So hat die MIT aktiv am Energie- und Tourismuspapier der CDU-Landtagsfraktion mitgewirkt. Darüber hinaus war sie ebenfalls an der Erarbeitung des Wirtschaftsteils für ein neues Grundsatzprogramm der Landes-CDU beteiligt. Weiterhin engagiert sich der Landesverband in zahlreichen regionalen Initiativen für die schnelle Fortführung von Verkehrs-

projekten. Beispiele sind die Weiterführung der A 14 durch die Altmark, die Westumfahrung Halle und der Bau der A 71. Ein zentrales Anliegen bleibt nach wie vor die ganzjährige Elbe/Saale-Schiffbarmachung. Nach dem Regierungswechsel im Jahr 2002 wurden die meisten Infrastrukturprojekte durch die CDU-geführte Landesregierung umgesetzt. Allerdings wiegt der Widerstand von Grünen und Umweltverbänden gegen den Saaleausbau und die A 14 Nord schwer. Die MIT wird für eine schnelle Schiffbarmachung weiterkämpfen. Darüber hinaus stellt der Landesverband das durch Rot-Gün eingeführte Verbandsklagerecht in Frage. Dieses hat zur Folge, dass die fachliche Bewertung einer Planungsleistung zugunsten einer ideologischen Position in den Hintergrund tritt.



Wahl des neuen Landesvorstands am 5. November 2016 in Niederndodeleben



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Schleswig-Holstein
Sophienblatt 44-46
24114 Kiel
E-Mail: info@mit-sh.de
Website: www.mit-sh.de

LANDESVORSITZENDER



Stefan Lange
bis April 2017:
Momme Thiesen

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER



Thomas Klömmer

SCHATZMEISTER

Willi Meier

Mitglieder:
480 (Stand: 31.07.2017)

Der Landesvorstand wurde am 6. April 2017
gewählt.

MITGLIEDER

Die Mitgliederentwicklung im Berichtszeitraum war rückläufig. Im April 2017 hat sich der Landesverband neu aufgestellt und mit Stefan Lange nach 16 Jahren mit Momme Thiesen an der Spitze einen neuen Landesvorsitzenden gewählt. Mit Dr. Johann Wadephul MdB ist der geschäftsführende Landesvorstand bis in den CDU-Bundesvorstand bestens vernetzt. Daneben vertreten uns Dr. Rolf Koschorrek und Thomas Melchert im Bundesvorstand der MIT. Seinen Schwerpunkt legt der neue Landesvorstand in die Reaktivierung der inaktiven Stadt- und Kreisverbände. So ist es in diesem Jahr gelungen, den Kreisverband Herzogtum-Lauenburg mit Rasmus Vöge als neuen Kreisvorsitzenden und den Kreisverband Rendsburg-Eckernförde mit Günter Kohl an der Spitze zu reaktivieren. Weitere Gliederungen stehen im Fokus und sollen langfristig zu steigenden Mitgliederzahlen führen.

WAHLJAHR 2017

Die gewonnene Landtagswahl im Mai 2017 war für den Landesverband ein voller Erfolg. Die Hälfte der CDU-Landtagsabgeordneten ist gleichzeitig MIT-



Dr. Johann Wadephul MdB (stellv. Landesvorsitzender der MIT Schleswig-Holstein und Mitglied im CDU Bundesvorstand), Ministerpräsident Daniel Günther MdL und MIT-Landesvorsitzender Stefan Lange (v.l.)

Mitglied. Darüber hinaus ist die MIT mit Ministerpräsident Daniel Günther MdL sowie den Ministerinnen Dr. Sabine Sütterlin-Waack MdL und Karin Prien MdL auch in der Landesregierung bestens vertreten. Inhaltlich ist die MIT Schleswig-Holstein sehr gut innerhalb der CDU vernetzt und stellt in den Landesfachausschüssen zahlreiche Mitglieder. Darüber und mit zahlreichen Anträgen haben wir uns sehr intensiv in die Programmstellung zur Landtagswahl eingebracht und können festhalten, dass sich zahlreiche Positionen im Koalitionsvertrag der Jamaika-Koalition wiederfinden. So wird z.B. der sinnfreie Landesmindestlohn wieder abgeschafft und wichtige Infrastrukturprojekte wie der Weiterbau der A20 und die feste Fehmarnbeltquerung vereinbart.



Der neue Kreisvorstand des Kreisverbandes Herzogtum Lauenburg (v.l.): Werner Hesse, Wolf-Dietrich Bartsch, Rasmus Vöge und Landesvorsitzender Stefan Lange

Zur anstehenden Bundestagswahl kandidieren Dr. Johann Wadephul MdB, Mark Helfrich MdB, Dr. Michael von Abercron und Gero Storjohann MdB als Direktkandidaten für den Deutschen Bundestag.

AKTIVITÄTEN

Landesweit finden auf Kreisebene regelmäßig Veranstaltungen statt. Diese haben eine große Bandbreite: von thematischen Veranstaltungen zur Wasserstoff- und Elektromobilität, über Unternehmerfrühstücke bis hin zum traditionellen politischen Aschermittwoch in der Hansestadt Lübeck. Die jährliche Klausurtagung der MIT Schleswig-Holstein findet im Frühjahr eines jeden Jahres zusammen mit den Freunden der MIT Hamburg auf Gut Apeldör im Kreis Dithmarschen statt. Dort wurde im Frühjahr 2017 unter dem Titel „Quo Vadis MIT Schleswig-Holstein?“ der Startschuss für den Neuanfang im Landesverband gelegt. Der neue Vorstand trifft sich außerhalb der Schulferien ca. alle 6 Wochen, um sich neu zu positionieren und strukturelle Veränderungen vorzunehmen. Zu den Sitzungen werden regelmäßig hochrangige Gäste eingeladen, um den Austausch mit der Partei und dem vopolitischen



Der neue Landesvorsitzende der MIT Schleswig-Holstein Stefan Lange bei seiner Begrüßungsrede auf dem 46. Landesmittelstandtag in Rendsburg

Raum zu pflegen. Der letzte Landesmittelstandtag fand bei der Hanse Werk AG in Rendsburg statt und hatte den heutigen Ministerpräsidenten Daniel Günther und den Spitzenkandidaten der CDU Schleswig-Holstein zur Bundestagswahl Johann Wadephul zu Gast.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wurde Anfang 2017 auf neue Beine gestellt. Neuer Pressesprecher ist Hans-Peter Küchenmeister aus Rickling im Kreisverband Segeberg. Unterstützt wird er dabei vom PR-Profi Günter Kohl aus Westensee. Die Homepages des Landesverbandes und die der Untergliederungen wurden dem CI der MIT Bund angepasst und über die Union Betriebs GmbH in Rheinbach zur Ver-



CDU-Landeschef und Ministerpräsident Daniel Günther MdL dankt Momme Thiesen für seine langjährige erfolgreiche Arbeit als Landesvorsitzender der MIT Schleswig-Holstein

fügung gestellt. In den sozialen Medien nutzen wir sehr aktiv Facebook und Xing für unsere Außendarstellung und um unsere Inhalte nach außen zu transportieren. Daneben nutzen wir den „Business Manager“, um direkt mit den Mitgliedern und zahlreichen Gästeverteilern direkt zu kommunizieren.

Das inzwischen neu verlegte Mittelstandsmagazin mit seinem Einleger für die Landesverbände wird von uns ebenfalls rege genutzt und mit Informationen aus dem nördlichsten Bundesland beliefert.

KOMMISSIONEN

In den Kommissionen des Bundesverbands engagiert sich Landesgeschäftsführer Thomas Klömmer in der Wirtschaftskommission. Die Energiekommission begleitet der Stormarner Kreisvorsitzende Bernd Hengst und die Gesundheitskommission wird seit vielen Jahren von Dr. Rolf Koschorrek und Hans-Peter Küchenmeister geleitet. In der Antragskommission vertritt uns unser Landesvorsitzender Stefan Lange, sodass wir auch dort sehr gut aufgestellt und vernetzt sind.



Der neue geschäftsführende Landesvorstand der MIT Schleswig-Holstein mit Ministerpräsident Daniel Günther (v.l.): Thomas Klömmer, Willi Meier, Dr. Rolf Koschorrek, Daniel Günther MdL, Stefan Lange, Dr. Johann Wadephul MdB, Simona Gleich und Thomas Melchert



THÜRINGEN

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Thüringen
An der Klostermauer 3
99887 Georgenthal
E-Mail: info@mit-thueringen.de
Website: www.mit-thueringen.de

LANDESVORSITZENDER



Gerd Albrecht

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERIN



Eva-Maria Sieringhaus

SCHATZMEISTER

Steffen Peschke

Mitgliederzahl:
424 (Stand: 31.07.2017)

Der Landesvorstand wurde am 29. Oktober
2016 gewählt.

ROT-ROT-GRÜN AGIERT MITTELSTANDSFEINDLICH

Seit Dezember 2014 regiert in Thüringen eine Rot-Rot-Grüne Koalition mit einem linken Ministerpräsidenten. Die Halbezeitbilanz dieser Regierung zeigt eindeutig, dass eine wirtschafts- oder mittelstandsfreundliche Politik nicht auf ihrer Agenda zu finden ist, stattdessen nur rudimentär abgerufene Fördermittel von Bund und EU, fehlender Bürokratieabbau, zögerliche Umsetzung einer Digitalisierungsstrategie und eine umstrittene Gebietsreform. In vielen MIT-Veranstaltungen wurde deshalb die Thematik aufgenommen und mit Bürgern, Unternehmen und Verantwortlichen diskutiert. Zwischenzeitlich wurde durch den VerFGH in Weimar entschieden, dass das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen vom 2. Juli 2016 nichtig ist. Diese Entscheidung ist ein wichtiger Erfolg in der ständigen Auseinandersetzung mit linker Politik. Dabei besitzt diese bundespolitische Bedeutung. In Thüringen will man demonstrieren, dass Rot-Rot-Grün erfolgreich regieren kann, auf Landes- und später auf Bundesebene. Dem tritt die MIT auf allen Ebenen entgegen.

WAHLKAMPF FÜR DIE BUNDESTAGSWAHL 2017

Mit den besseren Politikkonzepten, politischer Arbeit vor Ort und den überzeugenderen Politikern wurden bei den Kommunalwahlen im Juni 2016 108 CDU-Bürgermeister gewählt. Ein durchaus erfreuliches Ergebnis, wenn

man diese Zahl mit den Ergebnissen der anderen Parteien vergleicht und eine Belohnung für die aktive Unterstützung vieler MIT-Mitglieder im Wahlkampf ist. Auch im anstehenden Bundestagswahlkampf arbeitet der Landesverband eng mit den CDU-Bundestagskandidaten zusammen. Erfreulicherweise wird die Landesliste auch von fünf MIT-Mitgliedern angeführt. Damit können wir politischen Einfluss für eine wirtschaftsfreundliche Politik geltend machen und einen Gegenpol zu der Landespolitik der Rot-Rot-Grünen Koalition schaffen.

POLITISCHE ARBEIT

Unsere Mitglieder vertreten die Interessen der MIT Thüringen auf allen parlamentarischen Ebenen. Dies gibt zum einen die Möglichkeit, Themen schnell in die politische Arbeit zu transportieren, aber auch die Chance für unsere Politiker aus der Opposition heraus, ihre Entscheidungen darzustellen bzw. zu erklären. Dazu wurden vom Landesvorstand sechs Fachausschüsse ins Leben gerufen. In den Bereichen „Bildung und Arbeitsmarkt“, „Digitales und Medien“, „Energie und Nachhaltigkeit“, „Wirtschaftspolitik und Grundsatzzprogramm“, „Kommunales, Wohnen, Städtebau und Gebietsreform“ sowie „Bund und Europa“ werden konkrete Handlungsempfehlungen für die Landespolitik erarbeitet. Auch auf der Ebene der MIT Bund konnten wir uns aktiv an den politischen Schwerpunktthemen beteiligen. Als Beispiele seien die Flexi-Rente und Steuerentlastungen genannt. Der geschäftsführende



Der Landesvorstand der MIT Thüringen, gewählt am 29. Oktober 2016



Dr. Axel Glanz (Innovationen Institut, Frankfurt), CDU-Landesvorsitzender Mike Mohring MdL und Landesvorsitzender Gerd Albrecht auf dem 28. Landesmittelstandstag 2017 in Weimar

Landesvorstand hat im Berichtszeitraum 10 Sitzungen abgehalten. Der Landesvorstand hat 8 mal getagt. Zu den Sitzungen werden auch die Kreisvorsitzenden eingeladen. Damit ist der permanente Informations- und Erfahrungsaustausch sichergestellt. Im Landesvorstand der Thüringer CDU ist die MIT personell mit 6 Mitgliedern gut vertreten. An den CDU-Parteitag nimmt die MIT mit zwei Delegierten aktiv teil. In der Grundsatzkommission und in allen Landesfachausschüssen der CDU (LFA) sind wir vertreten. Der LFA „Starke Wirtschaft“ wird seit 2015 und der LFA „Digitale Agenda“ seit 2017 durch MIT-Mitglieder geleitet.

Der 27. Landesmittelstandstag mit den Vorstandswahlen fand im Oktober 2016 in Weimar statt. Neben der Neu-

wahl des Landesvorstandes stand die geplante Kreis- und Gebietsreform zur Diskussion. Es wurde ein Positionspapier verabschiedet, in dem eine Funktional- und Verwaltungskritik gefordert wird. In der wirtschaftspolitischen Aussprache mit dem CDU-Landesvorsitzenden Mike Mohring MdL wurde eine Handlungs- und Rechtssicherheit für den Mittelstand gefordert. Dazu gehören seit langem eine Entbürokratisierung des Vergaberechtes und eine Stärkung des dualen Ausbildungssystems. Auf dem 28. Landesmittelstandstag im Juni 2017 in Weimar wurden die Delegierten für den Bundesmittelstandstag gewählt. Im Fokus stand die Automobil- und Zulieferbranche in Thüringen. Als Hauptredner konnte Matthias Braun, Generalsekretär des AvD e. V. zum Thema „Sicherung der



MIT-Schlachteessen im Eichsfeld 2017 mit Ralph Brinkhaus MdB



Delegierte des 28. Landesmittelstandstags am 17. Juni 2017 in Weimar-Schöndorf

automobilen Zukunft Deutschlands“ gewonnen werden. An der anschließenden Diskussion nahmen der Landesvorsitzende Gerd Albrecht und der Stellvertretende Vorsitzende automotive thüringen e.V. Mathias Hasecke teil.

BASIS-ARBEIT

Die Mitgliederzahl des Landesverbandes konnte auch durch Neuaufnahmen nicht auf dem Vorjahresniveau gehalten werden und bewegt sich bei knapp 440 Mitgliedern. Für 2018 ist eine Aktion zur Neumitgliedergewinnung geplant. Die Arbeit der Kreisverbände muss differenziert betrachtet werden und unterliegt einer ständigen Dynamik. Wir beobachten gut arbeitende Kreisverbände da, wo der Kreisvorstand intensiv und kontinuierlich arbeitet. So leisten die Kreisverbände Erfurt, Gotha, Sonneberg, Eichsfeld, Saale-Holzland, Saalfeld-Rudolstadt, Ilmkreis, Weimar, Kyffhäuserkreis und Nordhausen eine gute Arbeit. Dort werden regelmäßig Veranstaltungen wie Betriebsbesichtigungen, Diskussionsrunden zu wirtschafts- und finanzpolitischen Themen und Stammtische durchgeführt. Aber auch kreisverbandübergreifende Aktivitäten wie gemeinsame Wanderungen, Skat- und Fußballturniere unterstützen die Netzwerkarbeit. Das traditionelle Schlachteessen im Eichsfeld mit über 500 Teilnehmern besitzt eine überregionale Bedeutung. Mit dem Sommerfest, welches jährlich durch einen anderen Kreisverband ausgerichtet wird und dem Jahresempfang, finden thüringenübergreifende Veranstaltungen statt, an denen auch MIT-Vertreter aus den angrenzenden Bundesländern teilnehmen.

ARBEIT UND SOZIALES

POLITIK FÜR DIE ARBEITSWELT VON HEUTE UND MORGEN

VORSITZENDE: MICHAEL LITTIG UND JANA SCHIMKE MDB



Michael Littig

Vielfältig und intensiv war in den vergangenen zwei Jahren die Arbeit der Kommission Arbeit und Soziales unter der Leitung von Michael Littig und Jana Schimke MdB. In sechs Sitzungen befasste sich die Kommission nicht nur mit den aktuellen arbeits- und sozialpolitischen Gesetzesvorhaben, sondern diskutierte die Herausforderungen und Ziele der zukünftigen Arbeitswelt. Ziel der Kom-



Jana Schimke MdB

missionsarbeit war es dabei stets, die arbeits- und sozialpolitischen Debatten tagesaktuell mitzugestalten und die Forderungen und Ideen der MIT in den laufenden Politikprozess einzubringen.

ZEITARBEIT

Für die Kommission ist Zeitarbeit ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument und hat sich seither als

erfolgreiche Brücke in den ersten Arbeitsmarkt bewährt. Sie durch Überregulierung zu beschränken und Unternehmen dabei zu belasten, hält die Kommission für nicht zielführend und sieht die Reform durch das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz kritisch. Obwohl die Auswirkungen erst in der Zukunft eingeschätzt werden können, schafft das Gesetz Rechtsunsicherheit und Ungerechtigkeit. Insbesondere die unklare Definition des Equal Pay-Begriffs und die starken Einschränkungen für nicht tarifgebundene Unternehmen, werden als Nachteil gesehen.

BETRIEBLICHE UND PRIVATE ALTERSVORSORGE

Ausführlich thematisierte die Kommission in ihren Sitzungen die Zukunft der Altersvorsorge. Insbesondere die Flexi-Rente und das Betriebsrentenstärkungsgesetz waren dabei zentrale Gesetzesvorhaben, die auch die Kommission begleitete. Mit Blick auf den demografischen Wandel sieht die Kommission Handlungsbedarf bei der Stärkung und Verbreiterung der zweiten und dritten Säule. Gerade für kleine und mittelständische Betriebe sind die enorme Komplexität bei der Einrichtung einer betrieblichen Altersvorsorge (bAV), die Unsicherheit über die individuelle Ausgestaltung sowie mögliche Haftungsrisiken Hemmnisse, eine bAV anzubieten. Eine mittelstandsfreundliche Ausgestaltung der betrieblichen Altersvorsorge ist eine Forderung der MIT. Das Modell der „Zielrente“, bei der sich die Haftungsfrage des Arbeitgebers auf eine reine Beitragszusage begrenzt, wird von der Kommission als Lösungsweg begrüßt und gilt als rentablere Vorsorgeform für alle Unternehmen. Allerdings ist die im Gesetz gewählte Gesamtkonstruktion insbesondere für kleine und mittlere



Dr. Timm Genett (rechts), Geschäftsführer des PKV referiert über Reformoptionen der Privaten Krankenversicherung, 27. Januar 2017

Betriebe nur schwer realisierbar. Dies gelingt nur durch die Inbezugnahme auf entsprechende Tarifvereinbarungen mit allen Konsequenzen. Ausführlich befasste sich die Kommission mit der Absicherung von Selbstständigen im Alter und bei Krankheit. Gerade in der Gründungsphase sind hohe Sozialbeiträge eine finanzielle Belastung für Selbstständige. Gemeinsam mit dem Geschäftsführer der Privaten Krankenversicherungen, Dr. Timm Genett, diskutierte die Kommission über Sozialversicherungsaspekte von Selbstständigen. Die MIT steht zur Selbstständigkeit und zur Wahlfreiheit bei der sozialen und gesundheitlichen Absicherung und lehnt daher die Pläne der SPD ab, Selbstständige verpflichtend in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen.

MIT-ERFOLG: FLEXI-RENTE UMGESETZT

Immer mehr Menschen können und wollen auch nach Erreichen der gesetzlichen Regelaltersgrenze erwerbstätig sein und ihren Renteneintritt flexibel gestalten. Die Flexi-Rente läutet hierbei einen längst fälligen Mentalitätswechsel ein. Wer länger arbeitet und weiter in die Rentenversicherung einzahlt, bekommt künftig mehr Rente. Das von der MIT mitinitiierte Gesetz wurde von Seiten der Kommission positiv begleitet. In Zeiten einer älter werdenden Gesellschaft und dem Fachkräftemangel sieht die Kommission in der Flexi-Rente eine gute Möglichkeit, diesen Herausforderungen zu begegnen.

MINDESTLOHN PRAXISTAUGLICH GESTALTEN

Den Auswirkungen des Mindestlohns widmete sich die Kommission ebenfalls in einer Sitzung. Gemeinsam mit der Rechtsanwältin Astrid Reich wurde das

Mindestlohngesetz auf seine Praxis-tauglichkeit hin überprüft. Für die Kommission zeigten sich für viele Branchen Anwendungsprobleme und Rechtsunsicherheiten. Besonders bei Praktikanten, Minijobbern und Ehrenamtlichen ergeben sich Praxisprobleme und ein hoher bürokratischer Aufwand für die Unternehmen. Die Kommission hat daher Änderungsempfehlungen und Positionen erarbeitet, die auch in die Forderungen der MIT eingeflossen sind. So sollen Praktikanten generell vom Mindestlohn befreit werden, bei Minijobbern keine Aufzeichnungspflichten gelten und mindestlohnfreie Ehrenamtstätigkeiten rechtlich klargestellt werden.

ARBEITSWELT IM WANDEL

Durch den technischen Fortschritt befindet sich unsere Arbeitswelt im Wandel. Es ist wichtig, sich auf die zunehmende Digitalisierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarkts vorzubereiten. Gemeinsam mit dem Hauptgeschäftsführer von

Bitkom e.V., Dr. Bernhard Rohleder, diskutierte die Kommission das Thema „Arbeit 4.0“. Ziel muss es zukünftig sein, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern, Fort- und Qualifizierungsmöglichkeiten auszubauen und flexiblere Arbeitsmodelle zu ermöglichen. Hierbei muss die Politik die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen und die nötige Infrastruktur bereitstellen. Die Kommission sieht sowohl die Politik als auch die Wirtschaft in der Pflicht, die Arbeit von morgen zu gestalten.

Aus den Diskussionen und Beratungen der Kommissionsitzungen wurde das Positionspapier „Zukunft des Mittelstands gestalten“ erarbeitet und beschlossen. Mit Blick auf die Bundestagswahl und die Zeit darüber hinaus formulierte die Kommission darin arbeitsmarkt- und sozialpolitische Forderungen. Das Papier ist zudem Grundlage für die zukünftige Arbeit der Kommission.



Kommissionssitzung am 28. April 2017 bei den Familienunternehmern

ENERGIE

ENERGIEPOLITIK MARKTWIRTSCHAFTLICH GESTALTEN

VORSITZENDER: DIETER BISCHOFF



Dieter Bischoff

Die Kommission Energie hat ihre Aufgaben in den letzten zwei Jahren mit viel Fleiß und Energie erledigt. Wir haben in acht Sitzungen zu je viereinhalb Stunden dem Bundesvorstand zielgenau zugearbeitet, damit dort sachgerechte Beschlüsse zur Energiepolitik gefasst werden konnten. Dabei haben wir alle energiepolitischen Themen abgearbeitet - bis auf eines: Die Frage des Einstiegs in eine steuerfinanzierte Energiewende ist noch offen. Aber etwas muss ja auch die neue Energiekommission in den nächsten zwei Jahren zu tun haben.

„ENERGIEPOLITIK AUF EINER SEITE“

Wir haben die gesamte Beschlusslage der MIT in dem Papier „Energiepolitik auf einer Seite“ wie folgt zusammengefasst:

Wir wollen Energie, die bezahlbar, umweltschonend und rund um die Uhr verfügbar ist.

Wir stehen zur Energiewende. Wir begrüßen den verstärkten Einsatz der Erneuerbaren Energien. Wir wollen die Energiewende aber mit Mitteln der

Marktwirtschaft erreichen. Planwirtschaft lehnen wir ab.

- Wir brauchen eine Energiekostenwende. Nur wenn die Energie bezahlbar ist, bleiben wir wettbewerbsfähig. Deshalb muss das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) weiter reformiert werden.
- Wir müssen von den festen Vergütungssätzen runter kommen. Mit den jetzt eingeführten Ausschreibungsverfahren ist ein guter Anfang gemacht. Künftige Ausschreibungsverfahren müssen technologieoffen erfolgen. Nur so erreichen wir mehr Wettbewerb in der Energiewende. Wer die Kilowattstunde aus Erneuerbaren Energien am günstigsten anbietet, soll den Zuschlag bekommen.
- Richtig ist, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien an den Ausbau der Netze gekoppelt werden muss. Wir können nicht wahllos neue

Anlagen bauen, wenn nicht sichergestellt ist, dass die produzierte Energie auch ins Netz gehen kann. Daraus folgt: Heute schon bestehende Überkapazitäten müssen angepasst werden. Der Netzausbau ist dringend zu beschleunigen.

- Wir brauchen Speicher, denn die Sonne scheint nicht Tag und Nacht und der Wind weht auch nur dann, wenn er will. Speicherbetreiber müssen generell von der EEG-Umlage und allen weiteren Steuern und Umlagen befreit werden.
- Für die Gewährleistung eines hohen Maßes an Versorgungssicherheit auch in Zukunft müssen die Anbieter Erneuerbarer Energien in die Pflicht genommen werden, uns rund um die Uhr mit Strom zu versorgen. Hierzu müssen sie in Speicherkapazitäten investieren und, solange die Speicher noch nicht vorhanden sind, sich mit konventionellen Energieerzeugern zusammentun. Darüber hinaus sind zur Entlastung



Vortrag von Dr. Dr. Tobias Paulun, CSO der Energie-Börse EEX Group, 13. Oktober 2016

der Verbraucher die Stromsteuer und die strombezogenen Umlagen aus der Bemessungsgrundlage für die Umsatzsteuer herauszunehmen.

Im Wärmebereich muss in weit höherem Maße als bisher Energieeffizienz betrieben werden. Der Wärmemarkt ist ein „schlafender Riese“. Hier können wir zum Beispiel im Wohnbereich durch Einbau neuer Heizungen und Wärmedämmung leicht bis zu 30% Energie einsparen. Solche Investitionen wollen wir durch Steuererleichterungen fördern.

Wir wollen eine emissionsfreie Mobilität. Dabei dürfen wir nicht den Fehler der Energiewende wiederholen, uns als Staat auf eine konkrete Maßnahme festzulegen. Wir treten für eine klare Absage an feste Quoten ein und unterstützen eine Forschung und Entwicklung, die uns ökologisch und ökonomisch, also zu verträglichen Kosten, die höchst mögliche Mobilität liefert. Letztlich muss die Energiewende in ein gesamteuropäisches Konzept eingebunden werden. Der Emissionshandel muss wieder funktionieren, wenn wir die europaweit gesetzten Klimaschutzziele erreichen wollen.

ERFOLG DER MIT

Unser größter Erfolg war, dass die CDU auf Antrag der MIT auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe am 15. Dezember 2015 beschlossen hat, dass die Anbieter erneuerbarer Energien verstärkt Verantwortung für die sichere Stromversorgung übernehmen. Sofern sie dies technisch oder aufgrund fehlender Speicher noch nicht leisten können, müssen sie auch andere Lösungen wie etwa das Abschließen langfristiger Lieferverträge mit herkömmlichen Energieträgern oder durch den Bezug auf dem Spotmarkt einbeziehen. Darüber hinaus soll die



Besichtigung des Braunkohletagebaus durch die Kommission Energie in Profen, 17. August 2016

Festlegung auf technologiespezifische Ausbaukorridore für die ab 2017 vorgesehenen Ausschreibungsverfahren im Bereich erneuerbarer Energien wegfällen. Die Ausschreibungen müssen technologieoffen erfolgen.

MISSERFOLG DER MIT

Unser größter Misserfolg war, dass sich die CDU bei der Reform des EEG 2017 an diese Beschlüsse so gut wie nicht gehalten hat. Hier heißt es dranbleiben! In unserem zu beschließenden Leitanspruch 2017 wiederholen wir daher unsere Forderungen im Kapitel „Energie- und Klimapolitik marktwirtschaftlich neu ausrichten“. In unserem ebenfalls zu beschließenden Grundsatzprogramm werden unsere Standpunkte auch noch einmal ausführlich dargestellt. Beides liegt den Delegierten zur Beratung und Annahme vor.

Ich danke allen Mitwirkenden in unserer Kommission für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Auch bei kontroversen Diskussionen sind wir stets auf der Grundlage gegenseitiger Wertschätzung miteinander umgegangen. Zum Teil sind aus dieser Arbeit auch Freundschaften hervorgegangen, die weit über die Kommission hinausgehen. Das erlebt man in der Politik auch nicht jeden Tag.

Immer wieder hört man die Forderung: „Das EEG muss weg!“ Aber noch niemand hat gesagt, wie es dann weitergehen soll. Und machen wir uns nichts vor - was einmal an Einspeisevergütung versprochen worden ist, genießt verfassungsrechtlich Bestandsschutz. Ich bin gespannt, was sich die neue Energiekommission dazu ausdenkt.

EUROPAPOLITIK

EUROPÄISCHE SPIELREGELN MÜSSEN EINGEHALTEN WERDEN

VORSITZENDE: MARKUS FERBER MDEP UND DR. MARKUS PIEPER MDEP



Markus Ferber MdeP



Dr. Markus Pieper MdeP

Unter dem Vorsitz von Markus Ferber MdeP und Dr. Markus Pieper MdeP tagte die Kommission Europa zwischen November 2015 und Mai 2017 drei Mal. Die Sitzungen der Europakommission fanden in Berlin und München statt. Im März 2016 erfolgte die konstituierende Sitzung der Kommission Europa.

Inhaltlich befasste sich die Kommission vorwiegend mit den Themen „Brexit“, „Dienstleistungspaket“, dem EU-USA-Freihandelsabkommen TTIP, dem Freihandelsabkommen CETA mit Kanada sowie der Zukunft der EU und

des Binnenmarktes. Begleitet wurden die Sitzungen der Kommission jeweils von Experten. So traf man sich u.a. mit Dr. Günter Lambertz, Bereichsleiter des DIHK Brüssel und Dr. Berend Diekmann, Referatsleiter für Nordamerika im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie zu wichtigen außenpolitischen Entwicklungen. Im Mittelpunkt standen bei diesen Treffen die Themen Protektionismus und Freihandelsabkommen, insbesondere TTIP und CETA. Im April 2017 war Dr. Lothar Semper, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für München und Ober-

bayern, in der Sitzung in München zu Gast. Gegenstand der Sitzung war das im Januar 2017 von der EU-Kommission vorgestellte Dienstleistungspaket. Wie bereits in ihrem Positionspapier „Duale Ausbildung erhalten und fördern“ verdeutlicht, bekräftigte die Kommission wiederum ihre Unterstützung, mehr Transparenz bei den Berufszulassungen herzustellen, lehnt eine europäische Politik, die darauf abzielt, sinnvolle und bewährte Berufszulassungsvoraussetzungen durch europäische Vorgaben zu einer Verhältnismäßigkeitsprüfung zu schmälern, aber ab. Andere von der Kommission debattierte Themen waren das Onlinekaufrecht, über welches Dr. Christian Groß, Leiter der Referate Zivilrecht, Justizariat, Schiedsgerichtsbarkeit, Wirtschaftsmediation des DIHK, referierte. Darüber hinaus wurde das kürzlich von der Europäischen Kommission veröffentlichte Konformitätspaket näher beleuchtet.

Ein weiteres wesentliches Thema ist der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union. Kevin Heidenreich, Leiter des Referats Grundsatzfragen der Außenwirtschaft des DIHK, legte die größten Probleme, resultierend aus einem Brexit, für die mittelständische Wirtschaft, bei der Sitzung im Oktober 2016 dar. Demnach sehen sich kleine und mittlere Unternehmen vorwiegend mit nichttarifären Handelshemmnissen, rechtlichen Unsicherheiten sowie vermehrtem Bürokratieaufwand konfrontiert.

POLITISCHE ARBEIT

Basierend auf den Diskussionen der Europakommission forderte die MIT in ihrem Antrag an den CDU-Parteitag „EU-Leitbild 2020“ einen Kurswechsel der deutschen Europapolitik. Unter anderem solle sich die Europäische



Sitzung der Kommission Europa in der CSU-Landesleitung, 28. April 2017



Mitglieder der Kommission Europa am 8. April 2016 in der MIT-Bundesgeschäftsstelle

Union wieder auf ihre zentralen Handlungsfelder besinnen. Als Kernthemen wurden Verteidigungs- und Sicherheitsfragen, Energie, Forschung, Infrastruktur, Binnenmarkt und Freihandelsabkommen benannt - Themen, bei denen die EU einen Mehrwert haben. Vergemeinschafteten Sozialsystemen müssen eine Absage erteilt werden. Auch für Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantien stehen der Europäischen Union weder die Kompetenz noch die Mittel zur Verfügung. Vorhaben in diesen Bereichen kreieren nur unerfüllbare Erwartungen und letztendlich neue Zerwürfnisse zwischen den Mitgliedstaaten.

Auf dieser Grundlage formulierte die MIT Anträge für den CDU-Bundesparteitag, die im Dezember erfolgreich angenommen wurden. So erkennt die CDU Großbritannien als Partner bei Wirtschafts- und Wettbewerbsfragen sowie bei Subsidiarität und Bürokratieabbau an. Die Verhandlungen müssen deshalb mit Bedacht geführt sowie den Briten weiterhin die Option auf den Verbleib im Binnenmarkt sowie in der EU ermöglicht werden (Beschluss: „Europa nach dem

Brexit - für eine Union der Bürgerinnen und Bürger“). Des Weiteren wurde ein Antrag zur Stabilisierung der Eurozone auf dem Bundesparteitag angenommen. Darin enthalten ist die Forderung nach der Einhaltung von Schulden- und Stabilitätskriterien. Zu diesem Zweck wurde eine neutrale Instanz, die die Einhaltung von Schuldenkriterien anstelle der Kommission überwachen könnte, angeregt. Der Vorstoß beinhaltet weiter, dass der Europäischen Kommission ein Zurückweisungsrecht gegenüber den nationalen Haushalten obliegen würde. Ferner müssen Eurostaaten, die zu einer Entschuldung dauerhaft nicht willens oder in der Lage sind, die Eurozone verlassen können, ohne die Europäische Union zu verlassen. Die No-Bail-Out-Klausel muss uneingeschränkt Bestand haben. Eine Vergemeinschaftung von Schulden wird von der CDU abgelehnt.

NETZWERK DER KOMMISSION EUROPA

Die Zusammenarbeit mit dem Parlamentskreis Mittelstand Europe der CDU/CSU-Gruppe (PKM Europe), der im Juni 2014 gegründet wurde, läuft weiterhin einwandfrei. So nah-

men einige Mitglieder der MIT-Europakommission am diesjährigen PKM Get-Together zum Thema „Verlässliche Rahmenbedingungen für die Finanzmärkte“ - eine Veranstaltung mit Vizepräsident Valdis Dombrovskis sowie dem Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands Georg Fahrenschon - teil. Auch wurde das gute Zusammenspiel von PKM Europe, Europakommission und dem Parlamentskreis Mittelstand im Deutschen Bundestag unter Beweis gestellt. Hinsichtlich des Dienstleistungspakets arbeiteten die unterschiedlichen Ebenen gemeinsam hin auf eine Subsidiaritätsrüge des Deutschen Bundestages. Hierfür lieferte der PKM Europe Textbausteine und Argumentationshilfe.

Neben dem PKM Europe steht die Europakommission auch in engem Kontakt mit dem SME Circle der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, dessen Vorsitz Dr. Markus Pieper MdEP seit September 2014 innehat. Dieses Gremium prüft während laufender Plenartagungen die aktuelle Gesetzgebung auf Mittelstandstauglichkeit. Aufgrund der Verflechtung von MIT, sowohl mit dem PKM Europe als auch mit dem SME-Circle, ist die MIT gut aufgestellt, um sich effizient in das europäische Gesetzgebungsverfahren einzubringen und ihre Forderungen zu platzieren.



Kevin Heidenreich referiert über die möglichen Folgen des BREXIT, 14. Oktober 2016

GESUNDHEIT

GESUNDHEITSPOLITIK IM DIGITALEN WANDEL

VORSITZENDER: DR. ROLF KOSCHORREK



Dr. Rolf Koschorrek

Die Gesundheitswirtschaft zu stärken und ihre Interessen in tagesaktuelle politische Debatten einzubringen, war das Ziel der Gesundheitskommission während der vergangenen zwei Jahre. Unter der Leitung des Vorsitzenden Dr. Rolf Koschorrek traf sich die Kommission zu fünf Sitzungen in Berlin. Intensiv diskutierten die Mitglieder über die verschiedenen Bereiche der Gesundheitspolitik. Ärztliche Selbstverwaltung, medizinische Versorgungszentren oder die Gebührenordnung für Ärzte standen auf der Tagesordnung.

Die Mitglieder der Kommission setzen sich dafür ein, für den Mittelstand wichtige gesundheitspolitische Themen zu identifizieren und diese in den laufenden Politikbetrieb einzubringen. Mit regelmäßigen Beschlüssen und Positionspapieren konnte so der Politikprozess der CDU und der MIT mitgestaltet werden. Durch einen regelmäßigen Austausch mit den Mitgliedern des Gesundheitsausschusses konnte die Kommission ihre Positionen vortragen und sich über die Politik der Regierung im Gesundheitsbereich informieren.

Als stellvertretender Bundesvorsitzender der MIT und Mitglied im

CDU-Facharbeitskreis Gesundheit konnte Dr. Rolf Koschorrek Beschlüsse und Positionen der Kommission zu Gesetzesentwürfen und zum diesjährigen Regierungsprogramm direkt einbringen. Dabei griff die Kommission auf die Expertise ihrer Mitglieder zurück, die aus ganz unterschiedlichen Bereichen der Gesundheitswirtschaft kommen und verschiedene Perspektiven in die Kommissionsarbeit einbringen konnten.

Ein Beschluss der Kommission befasst sich beispielsweise mit der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen und appelliert an die Gesetzgeber in Bund und Ländern, unnötige Bürokratie in Arzt- und Zahnarztpraxen zügig abzubauen und den Heilberufen mehr Zeit für die Patientenbehandlung zu geben. Der Beschluss bezieht sich auf die Ergebnisse des Projekts „Mehr Zeit für Behandlung – Vereinfachung von Verfahren und Prozessen in Arzt- und Zahnarztpraxen“, das der Nationale Normenkontrollrat gemeinsam

mit Trägern der Selbstverwaltung des Gesundheitswesens, dem Bundesgesundheitsministeriums und dem Statistischen Bundesamt vorgestellt hat. Die Untersuchung hat gezeigt, dass in den Praxen Bürokratiekosten von über vier Milliarden Euro jährlich entstehen. Durchschnittlich 96 Tage ist ein Mitarbeiter pro Praxis mit der Bewältigung bürokratischer Aufgaben beschäftigt. Dies gilt es abzubauen.

Die Kommission beschäftigte sich außerdem sehr intensiv mit der Novellierung der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ). Zu diesem Thema wurden beispielsweise Dr. Klaus Reinhard, Vizepräsident Ärztekammer Westfalen-Lippe, und Dr. Birgit König, Vorstandsvorsitzende der Allianz Private Krankenversicherung, eingeladen. Beide betonten die Notwendigkeit der Novellierung und führten aus, wie die GOÄ konkret Verbesserungen für Ärzte und Versicherte schafft. Unter anderem soll die Digitalisierung im Abrechnungsprozess vorangetrieben und



Vortrag von Dr. Birgit König, Vorsitzende des Vorstandes der Allianz Private Krankenversicherung-AG zur GOÄ-Novellierung, 9. Juni 2017

die Transparenz und Abrechnungssicherheit gestärkt werden.

Darüber hinaus arbeitete die Kommission intensiv mit dem CDU-Facharbeitskreis Gesundheit zusammen, um Forderungen und Positionen für das Regierungsprogramm der Union zu formulieren. In dem Papier wurde ein Schwerpunkt auf das wettbewerbliche Gesundheitssystem gelegt, das eine gute Versorgung garantiert. Der Wettbewerb im Gesundheitswesen ist eine Voraussetzung, um die Qualität der Versorgung stetig zu verbessern. Deshalb setzt sich die MIT ganz klar für einen Wettbewerb zwischen den Krankenkassen ein und fordert eine stärkere Harmonisierung der verschiedenen Aufsichten über die Krankenkassen. Das Positionspapier stellte außerdem die Bedeutsamkeit der würdevollen und verlässlichen Pflege heraus. Ziel ist es, ein hohes Niveau der Pflegeleistungen sicherzustellen und einen übermäßigen Zuzahlungsbedarf zu Lasten der Pflegebedürftigen, ihrer Angehörigen und der Sozialhilfeträger zu verhindern.

Weitere Beschlussvorlagen der Gesundheitskommission befassten sich u.a. mit Altersdiskriminierung von Versicherten, dem EuGH-Urteil zu Arzneimittelpreisen, dem GKV-Arzneimittelversorgungsstärkungs-Gesetz und Patientenschutz.

VORTRÄGE UND GESPRÄCHE DER KOMMISSION GESUNDHEIT 2015-2017

- Die Situation der ärztlichen Selbstverwaltung, Dr. Dirk Heinrich, Vorsitzender des Spitzenverbands Fachärzte Deutschlands e. V. und Lars Lindemann, Hauptgeschäftsführer des Spitzenverbandes Fachärzte Deutschlands e. V.
- Vorstellung des Bundesverbandes der Arzneimittel- Hersteller e.V., Dr. Martin Weiser, Hauptgeschäftsführer
- Verträge zu Lasten Dritter im Sachleistungsbereich, Dr. Peter Froese
- Medizinische Versorgungszentren – Herausforderung für die flächendeckende zahnmedizinische Versorgung sowie für Anleitung und Überwachung angestellter Zahnärzte, Dr. Wolfgang Eßer, Vorsitzender des Vorstandes der KZBV
- Digital Health – die Zukunft hat begonnen, Flying Health Incubator
- GKV-Arzneimittelversorgungsstärkungsgesetz: „Nach fest kommt ab“, Volker Bahr medac, Corporate Communication & Governmental Affairs BPI
- Beratungsstand der Novellierung der GOÄ, Dr. Klaus Reinhard, Vizepräsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe
- Aktueller Stand der GOÄ Novellierung, Dr. Birgit König, Allianz Private Krankenversicherung



Intensive Diskussion der Kommissionsmitglieder, 9. September 2016

GRUNDSATZPROGRAMM

EIN GRUNDSATZPROGRAMM FÜR DIE MIT

VORSITZENDE: DR. CARSTEN LINNEMANN MDB UND DR. THOMAS KÖSTER



Dr. Carsten Linnemann MdB



Dr. Thomas Köster

ABLAUF DER PROGRAMM-ARBEIT

Auf den MIT-Bundesvorsitzenden Dr. Carsten Linnemann MdB geht die Initiative zurück, für die MIT erstmals in ihrer Geschichte ein Grundsatzprogramm zu erarbeiten. Wer einen großen Sprung tun will, der muss einen langen Anlauf nehmen. Deshalb hat der Bundesvorstand eine Grundsatzprogramm-Kommission unter dem Co-Vorsitz von Carsten Linnemann und Dr. Thomas Köster einberufen, die sich seit drei Jahren mit der Konzipierung eines Grundsatzprogramms beschäftigt. Im Sommer 2015 war ein erster Entwurf so weit gediehen, dass der Bundesvorstand am 7. Septem-

ber 2015 dafür stimmte, den Entwurf beim Bundesmittelstandtag vom 13. bis 14. November 2015 in Dresden vorzustellen. Dort wurde der Entwurf nicht beschlossen, sondern ein breit angelegter, zweijähriger Dialog- und Beteiligungsprozess innerhalb- und außerhalb der MIT gestartet.

Am 18. Juli 2016 fand in der Bundesgeschäftsstelle ein Hearing zum Grundsatzprogramm-Entwurf mit den wirtschaftlichen Spitzenverbänden statt. Viele Anregungen aus diesem Hearing wurden anschließend in den Entwurf eingearbeitet, der am 18. Oktober 2016 von der Grundsatzprogramm-Kommission ein-

stimmig angenommen wurde. Der Bundesvorstand zeigte sich mit diesem Ergebnis in seiner Sitzung am 7. November 2016 zufrieden und stimmte einer journalistischen Überarbeitung des Gesamtentwurfs zu. Diese Überarbeitung erfolgte in der Bundesgeschäftsstelle durch Thorsten Alsleben und Katharina-Luise Kittler. Dem finalen Entwurf stimmten die Grundsatzprogramm-Kommission am 12. April 2017 sowie der Bundesvorstand am 5. Mai 2017 zu. Beide Voten erfolgten einstimmig. Der Entwurfstext vom 5. Mai 2017 steht nun unter dem Titel „Der Kompass – Soziale Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert – MIT-Grundsatzprogramm“ als Antrag des MIT-Bundesvorstands auf dem Bundesmittelstandtag vom 1. bis 2. September 2017 in Nürnberg zur Beratung und Beschlussfassung. Alle antragsberechtigten Gliederungen der MIT hatten die Möglichkeit, Änderungs- und Ergänzungsanträge zum Grundsatzprogramm zu stellen.

ZIELSETZUNG UND INHALTLICHE AUSRICHTUNG

Das in einem mehrjährigen Beteiligungsprozess erarbeitete und in Nürnberg voraussichtlich beschlossene Grundsatzprogramm soll nicht in einem Aktenschrank verstauben, sondern der politischen Selbstvergewisserung unserer gesamten Organisation dienen, unser ordnungspolitisches Koordinatensystem neu justieren und als gegenwärtig dringend benötigter Kompass dienen.

Leitender Gedanke des Programm-Entwurfs ist die Verantwortungskultur des mittelständischen Unternehmertums: „Wer den Nutzen hat, soll auch den Schaden tragen!“, wie es Walter Eucken formuliert hatte. Dieser Kerngedanke zieht sich durch alle Teile des vorgelegten Programm-Entwurfes.

Im ersten Kapitel geht es um die Werte, die unserem politischen Handeln zugrunde liegen. Unser stärkster Akzent



Dr. Thomas Köster stellt auf der Klausurtagung des MIT-Bundesvorstands in Köln den aktuellen Entwurf des MIT-Grundsatzprogramms vor, 5. Mai 2017

liegt auf der Freiheit: Ohne die Befähigung und das Recht, sein Leben selbstbestimmt zu führen, gibt es keine Würde der Person. An die Seite der Freiheit tritt die Verantwortung einschließlich der Bereitschaft zur Haftung mit eigenem Vermögen: Das ist das Leitbild des mittelständischen Unternehmertums. Wir sprechen von Gerechtigkeit und meinen damit Gleichheit vor dem Recht und nicht Gleichheit durch das Recht. Für uns kommt Subsidiarität vor Solidarität. Wir sind skeptisch gegenüber jedem Planbarkeitswahn und setzen auf die Kreativität der vielen kleineren Einheiten.

Im zweiten Kapitel geht es darum, mit welcher Ordnungskonzeption sich unsere Werte am besten verwirklichen lassen. Bislang wird eine konsensfähige Ordnungsidee für ein europäisches oder westliches Wirtschafts- und Sozialmodell schmerzlich vermisst. Die Soziale Marktwirtschaft ist der überzeugendste Kandidat für dieses Wirtschafts- und Sozialmodell.

Der so gewonnene ordnungspolitische Kompass wird im dritten Kapitel auf unterschiedliche Politikfelder angewendet: An erster Stelle ist zu nennen: „Europa des Wettbewerbs und der Subsidiarität.“ Wichtig für den Programmentwurf ist das Thema „Wettbewerbsverständnis“: Wie die Gründerväter treten wir ein für freien Leistungswettbewerb und nicht für den Wettbewerb der Machtpositionen. Wir setzen einen starken Akzent auf das duale System der beruflichen Bildung. Beim Thema „Migration/Einwanderung“ wird scharf zwischen Asyl- und Wirtschaftseinwanderung getrennt. Die Menschen, die bei uns bleiben, wollen wir für die Soziale Marktwirtschaft gewinnen. Zu nennen ist schließlich das Thema „Innovationskultur“, das bewusst am Ende des Kapitels steht und dort breiten Raum einnimmt.

Das vierte und letzte Kapitel steht unter der Überschrift „Soziale Marktwirtschaft als Ordnungsmodell für das 21. Jahrhundert“. Wir sind davon überzeugt, dass das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft besser als jedes andere gesellschafts-, wirtschafts- und sozialpolitische Konzept in der Lage ist, die Herausforderungen unserer Gegenwart und Zukunft zu meistern. Selbstbewusst glauben wir, mit dem erarbeiteten Grundsatzprogramm auf der Grundlage der Sozialen Markt-

wirtschaft einen Kompass vorgelegt zu haben. Deshalb trägt unser Programm schlicht den Titel „DER KOMPASS“.

Wohlstand für alle ist möglich, nicht nur für Deutschland. Die Verantwortungskultur des Mittelstands ist das geeignete Paradigma zur Lösung der gewaltigen Probleme, die vor uns stehen. Das ist eine Botschaft der Zuversicht! Das ist auch die Botschaft des vorgelegten Grundsatzprogramms.

Anzeige

© 2017 Accenture. All rights reserved.



**NEW
APPLIED
NOW**

strategy | consulting | digital | technology | operations

accenture
High performance. Delivered.

STEUERN UND FINANZEN

STEUERENTLASTUNGEN FÜR DIE MITTELSCHICHT

VORSITZENDER: DR. MATHIAS MIDDELBERG MDB



Dr. Mathias Middelberg MdB

Die Steuerkommission unter dem Vorsitz von Dr. Mathias Middelberg MdB befasste sich im vergangenen Jahr insbesondere mit den finanzpolitischen Perspektiven nach der Wahl 2017. Ein Hauptpunkt war die Arbeit am MIT-Steuerkonzept für die kommende Legislaturperiode. Die MIT-Steuerkommission sprach sich für eine umfassende Reform der Lohn- und Einkommensteuer aus, die für alle Steuerzahler – vor allem bei mittleren Einkommen und für Familien – Entlastungen bringt, die Anreize für Arbeit erhöht und die Kindererziehung finanziell belohnt.

Das im August vergangenen Jahres vorgestellte MIT-Steuerkonzept sieht nun eine umfassende Steuerreform in drei Stufen vor. In der ersten Stufe soll der Werbungskostenpauschbetrag von derzeit 1000 € auf 2000 € verdoppelt werden. Dies würde rund zwei Dritteln aller Steuerzahler ersparen, ihre Werbungskosten einzeln zu berechnen. In einem zweiten Schritt ab 2019 soll der Mittelstandsbauch abgeflacht werden und der Spitzensteuersatz von 42 Prozent erst bei 60.000 Euro Jahreseinkommen greifen. Hin-

tergrund ist, dass früher das Zehnfache des Durchschnittseinkommens verdient werden musste, um den Spitzensteuersatz zu zahlen. Heute greift der Spitzensteuersatz immer häufiger bereits bei Einkommen von Facharbeitern, Handwerkern und Mittelständlern. In der dritten Stufe ab 2020 soll der Kinderfreibetrag auf die Höhe des Grundfreibetrags für Erwachsene angehoben werden und das Kindergeld entsprechend erhöht werden. Das Regierungsprogramm der CDU/CSU hat nun wesentliche Punkte des MIT-Steuerkonzeptes übernommen: Der Mittelstandsbauch soll abgeflacht werden, indem die 3. Tarifstufe erst bei einem zu versteuernden Einkommen von 16.625 Euro statt 14.000 Euro und der Spitzensteuersatz erst ab 60.000 Euro greifen. Der Kinderfreibetrag soll in zwei Stufen auf das Niveau des Erwachsenenfreibetrags angehoben

werden und das Kindergeld entsprechend erhöht werden.

Gast in der Kommission war zuletzt die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Antje Tillmann MdB, die eine Bilanz der vergangenen vier Jahre zog und mit den Kommissionsmitgliedern die finanzpolitische Ausrichtung nach der Wahl diskutierte.

Die Erbschaftsteuerreform, die am 1. Juli 2016 in Kraft getreten ist, war erneut Thema in der MIT-Steuerkommission. Die Kommission hatte sich dafür eingesetzt, dass Erbfälle nicht zur Existenzgefährdung von Familienunternehmen führen und die Verschonungsregeln für Unternehmen erhalten bleiben. Gemeinsam mit Fritz Güntzler MdB analysierten die Kommissionsmitglieder die Ergebnisse der fast zwei Jahre andauernden parlamentarischen Beratungen.



Die Steuerkommission um ihren Vorsitzenden Dr. Mathias Middelberg MdB (Mitte) diskutiert das MIT-Steuerkonzept und die Erbschaftssteuerreform mit MIT-Chef Dr. Carsten Linnemann MdB (links) und Fritz Güntzler MdB, Mitglied des Finanzausschusses.



Voller Saal beim Pressegespräch zur Vorstellung des MIT-Steuerkonzepts durch Dr. Carsten Linnemann MdB und Dr. Mathias Middelberg MdB, 8. August 2016

Ferner beschäftigte sich die Kommission mit der Umsetzung des Programms gegen Gewinnkürzung und Gewinnverlagerung – auf Englisch Base Erosion and Profit Shifting (BEPS). Das BEPS-Projekt, dem sich alle Staaten der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und der G20 sowie Entwicklungs- und Schwellenländer angeschlossen haben, wurde mit dem Ziel initiiert, gegen den schädlichen Steuerwettbewerb der Staaten und aggressive Steuerplanungen international tätiger Konzerne vorzugehen. Auch die internationale Unternehmensbesteuerung vor dem Hintergrund des Brexit und der Steuerpläne der USA wurde diskutiert.

Anzeige



GILT AUCH IN DER NÄCHSTEN LEGISLATURPERIODE: ERST BACKEN, DANN VERTEILEN.

MEHR WIRTSCHAFT WAGEN

www.mehrwirtschaftwagen.de

WIRTSCHAFT/HANDEL/TOURISMUS

IMPULSE FÜR DEN WETTBEWERB SETZEN

VORSITZENDER: DR. MATTHIAS HEIDER MDB



Dr. Matthias Heider MdB

Die Kommission für Wirtschaftspolitik unter dem Vorsitz von Dr. Matthias Heider MdB mit den Fachausschüssen „Einzelhandel in Innenstädten“ und „Tourismus“ unter der Leitung von Jörg Hamel und Gereon Haumann hat sich in den letzten zwei Jahren mit vielfältigen Wirtschaftsthemen befasst. Darunter: Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel, Fair-Play in der Digitalisierung, Arbeitszeitgesetz, Werbepolitik, Entsorgungswirtschaft und Datenschutz. Zu insgesamt fünf Sitzungen kam die Kommission in Berlin mit interessanten Gästen und Referenten zusammen. Empfehlungen und Positionspapiere rundeten das Ergebnis der Kommissionssitzungen ab.

DER FALL KAISER'S TENGELMANN/EDEKA

Im Februar 2016 startete die Kommission mit einem Vortrag von Prof. Dr. Tomaso Duso vom DIW Berlin zum Thema Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel. Duso wies darauf hin, dass die Marktkonzentration im Lebensmitteleinzelhandel in den letzten Jahrzehnten aufgrund

von Fusionen und Übernahmen zugenommen habe. Als Beispiel führte er die geplante Übernahme von Kaiser's Tengelmann durch EDEKA an. Dabei sei problematisch, dass Kaiser's Tengelmann zwar nur einen kleinen Marktanteil habe, das Filialgebiet aber auf einige wenige Regionen konzentriert sei. Wenn EDEKA die Kaiser's Tengelmann Filialen übernehmen könne, würde das die Marktmacht von EDEKA, die bereits hoch sei, erheblich verfestigen und der Wettbewerb im Lebensmitteleinzelhandel würde dadurch sinken. Im weiteren Verlauf diskutierte die Kommission über eine mögliche Ministererlaubnis für diese Übernahme. Anhand des aktuellen Falls zeigte sich, dass der Minister einen sehr weiten Spielraum habe, eine solche Erlaubnis zu erteilen. Die Kommission sprach sich für eine Reform der Ministererlaubnis aus. Eine Reform wurde im Zuge der 9. Novelle des

Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Deutschen Bundestag Anfang 2017 beschlossen.

DIGITALISIERUNG ALS HERAUSFORDERUNG UND CHANCE FÜR MITTELSTÄNDISCHE UNTERNEHMEN

Ein Schwerpunkt der Kommission war die Digitalisierung und ihre Auswirkungen auf Unternehmen und Märkte. In einer Sitzung lag der Fokus auf dem Thema Fair-Play in der Digitalisierung. Dazu führte Markus Luthe, Hauptgeschäftsführer des Hotelverbandes Deutschland (IHA) in das Thema aus Sicht des Gastgewerbes ein. Er wies darauf hin, dass aufgrund des harten Wettbewerbs mit Sharing-Plattformen wie AirBnB Arbeitsplätze in der klassischen Hotellerie verloren gehen könnten. Ähnliche Probleme bestünden in der Gastronomie, im Handel und im Taxigewerbe. Generell müsse jedoch bei den



Prof. Dr. Tomaso Duso vom DIW Berlin spricht zum Thema Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel, 15. Februar 2016



Dr. Ferdinand Pavel vom DIW ECON referiert über die ökonomische Bedeutung von Werbung, 12. Dezember 2016

Anbietern zwischen professionellen und privaten Anbietern unterschieden werden. Die Kommission sprach sich für eine gleiche Regulierung sowohl für professionelle Offline- wie auch für Online-Anbieter aus. Bei einer weiteren Sitzung betrachteten Christoph Eckert und Jochen Bechtold von Capgemini Consulting den Zusammenhang zwischen Digitalisierung und Datenschutz. Sie wiesen darauf hin, dass Unternehmen teilweise mit dem technologischen Wandel nicht mehr Schritt halten könnten. Es bestehe für die Unternehmen ein enormer Handlungsdruck, um nicht den Marktanschluss zu verpassen. Zudem steige mit einem höheren Digitalisierungsgrad die Gefahr von Cyberangriffen. Viele mittelständische Unternehmen sind sich den Gefahren nicht bewusst, denen sie ausgesetzt sind. In einer weiteren Kommissionssitzung berichtete Prof. Dr. Klaus Gennen von LLR Legerlot Laschet über die Auswirkungen der EU-Datenschutz-Grundverordnung und die Änderungen, die auf mittelständische Unternehmen zukommen.

ARBEITSZEITGESETZ FLEXIBEL GESTALTEN

In zwei Sitzungen beschäftigte sich die Kommission mit dem Thema Arbeitszeitgesetz. Gereon Haumann gab einen Überblick über die Auswirkungen des Arbeitszeitgesetzes auf das Gastgewerbe. Eine tägliche Arbeitszeit von acht Stunden schränke das Gastgewerbe unnötig ein. Rheinland-Pfalz könne als Positivbeispiel gelten, da die Genehmigungsbehörden hier flexible Lösungen erlaubten. Die Betriebe des Gastgewerbes würden als Saisonbetriebe anerkannt. So könne ein Betrieb seine Arbeitskräfte in sechs Monaten an sechs Tagen bis zu zwölf Stunden einsetzen. Das würde dem Gastgewerbe sehr entgegenkommen. In einer weiteren Sitzung wurden mit Gereon Haumann und Claudia Heim Vorschläge der Kommission zur Änderung des Arbeitszeitgesetzes erarbeitet.

VERPACKUNGSGESETZ STEIGERT RECYCLINGQUOTEN

Außerdem beschäftigte sich die Kommission mit dem Entwurf eines Verpackungsgesetzes. Dazu erläuterte

der Berichterstatter im Umweltausschuss, Dr. Thomas Gebhart MdB, dass durch das Verpackungsgesetz die Recyclingquoten von Verpackungsabfällen gesteigert würden. Außerdem würden die Beteiligungsentgelte der Hersteller so umgestellt, dass sie sich stärker an der Recyclingfähigkeit der Verpackungen orientieren. Die Kommission unterstützte den Entwurf. Für die nächste Legislaturperiode forderte die Kommission, die Arbeiten an einem Wertstoffgesetz fortzuführen. Das Verpackungsgesetz wurde im Deutschen Bundestag, wie von Herrn Gebhart dargestellt und von der Kommission befürwortet, beschlossen.

WERBUNG UND IHRE GESAMTWIRTSCHAFTLICHE FUNKTION

In einer weiteren Sitzung widmete sich die Kommission dem Bereich der Werbepolitik. Neben Jörg Hamel, Stefan Genth, Hauptgeschäftsführer des HDE, und Dr. Bernd Nauen, Geschäftsführer des ZAW, führte Dr. Ferdinand Pavel vom DIW ECON mit einem Vortrag zur ökonomischen Bedeutung von Werbung in das Thema ein. Er wies daraufhin, dass Werbung durch die Bereitstellung von Informationen eine wichtige gesamtwirtschaftliche Funktion wahrnehme. Daran schlossen sich unter der Überschrift „Wirtschafts/Werbepolitik als gute Ordnungspolitik“ Beiträge von Dr. Ralf Nöcker vom GWA zum Thema „Werbewirkung“, von Dr. Annette von Ekesparre von Gruner + Jahr zum Thema „Professioneller Journalismus ist das Rückgrat unserer Gesellschaft – Werbung ist Voraussetzung für professionellen Content“ und von Ernst Michael von Beyme von EDEKA zum Thema „Das Wettbewerbsrecht als Instrument einer guten Ordnungspolitik?“ an.

PARLAMENTSKEIS MITTELSTAND

DAS MARKTWIRTSCHAFTLICHE KORREKTIV DER GROSSEN KOALITION

VORSITZENDER: CHRISTIAN FRHR. VON STETTEN MdB



Christian Frhr. von Stetten MdB

SELBSTVERSTÄNDNIS UND AUFGABEN DES PKM

Von den 309 Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion engagieren sich 190 Abgeordnete im Parlamentskreis Mittelstand (PKM) für die Belange Selbständiger sowie kleiner, mittlerer und familiengeführter Unternehmen. Seit November 2011 ist Christian Frhr. von Stetten MdB Vorsitzender des PKM.

Der PKM setzt sich als Wirtschaftsflügel in allen Bereichen nach ordnungspolitischen Grundsätzen für gute Rahmenbedingungen ein. Maßstab dabei ist das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards. In diesem Sinne steht der PKM für marktwirtschaftliche Lösungen und mündige Verbraucher statt staatlicher Bevormundung, für die Garantie der Privat- und Tarifautonomie, den Eigentumsschutz, gelebte Subsidiarität, fairen Leistungswettbewerb sowie Chancengerechtigkeit und Eigeninitiative anstelle von lähmender Vollkaskomentalität und Umverteilung.

Die Mitglieder des PKM treffen sich regelmäßig in den Sitzungswochen

vor den Fraktionssitzungen, um über die Mittelstandsrelevanz der anstehenden Gesetzesvorhaben zu diskutieren. Zudem werden im Vorstand des PKM aktuelle Themen, häufig gemeinsam mit sachkundigen Gästen aus der Bundesregierung, Verbänden und mit Unternehmerpersönlichkeiten, besprochen. Die selbständigen PKM-Arbeitsgruppen Bürokratieabbau, Handwerk und Energiepolitik sowie die PKM-Kommission Modernes Arbeits- und Sozialrecht und der Gesprächskreis Freie Berufe tagen in unregelmäßigen Abständen, um mit den Fachreferenten der Verbände und Kammern aktuelle fachpolitische Themen zu erörtern.

Das jährlich stattfindende PKM-Sommerfest gilt als einer der Höhepunkte des Berliner Politiksommers. Gleiches gilt für den Neujahrsempfang, den die Politik und die Spitzen der Wirtschaft gerne zum Gedankenaustausch nutzen.

Der PKM ist und bleibt der Ansprechpartner des Mittelstands im Deutschen Bundestag.

DER PKM IN DER 2. HÄLFTE DER 18. LEGISLATURPERIODE (2015 – 2017)

Auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode war der PKM das marktwirtschaftliche und ordnungspolitische Korrektiv innerhalb der Großen Koalition. Es galt besonders darauf zu achten, die im Koalitionsvertrag verabredeten Vorhaben so umzusetzen, dass die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und den Mittelstand gut bleiben. Der PKM bildete insofern ein Gegengewicht zur SPD und achtete darauf, dass wirklich nur die Maßnahmen umgesetzt werden, die im Koalitionsvertrag vereinbart worden sind. Denn leider ist die SPD auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode mit ihren Gesetzentwürfen häufig über das tatsächlich Vereinbarte hinausgegangen.



PKM-Sommerfest am 27. Juni 2017 (v.l.): Christian Frhr. von Stetten MdB (PKM-Vorsitzender), Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB und Dr. h.c. Hans Michelbach MdB (1. Stellv. Vorsitzender des PKM).



PKM-Gespräch mit Kanzleramts-Chef Peter Altmaier MdB am 31. Mai 2017 (v.l.): Dr. h.c. Hans Michelbach MdB, Andreas Scheuer MdB (Generalsekretär der CSU), Peter Altmaier MdB (Bundesminister und Chef Bundeskanzleramt) und Christian Frhr. von Stetten MdB.

In den vergangenen zwei Jahren wurde unsere Arbeit vor allem durch die folgenden Maßnahmen geprägt:

ZEITARBEIT, WERKVERTRÄGE UND ENTGELTTRANSPARENZ – SCHLIMMERES VERHINDERT

Leider wurde im Koalitionsvertrag vereinbart, die Einsatzmöglichkeiten bei der Zeitarbeit und von Werkverträgen einzuschränken. Als PKM haben wir uns stets gegen solche Einschränkungen ausgesprochen, da gerade die Zeitarbeitsbranche in der Wirtschaft nicht nur eine wichtige Rolle übernimmt, damit Unternehmen flexible auf etwaige Auftragsspitzen reagieren können, sondern auch eine gute Möglichkeit bietet, um Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dennoch hat die SPD unter Arbeitsministerin Nahles darauf bestanden, diese Branche stärker zu regulieren. Uns ist es gelungen, die Beschränkungen auf das zurückzuführen, was tatsächlich im Koalitionsvertrag vereinbart worden ist.

Ähnliches gilt für das Entgelttransparenzgesetz, das vor allem viel Bürokratie verursachen, aber keiner Mitarbeiterin zu mehr Lohn und Gehalt verhelfen wird. Der ursprüngliche Entwurf für ein Entgelttransparenzgesetz der damaligen Bundesfamilienministerin Schwesig hatte eine Verpflichtung der Arbeitgeber vorgesehen, in Stellenausschreibungen anzugeben, was sich der Arbeitgeber als Entgelt für die Stelle vorstellt – eine absurde Vorstellung, die im Koalitionsvertrag nicht enthalten war und auch durch unseren Einsatz verhindert wurde.

TEILZEITRÜCKKEHRRECHT, ERHÖHUNG DER VERGÜTUNG FÜR BETRIEBSRÄTE UND MIETPREISBREMSE II – VOLLSTÄNDIG AUSGEBREMST

Im Koalitionsvertrag war ein sogenanntes Teilzeitrückkehrrecht, mit dem Arbeitnehmer das Recht erhalten sollten aus einer Teilzeitbeschäftigung in eine Vollzeitbeschäftigung

zu wechseln – unabhängig vom Bedarf des Arbeitgebers. Unter Verweis auf die Personaldispositionshoheit des Arbeitgebers und die Schwierigkeiten, die ein solches Recht vor allem für kleine und mittlere Unternehmen mit sich bringen würde, haben wir den entsprechenden Gesetzentwurf vollständig verhindert.

Gleiches gilt für die von der SPD geplanten Verschärfungen bei der Mietpreisbremse und eine für die letzte Sitzungswoche geplante Neuregelung zur Vergütung von Betriebsräten. Beide Maßnahmen wurden in dieser Legislaturperiode nicht mehr verabschiedet.

INSOLVENZANFECHTUNG, VERLUSTVORTRÄGE BEI ANTEILSEIGNERWECHSEL UND ERHÖHUNG DER GRENZWERTE FÜR DIE SOFORTABSCHREIBUNG GERINGWERTIGER WIRTSCHAFTSGÜTER – FÜR DEN MITTELSTAND GESTALTET

Das Thema Insolvenzanfechtung, das sich in den letzten Jahren durch Änderung der Rechtsprechung zu Lasten des Mittelstandes verschärft hat, konnte zum Ende der Legislaturperiode neu geregelt werden. Unter anderem wurde die Anfechtungsfrist von zehn auf vier Jahre verkürzt, sodass betroffene Unternehmer zukünftig schneller Rechtssicherheit erhalten.

Mit der Neuregelung zu den Verlustvorträgen bei Anteilsignerwechseln wurde eine gute Regelung geschaffen, die vor allem jungen Unternehmen hilft, in der Wachstumsphase Investoren zu finden. Das Gesetz ist ein wichtiges Signal an innovative Startups und stärkt unseren Wirtschaftsstandort.



PKM-Gespräch mit DIHK-Präsident Dr. Eric Schweitzer am 12. April 2016 (v.l.): Dr. Eric Schweitzer (Vorstandsvorsitzender der ALBA Group) und Christian Frhr. von Stetten MdB

Anzeige

In den letzten Wochen der Legislaturperiode konnte eine alte Forderung von PKM und MIT nach jahrelangen Verhandlungen endlich umgesetzt werden: Die Anhebung der Grenze für die Sofortanschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter von 410 auf 800 Euro. Die besseren Abschreibungsmöglichkeiten für geringwertige Wirtschaftsgüter schaffen Freiräume für zusätzliche Investitionen. Gleichzeitig wird damit der bürokratische Aufwand reduziert, der mit einer mehrjährigen Abschreibung verbunden ist. Wir hätten uns als Union auch eine Anhebung der Grenze auf 1.000 Euro vorstellen können. In Anbetracht der Tatsache, dass die alte Grenze von 410 Euro über 50 Jahre nicht angepasst wurde, wäre das auch angemessen gewesen.



Egermannstraße 2 | 53359 Rheinbach | Telefon 02226 802-0 | info@ubgnet.de | www.ubgnet.de

ERBSCHAFTSTEUER – GERETTET, WAS ZU RETTEN WAR

Aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts musste das Schenkungs- und Erbschaftsteuerrecht neu gefasst werden. Es war äußerst mühselig und schwierig, die besonderen Belange der Familienunternehmen ausreichend zu berücksichtigen, da die politischen Vorstellungen von SPD und Grünen aufgrund ihrer Stellung im Bundesrat ebenfalls eingebunden werden mussten. Im Ergebnis konnten wir über den Vermittlungsausschuss eine Regelung erreichen, die die Situation für Familienunternehmen zwar erschwert, jedoch in den allermeisten Fällen nicht dazu führt, dass ein Unternehmen wegen der Erbschaftsteuer verkauft werden oder das Land verlassen muss.

BERICHT ÜBER DIE BESCHLÜSSE DES 12. BUNDESMITTELSTANDSTAGS

Nummer	Titel	Beschluss und Verfahren
Leitantrag des MIT-Bundesvorstands		
L 01	Deutschland kann mehr – Aufbruch in den Chancen-Staat	<p>Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politischen Arbeit übermittelt. Der Beschluss wurde in gekürzter Fassung als „10-Punkte-Programm der MIT“ als Broschüre veröffentlicht und dient den Gliederungen als Werbematerial (Auflage 10.000 Stück). Themenauszüge aus dem Programm:</p> <p>1 Weitere Flexibilisierung der beruflichen Betätigung auch nach Renten eintritt (Flexi-Rente): Bereits 2014 konnten durch den MIT-Bundesvorsitzenden erste Verbesserungen bei arbeitsrechtlichen Voraussetzungen durchgesetzt werden. Auf dem CDU-Bundesparteitag 2015 wurde der Antrag der MIT C 30 „Alter neu denken: Flexi-Rente weiterentwickeln“ mehrheitlich angenommen. Auch im Gesetzgebungsverfahren konnte die MIT den zweiten Schritt durchsetzen, dass Arbeitgeber für Flexi-Rentner, die weiter arbeiten, keinen Arbeitslosenversicherungsbeitrag mehr zahlen müssen. Flexi-Rentner können den vom Arbeitgeber zu zahlenden Beitragssanteil zur Rentenversicherung durch einen Eigenanteil zu ihren Gunsten „aktivieren“. Die neuen Änderungen sind 2017 in Kraft getreten. Die MIT wird das Thema weiter vorantreiben mit dem Ziel, dass die Regelungen auch auf Beamte übertragen werden. Das Thema Flexi-Rente erhält eine hohe mediale Aufmerksamkeit. Durch die zahlreichen Medienberichte ist das Thema mit dem MIT-Bundesvorsitzenden und der MIT eng verbunden.</p> <p>2 Private Altersvorsorge – Der MIT-Bundesvorstand und der MIT-Bundesvorsitzende haben sich in allen Bundesvorstandssitzungen 2016 mit der Thematik vertiefend befasst (S. u.a. Bamberger Erklärung April 2016, Rentenbeschluss Juli 2016). Der BMT-Beschluss wurde u.a. durch den Vorschlag einer neuen Zulagenrente aufgenommen.</p> <p>3 Steuersystem – Mit der Vorlage des MIT-Steuerkonzepts im Sommer 2016 wurden die beschlossenen Positionen aufgegriffen. Die Veröffentlichung des Steuerkonzeptes wurde mit einer breit angelegten Kampagne unter Einbeziehung der MIT-Gliederungen verbunden. Es wurden Muster schreiben, Musterpressemittelungen und Informationsmaterial erstellt. Der MIT ist es gelungen, das Thema Steuerpolitik in den Fokus von Öffentlichkeit und Politik zu rücken. Der CDU-Bundesparteitag ist im Dezember 2016 wichtigen Kernpunkten des MIT-Vorschlags im Leitantrag gefolgt und im CDU/CSU-Wahlprogramm sind die MIT-Vorschläge zur Veränderung der Steuersätze und zur Anhebung des Kinder-Grundfreibetrags und des Kindergeldes in großen Teilen übernommen worden.</p> <p>4 Duale Ausbildung – Die MIT hat sich auf dem BMT 2015 für die Wiedereinführung des Meisterbriefes ausgesprochen. Der MIT-Bundesvorsitzende hat den Beschluss durch diverse mediale Stellungnahmen aufgegriffen und setzt sich öffentlich für die Wiedereinführung der Meisterpflicht in Handwerksberufen ein. Auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands brachte die MIT mit Antrag C 51 „Stärkung des Meisterbriefes“ eine entsprechende Positionierung ein. Der Antrag bekam auf dem Parteitag eine Mehrheit. Im CDU/CSU-Wahlprogramm ist dieser Vorschlag zumindest als Prüfauftrag übernommen. Darüber hinaus kämpft die MIT für die bundesweite Einführung des Berufsabiturs und Zugangsmöglichkeiten für Meister zu Master-Studiengängen.</p>

5 Effiziente Verwaltung – Die MIT hat sich auf dem BMT u.a. für harmonisierte, digitale Verwaltungsangebote in Bund, Ländern und Kommunen ausgesprochen. Der MIT-Bundesvorsitzende hat die Beschlüsse der MIT aufgegriffen und zusammen mit dem Digitalen Netzwerk der CDU ein schlüssiges E-Government-Programm vorgelegt. Zusätzlich wurde in die Thematik auch das gesamte Themenfeld Digitalisierung und Industrie 4.0 einbezogen. So wurde in diesem Zusammenhang auch das an den Bundesvorstand überwiesene Positionspapier „Industrie 4.0“ berücksichtigt. Ziel ist auch weiterhin, durch die Mitwirkung der MIT im Digitalen Netzwerk die Forderungen in die Union zu tragen. Der MIT-Bundesvorstand hat zum CDU-Parteitag 2015 den Antrag C 34 „Verwaltung als Partner und Dienstleister: effizient und digital“ eingebracht. Der Antrag wurde im Leit Antrag „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“ eingearbeitet und beschlossen. In 2016 hat die MIT zusammen mit dem Digitalen Netzwerk der Union ein umfassendes Programmpapier auf dem Parteitag eingebracht. Dieser Antrag wurde an die Gremien der CDU Deutschlands überwiesen. Im CDU/CSU-Wahlprogramm sind nahezu alle MIT-Forderungen vollumfänglich übernommen worden.

6 Bürokratieabbau – Der Bundesvorstand hat den BMT-Beschluss zur Abschaffung der vorgezogenen Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge in der April-Sitzung 2016 diskutiert und durch die Forderung vertieft, in einem ersten Schritt noch in dieser Wahlperiode die bürokratische Doppelbelastung bei der Lohnabrechnung abzuschaffen. Auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands 2016 wurde ein entsprechender Antrag zu diesem Thema (C 81) an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur weiteren Beratung überwiesen. Im Mittelstandsentlastungsgesetz 2016 wurde das vereinfachte Schätzverfahren für alle Arbeitgeber ermöglicht, was eine Bürokratierleichterung bringt. Die von der MIT in dem Zusammenhang vorgeschlagene Abschaffung der Vorfälligkeit mindestens für Einmalzahlungen (Urlaubsgeld, Boni) wurde nicht übernommen.

7 Rahmenbedingungen für Wagniskapital – Der BMT hat sich für erleichterte Rahmenbedingungen für Investitionen in Unternehmensneugründungen ausgesprochen. Maßgeblich haben sich MIT-Präsidiumsmitglied Jens Spahn MdB, Thomas Jarzombek MdB und der MIT-Bundesvorsitzende in der Wahlperiode für den Erhalt von Verlustvorträgen im Falle eines Beteiligungswechsels eingesetzt. Zudem wurde der von der MIT zusammen mit der CDU Hamburg und Braunschweig ausgearbeitete Antrag C 26 für den CDU-Parteitag 2015, „Optimierung der Rahmenbedingungen für Innovation und Startups“ mit großer Mehrheit beschlossen. 2016 hat der Bundestag die steuerliche Verlustverrechnung erleichtert, sodass Wagniskapitalinvestoren Verlustvorträge aus Startups, aber auch anderen Unternehmensbeteiligungen auch bei einem Eigentümerwechsel steuerlich geltend machen können.

8 Haushaltsführung – Der BMT hat beschlossen, dass Verbeamtungen grundsätzlich nur noch zugelassen werden sollen, wenn der Dienstherr eine testierte Pensionsrückstellung garantiert. Der MIT-Bundesvorsitzende konnte diese Forderungen bei diversen Auftritten und in den Medien platzieren. Der MIT-Bundesvorstand hat die Forderung auf dem CDU-Parteitag 2015 eingebracht. Der Antrag C 33 Ehrliche Haushaltsführung wurde an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die Unionsfraktionen in den Ländern überwiesen.

9 Vereinfachungspauschale erhöhen und Soli abschaffen – Diese Forderungen aus dem 10-Punkte-Programm hat der MIT-Bundesvorstand auf dem CDU-Bundesparteitag 2015 eingereicht. Der Antrag C 31 „Vereinfachungspauschale“ wurde an den BFA Finanzen, Wirtschaft und Energie überwiesen. Der Antrag C 32 Soli wurde an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion überwiesen. Bislang hatte die Parteivorsitzende und der Bundesfinanzminister ein Auslaufen nach elf Jahren angedeutet. Im Wahlpro-

EDEKA ist **MIT**telstand

4.000

selbstständige
Kaufleute



5.858

Standorte
selbstständiger
Kaufleute



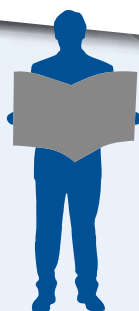
351.500

Arbeitsplätze



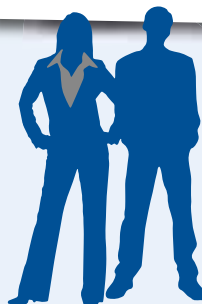
16.628

Auszubildende



40


Ausbildungs-
möglichkeiten



445

Existenzgründungen
in den vergangenen
5 Jahren



Wir  Lebensmittel.



Anzeige



**Erfahren, wie die Zielgruppe "tickt".
Erkennen, worauf es ankommt.**

Ihr Markt- und Sozialforschungsinstitut in der Mitte Deutschlands

INSA-Haus
Arndtstraße 1, 99096 Erfurt
Tel: 0361 38 03 95 70
Fax: 0361 644 31 11



		gramm kündigen CDU/CSU nun eine schnellere Abschaffung des Soli an, der in einem ersten Schritt in der kommenden Legislaturperiode reduziert werden soll mit einer Entlastungswirkung von rund 4 Milliarden Euro.
	Allgemeine Anträge	
A01	Bessere Folgenabschätzung von EU-Gesetzen	<p>Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die EVP-Fraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politischen Arbeit übermittelt.</p> <p>Die MIT hat die Positionierung des BMT mit ihrem Antrag C 27 „Bessere Folgenabschätzung von EU-Gesetzen und mehr Subsidiarität“ auf dem CDU-Parteitag eingebracht. Unter Federführung des Kommissionsvorsitzenden Europapolitik, Dr. Markus Pieper MdEP, konnte sich die MIT mit ihrem Antrag C 27 und bei großer Zustimmung auf dem CDU-Parteitag 2015 durchsetzen. Die Forderungen der MIT wurden in die CDU-Programmatik zur Europapolitik übernommen. Die EVP konnte in der inter-institutionellen Vereinbarung der EU erreichen, dass die Bewertung der Folgenabschätzung der Kommission durch unabhängige Experten ergänzt wurde, was einen ersten Schritt in Richtung des von der MIT geforderten Normenkontrollrats bedeuten kann. Zudem konnte die EVP erreichen, dass bei Folgenabschätzungen ein besonderer Fokus auf KMU zu legen ist. Auch diese MIT-Forderung wurde in der inter-institutionellen Vereinbarung aufgegriffen.</p>
A02	Beschluss/Allgemeiner Antrag Ja zu TTIP - Chance für Deutschland	<p>Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die EVP-Fraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politischen Arbeit übermittelt. Die MIT hat auf der Grundlage der Beschlussfassung des BMT 2015 einen Antrag zum 28. CDU-Parteitag 2015 eingereicht: „Ja zu TTIP – Chance für Deutschland“. Der Antrag wurde auf dem Parteitag vom Vorsitzenden der MIT-Kommission Europapolitik, Dr. Markus Pieper MdEP vertreten. Der CDU-Parteitag hat hiernach mit großer Mehrheit für den Antrag der MIT votiert. Die MIT-Forderungen wurden in die CDU-Programmatik aufgenommen. Durch die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten ist der Prozess zu einem Freihandelsabkommen ins Stocken geraten – jedoch ist mit CETA ein wichtiger handelspolitischer Erfolg erzielt worden. Ein Freihandelsabkommen mit den USA bleibt weiterhin Zielsetzung der EVP im Europäischen Parlament.</p>
A03	Beschluss/Allgemeiner Antrag Keine Freistellung für nichtchristliche Feiertage von Arbeitnehmern	<p>Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politischen Arbeit übermittelt. Die gängige Praxis bei der Freistellung von Arbeitnehmern hat sich bisher bewährt. Ein gesetzlicher Regelungsbedarf kann derzeit nicht erkannt werden. Sofern dies vom Bundesmittelstandstag anders beurteilt wird, sollte der BMT oder der ursprüngliche Antragsteller die Positionierung durch den Vorschlag für eine konkrete Gesetzesinitiative ergänzen.</p>
A04	Beschluss/Allgemeiner Antrag Wertstoffgesetz	<p>Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politischen Arbeit übermittelt. Insbesondere MIT-Bundesvorstandsmitglied Marie-Luise Dött MdB hat sich für die Interessen der MIT und des Mittelstands im Bundestag eingesetzt. In der 13. KW 2017 wurde das Verpackungsgesetz vom Bundestag beschlossen. Ursprünglich geplant war für diese Legislaturperiode die Erarbeitung eines Wertstoffgesetzes. Damit sollte die haushaltsnahe gemeinsame Erfassung von Verkaufsverpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen geregelt werden. Dieses Gesetz ist am Widerstand der Bundesländer gescheitert. Mit einem Verpackungsgesetz wird wenigstens sichergestellt, dass die Sammel- und Verwertungsquoten für Verpackungsabfälle anspruchsvoller werden. Mit einer sogenannten zentralen Stelle sollen mehr Kontrolle und ein fairer Wettbewerb gesichert werden.</p>

		Es bleibt mit dem Gesetz beim bewährten Prinzip der Produktverantwortung und bei einer wettbewerblich organisierten Entsorgung von Verpackungen. Die von der kommunalen Seite angestrebte Rekommunalisierung in diesem Bereich haben wir entschärft.
A05	Beschluss/Allgemeiner Antrag Beseitigung der Privilegierung von Staats-Schulden	<p>Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politischen Arbeit übermittelt. Die MIT hält an ihrer Positionierung fest, dass es einer Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Banken bedarf. Die staatliche Schuldenaufnahme muss auf gleiche Art und Weise behandelt werden wie eine private. Kritisch sind insbesondere die pauschale Freistellung für Anleihen der öffentlichen Hand von den Eigenkapitalvorschriften für Banken und die ergänzenden Regelungen zu Liquiditätsstandards/-puffern und zu Großkrediten. Durch diese Regelungen wird der Aufbau systemischer Risiken befördert.</p> <p>Die Bundestagsfraktion hat sich der Thematik ebenfalls angenommen. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus MdB informierte hierzu, dass die Fraktion in dieser Legislaturperiode zusammen mit dem Koalitionspartner zwei Anträge im Deutschen Bundestag auf den Weg gebracht hat.</p> <p>In diesen Anträgen wird unter anderem gefordert sicherzustellen, dass die von Staaten für Banken ausgehenden Risiken weiter nachhaltig verringert werden. Hierfür gehört die regulatorische Behandlung von Staatsanleihen in Europa auf den Prüfstand. Die Bundesregierung setzt sich auf europäischer Ebene entsprechend ein. Als Zwischenergebnis hat der Rat der Europäischen Union (Wirtschaft und Finanzen) im Juni 2016 in seinem Fahrplan zur Vollendung der Bankenunion festgelegt, dass zunächst die Arbeiten des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht abgewartet werden sollen. Im Anschluss daran will der Rat die möglichen nächsten Maßnahmen im europäischen Rahmen prüfen.</p>
A06	Beschluss/Allgemeiner Antrag Keine Privilegien kommunaler Betriebe	Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politischen Arbeit übermittelt. Die MIT bekräftigt ihre Position, dass durch die Privilegierung kommunaler Betriebe etwa durch Umsatzsteuerbefreiungen der faire Wettbewerb untergraben wird. Von dieser Wettbewerbsverzerrung ist insbesondere der deutsche Mittelstand betroffen. Die MIT muss sich weiterhin auf allen Ebenen – von der Kommune bis zum Bund – dafür einsetzen, dass die Privilegierung kommunaler Betriebe abgebaut wird.
A 10	Beschluss/Allgemeiner Antrag Anti-Stress-Verordnung unnötig	Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politischen Arbeit übermittelt. Die einst von Bundesministerin Andrea Nahles angekündigte Anti-Stress-Verordnung konnte erfolgreich verhindert werden. Die klare Positionierung der MIT hat hierzu beigetragen.
A 11	Beschluss/Allgemeiner Antrag Arbeitswelt 4.0! Förderung dienstleistungsintensiver Branchen	Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politischen Arbeit übermittelt. Das Thema wurde von der Union aufgegriffen. Da sich die Arbeitswelt im Wandel befindet, ist man sich einig, dass arbeitsrechtliche Bestimmungen an die neuen Gegebenheiten angepasst werden müssen. Die Union sieht den Reformbedarf des Arbeitszeitrechts und hat dies in mehreren Positionspapieren konkretisiert. Entsprechende Forderungen wurden vom Bundesfachausschuss der CDU Deutschlands und vom PKM vorgelegt.
A 14	Beschluss/Allgemeiner Antrag Neustart bei der Erbschaftsteuerreform	Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politischen Arbeit übermittelt. Auf dem Parteitag 2015 brachten Dr. Carsten Linnemann MdB, Christian Frhr. von Stetten MdB und Dr. Mathias Middelberg MdB den Antrag Erbschaftsteuer mittelstandsfreundlich ausgestalten“ für die MIT ein. Dieser Änderungsantrag zum Antrag des

		<p>CDU-Bundesvorstands „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“ wurde mehrheitlich angenommen. Die MIT hat sich in die zurückliegenden Verhandlungen im Bundestag auf der Grundlage des BMT-Beschlusses zur Erbschaftsteuer intensiv eingebracht. Die im Bundestag beschlossenen Verschonungsregeln wurden als tragbarer Kompromiss gesehen. Durch das Engagement der MIT und der MIT-Vertreter im PKM und in der Fraktion konnten deutliche Nachbesserungen im Vergleich zum ursprünglichen Gesetzentwurf erreicht werden. Dennoch konnte man sich nicht mit allen Forderungen zu 100 Prozent durchsetzen. Die Erbschaftsteuerreform wurde 2016 verabschiedet.</p>
A 16	Beschluss/Allgemeiner Antrag Einführung einer Staateninsolvenzordnung	<p>Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politischen Arbeit übermittelt. Der MIT-Bundesvorsitzende konnte zusammen mit Dr. Markus Pieper MdEP, MIT-Vorstand Mike Mohring und dem PKM-Vorsitzenden Christian Frhr. von Stetten MDB auf dem CDU-Parteitag die Mehrheit für den MIT-Antrag C 80 „Vertrauen deutscher Steuerzahler und Sparer nicht aufs Spiel setzen“ gewinnen. Mit diesem Beschluss bekennt sich die CDU zur Bewahrung der Stabilität des deutschen Finanzsystems. Gleichzeitig wurde ausdrücklich eine Vergemeinschaftung von Schulden und Haftung auf EU-Ebene abgelehnt. Ebenso wurde der von der EU-Kommission vorgelegte Vorschlag für die Errichtung einer zentralisierten, vergemeinschafteten europäischen Einlagensicherung von der CDU abgelehnt. Erste wichtige ordnungspolitische Erfolge konnten bereits erzielt werden. So wurde die MIT-Forderung nach einer Staateninsolvenzordnung auch in den Forderungen des Europäischen Parlaments zur künftigen Europapolitik verankert. Dennoch sind auch weiterhin politische Aktivitäten gegen eine Vergemeinschaftung von Schulden und Sozialsystemen dringend erforderlich.</p>
A 18	Beschluss/Allgemeiner Antrag Steuergerechtigkeit für private Betriebe bei der Umsatzbesteuerung	<p>Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politischen Arbeit übermittelt. Siehe auch Beschluss Nr. 6</p>
A 20	Beschluss/Allgemeiner Antrag Anreize für mehr Wohnraum schaffen	<p>Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politischen Arbeit übermittelt. Die Bundestagsfraktion hat sich der Thematik angenommen. Der Großstadtbeauftragte der Bundestagsfraktion Kai Wegner MDB informierte die MIT hierzu, dass der Deutsche Bundestag am 9. März 2017 die Bauplanungsrechtsnovelle beschlossen hat. Ein zentraler Bestandteil der Novelle sei das „Urbane Gebiet“. Mit diesem neuen Baugebietstyp wird den Kommunen zur Erleichterung des Planens und Bauens in innerstädtischen Gebieten ein Instrument zur Verfügung gestellt, mit dem sie planerisch die nutzungsgemischte Stadt der kurzen Wege verwirklichen können. Dieses neue Baugebiet soll zum einen über eine höhere Bebauungsdichte verfügen, also über mehr Wohnungen auf gleicher Fläche. Zum anderen soll das urbane Gebiet eine flexiblere Nutzungsmischung ermöglichen, das heißt Gewerbebetriebe sollen trotz des Wohnungsbaus nicht aus den Innenstädten verdrängt werden. Zudem regelt die Novelle, dass auch siedlungsnahen Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren zur Aufstellung von Bebauungsplänen einbezogen werden. Das ist eine weitere zentrale Weichenstellung zur Erleichterung des Wohnungsbaus, die nur durch das nachdrückliche Engagement der Union in das Gesetz aufgenommen wurde. Der neue Passus wird dazu beitragen, die vielerorts noch bestehenden Engpässe bei der Aktivierung von Flächen für den Wohnungsbau abzumildern. Da fehlendes Bauland eine häufige Ursache ist, warum nicht mehr Wohnungsbau stattfinden kann, werden zudem künftig in § 1 Abs. 5 BauGB die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung als Planungsleitsatz gesondert ausgewiesen. Davon verspricht man sich eine bessere Baulandmobilisierung und im Ergebnis mehr bezahlbaren Wohnraum.</p> <p>Weiterhin hat die Koalition die Mittel für den sozialen Wohnungsbau von ursprünglich 518 Millionen Euro auf 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2018 annähernd verdreifacht.</p>

		Die Union hatte auch eine Sonderabschreibung von insgesamt 29 Prozent in drei Jahren zur weiteren Ankurbelung des Mietwohnungsbaus geplant. Der entsprechende Gesetzentwurf stand bereits kurz vor der Verabschiedung durch den Bundestag. Die SPD-Fraktion hat die steuerliche Förderung des Mietwohnungsbaus allerdings kurzfristig gestoppt. Die CDU/CSU-Fraktion unterstützt die Sonder-AfA weiterhin und geht davon aus, dass durch die Förderung zielgerichtet Wohnungen dort entstehen würden, wo sie benötigt würden. Auch wurden Teile der Forderungen ins Wahlprogramm der CDU/CSU aufgenommen.
A 21	Beschluss/Allgemeiner Antrag Arbeitszeit reformieren – mehr Flexibilität ermöglichen	Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politischen Arbeit übermittelt. Das Thema wurde unter Mitwirkung der Vorsitzenden der MIT-Kommission Arbeit und Soziales, Jana Schimke MdB, durch die CDU aufgegriffen. Sowohl im PKM als auch im zuständigen Bundesfachausschuss der CDU Deutschlands wurde die Position der Union in Positionspapieren konkretisiert.
A 22	Beschluss/Allgemeiner Antrag Berufseinstieg von Flüchtlingen entbürokratisieren	Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politischen Arbeit übermittelt. Nach dem Prinzip des Förderns und Forderns konnten mit dem Integrationsgesetz und den Asylpaketen viele Erleichterungen für den Berufseinstieg von Flüchtlingen erreicht werden. Es wurde dabei dem Anspruch gefolgt, keine Sonderrechte zu gewähren. Größtenteils wurden die Forderungen des MIT-Beschlusses umgesetzt.
A 26	Beschluss/Allgemeiner Antrag Änderung des Insolvenzrechts	Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politischen Arbeit übermittelt. Nach langen Verhandlungen konnte sich die Koalition im Februar 2017 auf eine Reform des Insolvenzanfechtungsrechts einigen. Es hat zum Ziel, dass sich Unternehmen darauf verlassen können, dass sie Zahlungen, die sie für ihre Leistungen erhalten haben, behalten können. Diese Planungssicherheit war in den vergangenen Jahren durch die Praxis von Insolvenzverwaltern in Frage gestellt worden. Die MIT-Position nach Planungssicherheit wurde aufgegriffen. Zudem konnte verhindert werden, dass es zu weitreichenden neuen Sonderrechten für einzelne Gläubigergruppen kommt. So konnten Privilegien etwa für den Fiskus und andere öffentlich-rechtliche Gläubiger verhindert werden. Ein wichtiger Punkt für alle von Anfechtungen überzogenen Gläubiger ist zudem die Begrenzung der Zinsregelung. Nach der Neuregelung werden Zinsen auf Insolvenzanfechtungsforderungen erst mit Eintritt des Verzugs entstehen. Neben dem MIT-Bundesvorsitzenden und dem PKM hat vor allem der Bundestagsabgeordnete Heribert Hirte, MIT-Mitglied und zuständiger Berichterstatter der Fraktion, maßgeblich daran mitgewirkt, dass in Zukunft die Beweislastumkehr gilt. Wer einem später insolventen Schuldner eine Zahlungserleichterung gewährt – etwa eine Stundung – wird in der Zukunft gerade nicht mehr dem Vorwurf der ‚Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit‘ des Schuldners ausgesetzt sein können. Die Insolvenzverwalter müssen nachweisen, dass der Gläubiger die eingetretene Zahlungsunfähigkeit kannte. Im März 2017 folgte das Gesetz zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen.
A 28	Beschluss/Allgemeiner Antrag Steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen beibehalten	Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politischen Arbeit übermittelt. Der MIT-Position wurde entsprochen und die steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen beibehalten. Für Handwerkerarbeiten sind weiterhin 20 Prozent der Lohnkosten, maximal aber 1.200 Euro, steuerbegünstigt. Eine letzte Aktualisierung erfolgte zu diesem Thema Ende 2016: Der Katalog der geförderten Handwerkerleistungen wurde noch einmal erweitert.
A 29	Beschluss/Allgemeiner Antrag Arbeitnehmer-Freibetrag bei Betriebsveranstaltungen	Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politischen Arbeit übermittelt. Grundsätzlich war es richtig, dass mit dem



Mit einem kritischen Blick aufs große Ganze sind Sie **immer gut beraten.**

Haben Sie zu viele Versicherungen abgeschlossen oder zu wenige? Die richtigen oder die falschen? Oder eine bunte Mischung aus allem? Eine ganzheitliche Betrachtung Ihrer Vorsorge gibt Ihnen mehr Klarheit. Auf dieser Grundlage gestalten wir dann gemeinsam Ihre ganz persönliche Versicherungs- und Finanzplanung – das nennen wir Ganzheitliche Beratung.

Informationen finden Sie unter www.signal-iduna.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen

		vom Bundestag beschlossenen Zollkodex-Anpassungsgesetz die bisherige 110,00 EUR-Freigrenze in einen 110,00 EUR Freibetrag umgewandelt wurde. Allerdings muss sich die MIT weiterhin dafür einsetzen, dass in die Freigrenze nicht die Kosten für den äußeren Rahmen eingerechnet werden müssen. Eine entsprechende Änderung steht noch aus.
A 31	Beschluss/Allgemeiner Antrag Werbeverbote und Umsetzung von EU-Richtlinien	Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politischen Arbeit übermittelt. Auf dem CDU-Parteitag wurde der Antrag der CDU Hamburg „Gegen weitere Werbeverbote“ durch die MIT intensiv unterstützt. Die Forderung war sehr umstritten. Man konnte sich jedoch durchsetzen. Mit dem Beschluss C45 spricht sich die CDU Deutschlands gegen neue Werbeverbote aus – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.
A 32	Beschluss/Allgemeiner Antrag Rollende Supermärkte von Sondernutzungs- gebühr befreien	Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politischen Arbeit übermittelt.
A 33	Beschluss/Allgemeiner Antrag Verbot der Ganzkörperverschleierung	Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politischen Arbeit übermittelt. Die Positionierung wurde zudem im Leit Antrag des CDU-Bundesvorstands „Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa“ auf dem 29. Parteitag der CDU Deutschlands aufgegriffen (S. 19): „Die Diskriminierung oder Abwertung von Frauen oder Ethnien, von Andersgläubigen oder Homosexuellen akzeptieren wir genauso wenig wie Antisemitismus. Unsere Gesetze stehen über Ehrenkodex, Stammes- oder Familienregeln und der Scharia. Der Besuch der Schule und des Sportunterrichts ist Pflicht für Jungen wie für Mädchen. Zwangsverheiratungen und Ehrenmorde müssen verhindert und konsequent geahndet werden. Unsere offene Gesellschaft lebt von der Begegnung und der Kommunikation von Angesicht zu Angesicht. Deshalb lehnen wir die Vollverschleierung ab. Wir wollen sie unter Ausschöpfung des rechtlich Möglichen ebenso verbieten wie die Eheschließung mit Minderjährigen.“
A 34	Beschluss/Allgemeiner Antrag Veröffentlichungspflicht für KMU abschaffen	Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politischen Arbeit übermittelt.
A 36	Beschluss/Allgemeiner Antrag Höhe der Verzinsung von Steuernachfor- derungen und Steuererstattungen der Marktentwicklung anpassen	Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politischen Arbeit übermittelt.
A 38	Beschluss/Allgemeiner Antrag Überzogene Erhöhungen der Gewerbe- steuer-Hebesätze – Standortschädlich und kontraproduktiv	Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politischen Arbeit übermittelt.
A 39	Beschluss/Allgemeiner Antrag Überprüfung der Dokumentationspflicht zum Mindestlohn – Keine Diskriminierung des Fleischerhandwerks	Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politischen Arbeit übermittelt. In der zurückliegenden Wahlperiode hat sich sowohl der MIT-Bundesvorstand als auch die Kommission Arbeit und Soziales unter der Leitung von Jana Schimke MdB und Michael Littig mit der Thematik intensiv befasst. Weitere Bürokratieentlastungen beim Mindestlohn werden von der Kommission und vom MIT-Bundesvorstand unterstützt und sind nun im Wahlprogramm von CDU/CSU als notwendige Sofortmaßnahme nach der Bundestagswahl angekündigt.
A 40	Beschluss/Allgemeiner Antrag Neugestaltung des HGB-Zinses	Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politischen Arbeit übermittelt.



IAA
14.-24. September
Frankfurt am Main

**HABEN AUTOS KÜNFTIG
EIN BEWUSSTSEIN?**

Entdecke, spüre, verstehe die Mobilität von morgen.
#zukunftsgeladen

 **ZUKUNFT ERLEBEN.
TICKETS AUF IAA.DE**

TREFFPUNKT FÜR PIONIERE:
14.-17. SEPTEMBER


NEW MOBILITY WORLD

A 41	Beschluss/Allgemeiner Antrag Breitbandausbau nachhaltig, wettbewerbs- freundlich und technologieneutral gestalten	Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/ CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der poli- tischen Arbeit übermittelt und wurde in wesentlichen Punkten nun ins Wahlprogramm von CDU/CSU übernommen.
A 42	Beschluss/Allgemeiner Antrag Kein Solidaritätszuschlag zur Finanzierung der Flüchtlingspolitik	Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/ CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der poli- tischen Arbeit übermittelt. Ein Solidaritätszuschlag zur Finanzierung der Flüchtlingspolitik wurde nicht eingeführt.
A 43	Beschluss/Allgemeiner Antrag Bundesteilhabegesetz	Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/ CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politi- schen Arbeit übermittelt. Mit dem Bundesteilhabegesetz ist eines der großen sozialpolitischen Reformen der vergangenen Jahre am 16. Dezember 2016 verabschiedet worden und tritt stufenweise in Kraft. Nach intensiven Be- ratungen und Nachbesserungen konnte ein für alle Seiten wichtiges und zielführendes Vorhaben umgesetzt werden. Auch die Position der MIT hierzu wurden dabei berücksichtigt.
A 48	Beschluss/Allgemeiner Antrag Ausbau der europäischen Ost-West-Schienen- verkehrsachsen als Basis und Garant für wirt- schaftliche Entwicklung	Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/ CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politi- schen Arbeit übermittelt. Verkehrsausschussmitglied Steffen Bilger MdB nahm sich der Thematik an. Nach seiner Information gibt es bei diesem Thema keine neuen Entwicklungen. Die genannte Achse entspricht in ihrem Verlauf auch keinem TEN-Kernnetzkorridor. Die geplante Elektrifi- zierung der Strecke des Teilabschnitts Dresden-Görlitz ist im Bundesver- kehrswegeplan 2030 nur im potenziellen Bedarf eingestuft.

I 01	Beschluss/Allgemeiner Antrag Sofortprogramm zur Bewältigung der Flüchtlingskrise	Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/ CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politi- schen Arbeit übermittelt.
I 02	Beschluss/Allgemeiner Antrag Vorfalligkeit der Sozialversicherungsbeiträge aufheben	Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/ CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politi- schen Arbeit übermittelt. Siehe Ausführungen Leitantrag
I 03	Beschluss/Allgemeiner Antrag Verhältnismäßigkeit des Streikrechts besser wahren	Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands, den PKM und die CDU/ CSU-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Berücksichtigung bei der politi- schen Arbeit übermittelt.

Anträge zur Änderung der Satzung		
S 01	Beschluss Satzungsänderungen	Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands übermittelt. Die Ände- rungen der Satzung wurden von der CDU Deutschlands genehmigt. Die Satzungsänderungen wurden in die Bundessatzung eingearbeitet. Für Kreisverbände wurde ein Satzungsmuster mit den Änderungen erstellt – vorbehaltlich der Einarbeitung der Änderungen durch die jeweiligen Lan- desverbände in ihre Landessatzungen. Das Satzungsmuster dient vor allem als Grundlage für die Neugründung von Gliederungen, sofern in dem jeweiligen Landesverband eine Neufassung noch nicht erfolgen konnte.
BF0 01	Beschluss Neufassung Beitrags- und Finanzordnung	Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands übermittelt. Die Änderungen der BFO wurden von der CDU Deutschlands genehmigt. Die Änderungen wurden in die BFO eingearbeitet.
GO 01	Beschluss Änderungen der Geschäftsordnung	Der Beschluss wurde an die CDU Deutschlands übermittelt. Die Änderungen der GO wurden von der CDU Deutschlands genehmigt. Die Änderungen wur- den in die GO eingearbeitet.

Überweisungsbeschlüsse		
A 09	Überweisungsbeschluss an den Bundesvorstand Einführung des „Schweizer Modells“ bei öffentlicher Vergabe	Die Kommission Wirtschaft hat sich dem Überweisungsbeschluss angenommen und mehrheitlich den Vorschlag abgelehnt. Der Bundesvorstand folgte dem Votum der Kommission Wirtschaft.
A 12	Überweisungsbeschluss an die Grundsatzprogrammkommission Das Richtige tun – Mehr Freiheit wagen!	Der Antrag wurde von der Grundsatzprogrammkommission aufgegriffen. Dem Antragsansinnen wurde zugestimmt. Die Kommission Grundsatzprogramm hat die Punkte des Antrags in das Grundsatzprogramm eingearbeitet, beispielsweise zu finden auf den Seiten 30 und 52 im Entwurfstext.
A 13	Überweisungsbeschluss an den Bundesvorstand Entbürokratisierung ernst nehmen!	Siehe Ausführungen Leitantrag Die Kommission Arbeit und Soziales hat sich mit dem Antrag befasst und dem Bundesvorstand die Zustimmung empfohlen. Der Bundesvorstand ist dem Votum gefolgt.
A 17	Überweisungsbeschluss an die Grundsatzprogrammkommission Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft: Erwirtschaften vor Verteilen – Leistung muss sich lohnen	Siehe Ausführungen Leitantrag Der Verweisantrag wurden zur Beratung und Abstimmung an die Kommission Steuern weitergeleitet. Die Kommission Steuern des MIT-Bundesvorstands sieht den Antrag als erledigt an, da die in dem Antrag aufgeführten steuerpolitischen Vorschläge in die Diskussion zum Steuerkonzept der MIT und in den Leitantragsentwurf zum Bundesmittelstandstag 2017 eingeflossen sind.
A 19	Überweisungsbeschluss an den Bundesvorstand Eckpunkte für ein Steuerkonzept 2020	Siehe Ausführungen Leitantrag Der Verweisantrag wurden zur Beratung und Abstimmung an die Kommission Steuern weitergeleitet. Die Kommission Steuern des MIT-Bundesvorstands sieht den Antrag als erledigt an, da die in dem Antrag aufgeführten steuerpolitischen Vorschläge in die Diskussion zum Steuerkonzept der MIT und in den Leitantragsentwurf zum Bundesmittelstandstag 2017 eingeflossen sind.
A 27	Überweisungsbeschluss an den Bundesvorstand Mindestlohnregelung entbürokratisieren	Siehe Ausführungen Leitantrag Gemeinsam mit der JU und dem RCDS hat die MIT im August 2016 die Initiative gestartet, u.a. alle Praktika während des Studiums oder der Ausbildung vom Mindestlohn zu befreien. Zudem hat sich die Kommission Arbeit und Soziales mit der Thematik befasst. Die Grundsatzprogrammkommission hat eine entsprechende Positionierung in den Entwurf des Grundsatzprogramms eingearbeitet. Außerdem fordern CDU und CSU in ihrem Wahlprogramm nun Bürokratierleichterungen beim Mindestlohn.
A 30	Überweisungsbeschluss an den Bundesvorstand Jährliche Evaluierung des § 2a Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz	Die Kommission hat sich mit dem Antrag befasst und dem Bundesvorstand die Zustimmung empfohlen. Der Bundesvorstand ist dem Votum gefolgt.
A 37	Überweisungsbeschluss an den Bundesvorstand Bedingungen für Großraum- und Schwerlasttransporte verbessern	Die Kommission Wirtschaft hat über den Überweisungsbeschluss beraten und mehrheitlich für den Antrag gestimmt. Der Bundesvorstand folgte diesem Votum und stimmte somit dem Antrag zu. Verkehrsausschussmitglied Steffen Bilger nahm sich der Thematik an. Um dem MIT-Anliegen zu entsprechen und die Erlaubnisverfahren für Großraum- und Schwertransporte zu vereinfachen – und damit auch die Wartezeiten auf Erlaubnisse zu verkürzen, wurde die Verwaltungsvorschrift zu § 29 Absatz 3 der Straßenverkehrs-Ordnung (VwV-StVO) grundlegend überarbeitet. Die neue Fassung hat den Bundesrat am 10. März 2017 passiert. Zuständig für die Erteilung der Erlaubnis von Großraum- und Schwertransporten nach § 29 Absatz 3 StVO sind die Straßenverkehrsbehörden der Länder. Die Straßenbaubehörden sind dabei ab gewissen Parametern anzuhören. Die Anträge zur Erlaubnis von Großraum- und Schwertransporten werden Online mit dem eGovernment-Produkt VEMAGS® abgewickelt. Dieses elektronische Verfahren hat das alte zeitaufwendige Faxverfahren bei der Erlaubnis von Großraum- und Schwertransporten abgelöst. Das VEMAGS®-System liegt ebenfalls in der Zuständigkeit der Länder unter Federführung des Landes Hessen. Das Programmmodul wurde 2016 abgenommen und wird derzeit in einem Probebetrieb getestet. Interaktive elektronische Karten als Visualisierungshilfe für die Transportunter-

		nehmen halten die Länder bisher nicht vor. Einige Länder beabsichtigen aber, diese zu entwickeln und online bereit zu stellen.
A 44	Überweisungsbeschluss an den Bundesvorstand Industrie 4.0	Siehe Ausführungen Leitantrag Die Kommission Wirtschaft hat mehrheitlich für den Antrag votiert. Der Bundesvorstand ist diesem Votum gefolgt.
A 47	Überweisungsbeschluss an den Bundesvorstand Haftung des Arbeitgebers bei Ausfall des Versicherers im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung begrenzen	Die Kommission Arbeit und Soziales hat sich mit dem Antrag befasst und dem Bundesvorstand die Zustimmung bei einer Änderung empfohlen. Die Änderung: Ziffer 1 „auszuschließen“ statt „einzuschränken“ und Streichung von Ziffer 3 und 4. Der Bundesvorstand ist dem Votum gefolgt.
Übersicht abgelehnte Anträge		
	Ablehnung A 07 Neuausrichtung der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehsender	
	Ablehnung A08 Wider den Zertifizierungswahn und die Bürokratie	
	Ablehnung A 35 Numerus Clausus abschaffen	
	Ablehnung A 46 Änderung des Soli in Kommunal	

Anzeige

teckpro: technologische und fachliche Innovationen für die Finanzwirtschaft

Besuchen Sie uns an Stand 14

Einkommensbetrachtung (alle Einkünfte)

- Haushaltsbetrachtung
- Steuertechnische Betrachtung
- Sozialversicherungstechnische Betrachtung
- Bedarfsermittlung

- Betriebliche Altersvorsorge
- Private Altersvorsorge
- Vermögen



Auswertung von Kontextinformationen

Durch die Bündelung hoher fachlicher Expertise und umfassender IT-Kompetenz bietet die teckpro sowohl ausgereifte Softwarelösungen und Komponenten als auch Unterstützung durch vielfältige Dienstleistungsangebote. Die enge Zusammenarbeit mit wichtigen Forschungseinrichtungen – Fraunhofer ITWM, Deutsches Forschungszentrum

für Künstliche Intelligenz – sichert teckpro den Zugang zu neuesten Entwicklungen. Beispielsweise bietet das Unternehmen seit wenigen Jahren auch sogenannte „KI-Lösungen“ aus dem Bereich Augmented Vision in der mobilen Formularaufnahme und -analyse sowie zur intelligenten Entscheidungsunterstützung an.



Ihr Ansprechpartner:
Michael Littig
Vorstand

Spitalstraße 19-21
67659 Kaiserslautern
E-Mail: office@teckpro.de

Telefon: 0631/414 17-0
Telefax: 0631/414 17-11
Internet: www.teckpro.de



BERICHT ÜBER DIE ANTRÄGE DES MIT-BUNDESVERBANDS AN DEN 28. CDU-BUNDESPARTEITAG IN KARLSRUHE

Nummer	Titel	Beschluss und Verfahren
C 26	Optimierung der Rahmenbedingungen für Innovation und Startups	Annahme in geänderter Fassung
C 27	Bessere Folgenabschätzung von EU-Gesetzen und mehr Subsidiarität	Annahme
C 28	Ja zu TTIP – Chance für Deutschland	Annahme in geänderter Fassung
C 29	Für eine stärkere Marktintegration der Erneuerbaren Energien	Annahme in geänderter Fassung
C 30	Alter neu denken: Flexi-Rente weiterentwickeln	Annahme in geänderter Fassung
C 31	Vereinfachungspauschale einführen	Überweisung an den Bundesfachausschuss Finanzen, Wirtschaft und Energie (BFA). Der BFA hielt es für zielführender, diese steuerliche Einzelmaßnahme nicht separat, sondern im Zuge einer Diskussion zum Gesamtkomplex „Weiterentwicklung der Einkommensteuer“ zu behandeln. Dies war für die Sitzung am 18. Oktober 2016 vorgesehen, musste dann aber aus Zeitgründen kurzfristig vertagt werden.
C 32	Soli 2019 abschaffen	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der Solidaritätszuschlag wird seit 1995 zur Finanzierung der inneren Einheit Deutschlands erhoben. Der Erhebungszeitraum ist nicht befristet. Derzeit trägt der Bund (bei einer Gesamtschau) noch deutlich höhere Ausgaben für teilungsbedingte Lasten als der Solidaritätszuschlag an Einnahmen bringt. Allerdings ist auch klar: Der Solidaritätszuschlag ist nur zur Finanzierung eines vorübergehenden Sonderbedarfs konzipiert. Er muss endlich sein. Die Unions-Bundestagsfraktion tritt dafür ein, nach dem Auslaufen des Solidarpakts II im Jahr 2019 den Solidaritätszuschlag stufenweise abzuschmelzen - sofern kein weiterer vorübergehender Sonderbedarf vorhanden ist. Die SPD hat entsprechende Pläne allerdings abgelehnt bzw. eine Integration des Solidaritätszuschlags in den allgemeinen Einkommensteuertarif vorgeschlagen (was nur eine Verlagerung wäre). Eine kurzfristige Umsetzung der Unionspläne ist daher eher nicht realistisch.
C 33	Ehrliche Haushaltsführung	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin. Die Aufnahme der impliziten Verschuldung inklusive eines konkreten Gegenfinanzierungskonzepts in jeden Haushaltsplan von Bund, Ländern und Gemeinden ist ein interessanter Ansatz. Seitens des Bundes informiert das Bundesministerium der Finanzen mit dem Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen bereits jetzt einmal pro Legislaturperiode über die langfristige Entwicklung der staatlichen Finanzen (inklusive Alterssicherung und Pensionslasten) in Deutschland. Ein expliziter Ausweis im Rahmen der Haushaltsplanung setzt jedoch ein doppisches Haushaltsrecht voraus, das nicht überall gleichermaßen umsetzbar ist. Der Bund hat bereits im Jahr 1999 damit begonnen, ein auf Kapitaldeckung ausgerich-

		<p>tetes System der Beamtenversorgung aufzubauen. Im Jahr 1999 wurde zur Begrenzung der Versorgungsaufwendungen des Bundes eine Versorgungsrücklage eingeführt. Seitdem wurden neunmal von der Erhöhung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge der Bundesbeamten pauschal 0,2 Prozent abgezogen und der entsprechende Wert in eine Versorgungsrücklage überführt. Mit dem derzeit im Verfahren befindlichen Gesetz zur Änderung des Versorgungsrücklagegesetzes (BT-Drs. 18/9532) stärken wir die Versorgungsrücklage, indem ihr bis zum Jahre 2031 weiter die Einsparungen aus der Absenkung des Höchstruhegehaltssatzes zugeführt werden. Zudem wird der Beginn der Mittelentnahme auf das Jahr 2032 verschoben, um die Aufzehrung des Vermögens zu verhindern, bevor das mit dem Gesetz bezweckte Ziel, die Höchstlast bei den Versorgungsausgaben zu dämpfen, erreicht wird. Daneben wird mit dem im Jahre 2007 geschaffenen Versorgungsfonds eine Kapitaldeckung für alle ab dem 1. Januar 2007 neu eingestellten Beamten des Bundes aufgebaut. Die ursprünglich intendierte vollständige Kapitaldeckung der späteren Versorgungsausgaben lässt sich aber aufgrund der Niedrigzinsphase bis auf Weiteres nicht erreichen. Mit dem Gesetz zur Änderung des Versorgungsrücklagegesetzes wird der aktuellen Entwicklung durch Umstellung auf ein anteiliges Deckungssystem Rechnung getragen.</p>
C34	Verwaltung als Partner und Dienstleister: effizient und digital	Aufnahme in Antrag F „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“

BERICHT ÜBER DIE ANTRÄGE DES MIT-BUNDESVERBANDS AN DEN 29. CDU-BUNDESPARTEITAG IN ESSEN

Nummer	Titel	Beschluss und Verfahren
C 43	Deutschland als Vorreiter des digitalen Staates	Annahme in geänderter Fassung
C 45	Eurozone stabilisieren	Annahme in geänderter Fassung
C 46	Fortführung von „EXIST-Gründungskultur“	Annahme
C 47	Transparente Haushaltsführung	Annahme in geänderter Fassung
C 48	Deutschlandpaket	Berücksichtigung im Leitantrag des CDU-Bundesvorstands „Orientierung in schwierigen Zeiten“ – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa
C 49	Mit zielgerichteten Investitionen Deutschland gestalten	Überweisung der ersten Forderung „Aufbau eines 5G-Mobilfunknetzes“ sowie die dritte Forderung „Nation des digitalen Bürgerservices“ an das Netzwerk Digitalisierung sowie die zweite Forderung „Sonderprogramm Digitales Lernen“ an den BFA Bildung, Forschung und Innovation
C 50	Emissionsfreie Mobilität	Annahme in geänderter Fassung
C 51	Wiedereinführung der Meisterpflicht	Annahme in geänderter Fassung
C 52	Turbo für den Glasfaserausbau – Telekomaktien verkaufen	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 53	Europa nach dem Brexit	Annahme in geänderter Fassung

MITGLIEDERSTATISTIK DER MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG DER CDU/CSU

MITGLIEDERZAHLEN VON 2006 BIS JULI 2017

Landesverbände	Mitgliederstand											
	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	31.07.2017
Baden-Württemberg	3.877	3.750	3.649	3.651	3.596	3.577	3.546	3.502	3.433	3.346	3.233	3.183
Bayern	4.298	4.226	4.133	4.098	3.948	3.923	3.857	3.872	3.820	3.829	3.847	3.851
Berlin	823	771	791	762	746	731	809	858	899	954	927	894
Brandenburg	384	373	351	349	359	337	327	306	298	297	283	302
Bremen	136	136	136	128	119	109	94	92	92	87	87	85
Hamburg	443	429	431	422	399	352	338	315	289	267	231	228
Hessen	1.817	1.871	1.873	1.855	1.885	1.874	1.844	1.796	1.789	1.788	1.760	1.790
Mecklenburg-Vorpommern	274	277	268	269	260	250	249	254	264	253	251	260
Niedersachsen	4.871	4.873	4.908	4.914	5.119	5.203	5.135	5.108	4.996	4.888	4.775	4.766
Nordrhein-Westfalen	8.714	8.674	8.585	8.502	8.251	7.895	7.601	8.193	7.829	7.168	7.018	6.936
Rheinland-Pfalz	1.170	1.100	1.044	1.011	985	964	945	926	913	831	842	820
Saarland	475	445	427	404	395	390	387	388	389	374	350	348
Sachsen	565	531	493	445	417	409	413	430	446	430	425	426
Sachsen-Anhalt	622	604	543	530	524	503	487	466	476	463	431	426
Schleswig-Holstein	718	685	654	649	622	586	565	545	531	528	481	480
Thüringen	538	525	551	523	520	500	481	481	478	450	440	424
Insgesamt	29.725	29.270	28.837	28.512	28.145	27.603	27.078	27.532	26.942	25.953	25.381	25.219

22.101 88% MÄNNLICH
3.118 12% WEIBLICH

DIE FOLGENDEN STATISTIKEN SIND AUF DER GRUNDLAGE VON 21.368 MIT-MITGLIEDERN BERECHNET (OHNE MU BAYERN)

Mitgliedschaften in Vereinigungen und der CDU		
CDU	12.273	57,4%
CDA	306	1,4%
EAK	3.452	16,2%
Frauen Union	1.476	6,9%
Junge Union	599	2,8%
KPV	1.813	8,5%
OMV	258	1,2%
Senioren Union	940	4,4%

Stellung im Erwerbsleben		
Selbständige	10.770	50,4%
Angestellte / Ltd. Angestellte	3.696	17,3%
Beamte	556	2,6%
In Ausbildung / Studenten / Schüler	642	3,0%
Rentner / Pensionäre	278	1,3%
Arbeiter	106	0,5%
Hausfrauen / Hausmänner	106	0,5%
ohne Angaben	5.214	24,4%

DIE 10 MITGLIEDERSTÄRKSTEN KREISVERBÄNDE

Vechta (Niedersachsen)	841
Fulda (Hessen)	549
Paderborn (Nordrhein-Westfalen)	537
Rhein-Kreis-Neuss (Nordrhein-Westfalen)	492
Rhein-Sieg-Kreis (Nordrhein-Westfalen)	449

Düren-jülich (Nordrhein-Westfalen)	438
Meppen (Niedersachsen)	410
Osnabrück-Land (Niedersachsen)	365
Wesel (Nordrhein-Westfalen)	360
Mettmann (Nordrhein-Westfalen)	307



FÜR UNSERE
GESUNDHEIT
GEHT **PHYSIOTHERAPEUT**
JAN DAHIN, WO ES WEH TUT.
WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/jan

**IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER**

GRUSSWORTE

- CDU: BUNDESKANZLERIN DR. ANGELA MERKEL MDB
- CSU: MINISTERPRÄSIDENT HORST SEEHOFER MDL
- STADT NÜRNBERG: OBERBÜRGERMEISTER DER STADT NÜRNBERG DR. ULRICH MALY
- MU BAYERN: DR. H.C. HANS MICHELBACH MDB
- CDA: MINISTER KARL-JOSEF LAUMANN
- EAK: PARLAMENTARISCHER STAATSSSEKRETÄR THOMAS RACHEL MDB
- FU: PARLAMENTARISCHE STAATSSSEKRETÄRIN ANNETTE WIDMANN-MAUZ MDB
- JU: PAUL ZIEMIAK
- KPV: INGBERT LIEBING MDB
- OMV: HELMUT SAUER
- RCDS: JENOVAN KRISHNAN
- SU: PROF. DR. OTTO WULFF

DIE **MIT** IST EINE GEWICHTIGE STIMME IN DER UNION

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde der MIT,**

zu Ihrem 13. Bundesmittelstandstag sende ich Ihnen im Namen der CDU Deutschlands und persönlich die besten Grüße.

Sie treffen sich in entscheidenden Tagen für unser Land: Bei der Bundestagswahl am 24. September geht es darum, dass Deutschland seinen erfolgreichen Weg fortsetzen kann. CDU und CSU wollen auch weiterhin die Weichen für eine erfolgreiche Wirtschaft und gute Arbeitsplätze stellen. Denn wir wissen: Das ist die Grundlage für Wohlstand und soziale Sicherheit für alle.

Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit und die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft und insbesondere des deutschen Mittelstandes stärken. Deshalb wird es mit uns keine Verschärfung der Erbschaftsteuer und keine Vermögensteuer geben. Stattdessen wollen wir die Menschen steuerlich entlasten. Wir investieren in Bildung und Forschung, in Straßen und schnelles Internet. Wir setzen uns als Exportnation weiter für freien und fairen Handel und Handelsabkommen ein. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen – für Start-ups, Mittelstand und für große Unternehmen.



Wir wissen: Auch Deutschland kann es auf Dauer nur gut gehen, wenn es auch Europa gut geht. Dank der europäischen Einigung können derzeit 500 Millionen Menschen in einer Gemeinschaft leben, die von Frieden, Freiheit, Wohlstand und Sicherheit geprägt ist. CDU und CSU stehen dafür, dass Deutschland weiter seinen Beitrag leistet, damit wir, unsere Kinder und unsere Enkel in Frieden und Wohlstand leben können.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung ist eine gewichtige Stimme in der Union für ein wettbewerbsfähiges und erfolgreiches

Deutschland. Ich danke dem Bundesvorstand um Carsten Linnemann herzlich für die wichtige Arbeit und bitte Sie: Lassen Sie uns bis zum 24. September gemeinsam um jede Stimme für die Union kämpfen, für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben - damit auch in Zukunft die Wirtschaft wächst, so viele Menschen wie nie zuvor in Arbeit sind, Renten und Löhne steigen, die Arbeitslosigkeit historisch niedrig ist.

Ihnen allen wünsche ich eine erfolgreiche Delegiertentagung, gute Beratungen und dem neuen Bundesvorstand viel Erfolg für seine wichtige Arbeit.

Ihre

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB
Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands

UNTERNEHMER SIND DAS RÜCKGRAT UNSERER WIRTSCHAFTLICHEN STÄRKE

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Verbandsmitglieder,
geschätzte Parteifreunde,**

allen Teilnehmern des Bundesmittelstandtags der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Union übermittle ich persönlich und im Namen der Christlich-Sozialen Union herzliche Grüße und die besten Wünsche für Ihre diesjährige Bundesversammlung in Nürnberg.

Wir leben heute im besten und wohlhabendsten Deutschland, das es je gab. Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit sinkt und die Steuertöpfe von Bund und Ländern sind prall gefüllt.

Ein Hauptstützpfiler dieses neuerlichen Aufschwungs sind die Leistungsträger des deutschen Mittelstands. Schon immer sind Unternehmer wie Sie das Rückgrat unserer wirtschaftlichen Stärke. Dafür danke ich Ihnen!

Dank allein reicht jedoch nicht. Wie in Ihrem Leit Antrag gefordert, muss unser Steuersystem leistungsfreundlicher gestaltet werden. Die Union wird Leistungsträger in der kommenden Legislaturperiode spürbar entlasten. Denn wir sind uns einig: Leistung muss sich lohnen!

Gemäß den Forderungen der MIT wollen wir, dass der Spitzensteuersatz künftig erst ab einem steuerpflichtigen Jahreseinkommen von 60.000 Euro greift. Wir senken die Einkommensteuer um 15 Milliarden Euro pro Jahr und entlasten damit gezielt die Leistungsträger aus der Mitte unserer Gesellschaft, also Familien mit Kindern, Arbeitnehmer, Handwerker und Mittelständler. Zusätzlich schaffen wir den Solidaritätszuschlag schnellstmöglich ab. In der nächsten Legislaturperiode sind dies nochmals mindestens 4 Milliarden Euro Entlastung für die Steuerzahler. Steuererhöhungen in der kommenden Legislaturperiode lehnen wir kategorisch ab.

Der Mittelstand ist traditionell auch das Zuhause von Familien. Mir ganz persönlich und der Union ist es auch



weiterhin eine Herzensangelegenheit, Familien finanziell zu entlasten. Daher wurde Ihre Forderung, neben einer allgemeinen Erhöhung des Kindergeldes auch den Kinderfreibetrag auf das Niveau des Grundfreibetrags zu erhöhen, zentral in das Regierungsprogramm der Union aufgenommen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich kann Ihnen versichern: Wir werden uns nicht auf den Errungenschaften der Vergangenheit ausruhen. Der Anspruch der Union ist es, Deutschlands Erfolg für die Zukunft zu sichern und auszubauen. Eine

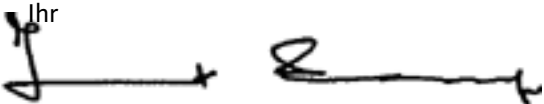
historische Chance und zugleich Herausforderung ist die stetig voranschreitende Digitalisierung nahezu aller Wirtschafts- und Lebensbereiche. Daher sage ich: Deutschland muss weltweiter Spitzenreiter bei der digitalen Infrastruktur und den gesetzlichen Rahmenbedingungen werden.

Wir werden die Digitalisierung zur Chefsache machen. Ein Digitalstaatsminister wird auf Bundesebene die weiteren Maßnahmen wie den massiven Ausbau der digitalen Infrastruktur oder die Einrichtung einer digitalen Verwaltung koordinieren und vorantreiben. Nur so können wir unserem Anspruch, „Digitalrepublik Nr. 1 in Europa“ zu sein, gerecht werden.

Für die heutigen Herausforderungen gilt dasselbe wie für jene der Vergangenheit: Nur mit einer starken Stimme des Mittelstands und der wirtschaftspolitischen Vernunft kann die Union Deutschland voranbringen. Diese Stimme waren und sind Sie, die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung von CDU und CSU.

In diesem Sinne bedanke ich mich herzlichst für Ihre Einladung und wünsche Ihnen einen erfolgreichen Verlauf Ihres 13. Bundesmittelstandtags.

Herzlichst
Ihr



Horst Seehofer MdL
Vorsitzender der CSU

IN NÜRNBERG TRIFFT ERFINDERGEIST AUF UNTERNEHMERGEIST

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Delegierte und Gäste,**

seien Sie ganz herzlich willkommen in Nürnberg. Es freut mich sehr, Sie zum 13. Bundesmittelstandtag begrüßen zu können. Sie tagen in der Nürnberg-Messe. Das Unternehmen, getragen von den beiden Hauptgesellschaftern Stadt Nürnberg und Freistaat Bayern, ist gerade 40 Jahre alt. Die dynamische Unternehmensentwicklung ist unvergleichbar. Keine deutsche Messengesellschaft in Deutschland ist seit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ schneller gewachsen. Alleine der Umsatz ist seit 1989 um den Faktor 15 gestiegen. Heute profitieren Nürnberg und seine Messe von der wiedergewonnenen zentralen Lage in Deutschland und Europa. Inzwischen gehört die Nürnberg-Messe zu den 15 größten Messengesellschaften der Welt.

Die Nürnberg-Messe steht fast stellvertretend für die positive wirtschaftliche Entwicklung in unserer Stadt, die lange vom Strukturwandel bestimmt war. Längst zeigen die Kennzahlen wieder klar nach oben. Die Arbeitslosen-zahl konnte im Vergleich zu vor 15 Jahren halbiert werden. Nürnberg hat sich auf seine alten Stärken besonnen. Die Erfolgsfaktoren stecken in Nürnbergs genetischem Code – seit Jahrhunderten trifft Erfindergeist auf Unternehmergeist. Heute ist Nürnberg High-Tech-, Industrie- und innovativer Dienstleistungsstandort und gehört als Herzstück der Europäischen Metropolregion Nürnberg mit ihren 3,5 Millionen Einwohnern zu den zehn großen Wirtschaftszentren Deutschlands. Die gesamte Region zählt zu den dynamischsten High-Tech-Zentren Europas. Die nächste



Herausforderung hat begonnen: Nürnberg entwickelt sich weiter zu einer Innovations-Hauptstadt für Zukunfts-Technologien und Forschung & Entwicklung.

Nürnberg's heterogene und stabile Wirtschaftsstruktur mit 25.000 Unternehmen ist hierfür die Basis. Eine lebendige Gründerszene, Global Player und Hidden Champions zukunftsgerichteter High-Tech- und Industrie-Sektoren, dynamische Dienstleister, moderne Produktionsstätten und Kleinbetriebe zeichnen Nürnberg aus.

Nürnberg zieht die Menschen an. Seit Jahren nimmt die Zahl der Einwohner zu. Rund 530.000 Bürgerinnen und Bürger sind es mittlerweile. Dies ist auch einem kontinuierlichen positiven Wanderungssaldo zuzuschreiben. Menschen finden in unserer Stadt alles, was sie brauchen: Arbeits-, Ausbildungs- und Studienplätze, ein reiches Kultur- und Freizeitangebot. Die große Attraktivität Nürnbergs bestätigt auch regelmäßig die alljährliche Mercer-Studie. Danach rangierte Nürnberg im Jahr 2016 in Sachen Lebensqualität bei weltweit 231 unter die Lupe genommenen Städten auf Rang 24.

Ich wünsche Ihnen eine erfolgreiche Tagung und einen angenehmen Aufenthalt in unserer Stadt. Genießen Sie die fränkischen Spezialitäten. Und versäumen Sie es nicht, bei einem Bummel durch die Altstadt die fast tausendjährige Geschichte unserer Stadt und das ein oder andere Kultur-Highlight zu erleben. Dann wissen Sie schon, was Sie bei Ihrem nächsten Besuch unbedingt noch ansehen müssen.

Dr. Ulrich Maly
Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg

WIR BRAUCHEN EINE POLITIK FÜR FREIHEIT, LEISTUNG UND EIGENTUM

Liebe Freunde und Gäste der MIT,

herzlich willkommen in Bayern! Ich freue mich, dass der Bundesmittelstandtag der MIT in diesem entscheidenden Wahlkampfjahr in meiner bayerischen und fränkischen Heimat stattfindet.

Jetzt, in wenigen Wochen, haben wir die Chance und die Möglichkeiten, auf die wir in CDU und CSU so lange hingearbeitet haben: Eine echte bürgerliche Regierung, die die Leistungsträger unseres Landes ins Zentrum stellt – Mittelstand und Mittelschicht. In den vergangenen Jahren haben wir – gegenüber der SPD – Schlimmeres für den Mittelstand verhindert. Und das ist unser Verdienst: Deutschland geht es so gut wie noch nie.

Aber: dieser Erfolg ist kein Selbstläufer! Es braucht gute Rahmenbedingungen.

Die Folgen der Flüchtlings- und Einwandererintegration



werden uns noch sehr lange belasten – ebenso wie die weit höheren Anforderungen an unsere Sicherheit im Innern und Auswärtigen.

Wirtschaft und Sicherheit müssen deshalb unsere Prioritäten sein! Sicherheit braucht eine Ordnungspolitik der Sozialen Marktwirtschaft und starke Wirtschaft braucht einen starken Mittelstand, eine starke Mittelschicht und eine starke Marktwirtschaft. Dafür kämpfen wir am 24. September!

Wir brauchen eine Politik für Freiheit, Leistung und Eigentum. Eine linke Mehrheit wäre Gift für unser Land.

Wir haben uns gemeinsam – MIT und MU – lange und gut auf die Bundestagswahl vorbereitet, mit einem klaren Ziel vor Augen:

Ab dem Abend des 24. September soll es nicht nur in Programmsätzen – sondern auch in der konkreten Politik heißen: Klar für Mittelstand, Mittelschicht und Marktwirtschaft!

Ihr



Dr. h.c. Hans Michelbach MdB
Vorsitzender der Mittelstandsunion Bayern (MU)

STARKE FLÜGEL TRAGEN ZUM ERFOLG DER UNION BEI

Lieber Carsten Linnemann, liebe Delegierte und Gäste des Bundesmittelstandtags!

Das Wahljahr 2017 steht kurz vor dem Höhepunkt. Noch drei Wochen bis zur Bundestagswahl. Dass wir Wahlen gewinnen können, haben wir in diesem Jahr bereits gezeigt. Überzeugende Inhalte, Geschlossenheit und vor allem ein engagierter Haustürwahlkampf haben uns in drei Bundesländern zum Sieg verholfen. Jetzt heißt es, Ärmel hochkrepeln und bis zum 24. September noch einmal alles geben. Wir wollen weiter regieren mit Angela Merkel an der Spitze. Das wird uns gelingen, denn wir haben den Wählern ein überzeugendes Programm vorgelegt und können auf eine hervorragende Bilanz verweisen. Deutschland geht es gut unter Führung der CDU, das gilt für die Unternehmer und Handwerker, das gilt auch für die Beschäftigten und ihre Familien. Diese Botschaft heißt es jetzt einmal mehr den Bürgern zu vermitteln.

Unsere Bilanz ist eine starke und wettbewerbsfähige Wirtschaft, massive Investitionen in die Infrastruktur, eine sehr gute Entwicklung am Arbeitsmarkt und ein ausgeglichener Haushalt. Hinzu kommen zahlreiche Verbesserungen bei Rente und Pflege.

Als Volkspartei hat die CDU in den letzten Jahren einen guten Weg zwischen Sicherheit und Freiheit, zwischen Solidarität und Eigenverantwortung gefunden. Daran haben



die Vereinigungen einen entscheidenden Anteil. Wir treiben Dinge voran, wir sind Garant für lebendige Diskussionen in der Partei – und indem wir in unsere jeweiligen Zielgruppen hineinwirken, tragen wir zum Erfolg der Union in Wahlkämpfen bei.

Die Union braucht starke Flügel: den Wirtschaftsflügel als Sprachrohr der Handwerker, Unternehmer und Freiberufler auf der einen Seite und den Sozialflügel als Vertretung insbesondere der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der anderen Seite. Gemeinsam stehen wir für eine Politik, die die ganze Gesellschaft im Blick hat. Das bedeutet nicht, dass wir immer einer Meinung

wären. MIT und CDA streiten in der Sache – manchmal hart, aber immer fair und mit dem Ziel, am Ende im Geiste der Sozialpartnerschaft zu einer Einigung zu kommen.

Vor Ihnen liegt ein wichtiger Bundesmittelstandtag, denn die MIT gibt sich ihr erstes Grundsatzprogramm. Für mich wird schon im ersten Kapitel deutlich, dass unsere Vereinigungen auf demselben Wertefundament stehen. Ausgehend vom christlichen Menschenbild treten wir gemeinsam für eine Gesellschaft ein, in der die Menschen in Freiheit und Verantwortung leben können. Dieses einende Band, davon bin ich überzeugt, hält alle sachlichen Auseinandersetzungen aus.

Ich wünsche Ihrer Tagung einen guten Verlauf und uns allen viel Kraft und Durchhaltevermögen im gemeinsamen Wahlkampf.

Mit herzlichen Grüßen

Karl-Josef Laumann

Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft der CDU Deutschlands (CDA)

FREIHEIT IM REFORMATIONSJAHR IN DEN FOKUS RÜCKEN

**Sehr geehrter Herr Dr. Linnemann,
sehr geehrte Teilnehmer der Bundes-
delegiertenversammlung,**

In der guten Tradition Ludwig Erhards und der Politik der Union zur Stärkung und Förderung der sozialen Marktwirtschaft und der Sicherung der Zukunftschancen unseres Landes und Europas widmen Sie sich unter dem Motto „Mehr Markt Wirtschaft“ auf Ihrem Bundesmittelstandtag einem zentralen Politikfeld unserer Regierung.

In diesem Jahr feiern wir das Reformationsjubiläum, das auch jene Impulse der Reformation in den Fokus rückt, deren Auswirkungen bis in unsere heutige Zeit reichen. Hierbei ist es auch wichtig den lutherischen

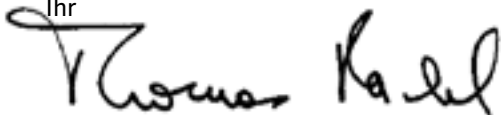


Freiheitsbegriff in seiner doppelten Bedeutung zu verstehen, nämlich als Ermöglichung zum freiheitlichen Engagement, aber auch in ausgewogener Balance zwischen individual- und sozialetischen Perspektiven.

Die Position, unsere sozialen Sicherheitssysteme weiter demografiefest zu gestalten, verdient aus christlicher Perspektive heraus eine besondere Zustimmung, da dies auch zentrale Werte wie Generationengerechtigkeit, Gemeinwohl und den Zusammenhalt der Gesellschaft stärkt.

Im Namen des gesamten Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU wünsche ich Ihnen für Ihre 13. Bundesdelegiertentagung ein gutes Gelingen und eine erfolgreiche Arbeit!

Mit besten Grüßen
Ihr



Thomas Rachel MdB
Bundvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK)

ERFOLGREICHE FAMILIENPOLITIK FÜR EINE ERFOLGREICHE WIRTSCHAFT

**Lieber Carsten Linnemann,
sehr geehrte Delegierte und Gäste,**

zum 13. Mittelstandstag der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU sende ich Ihnen – auch im Namen der Frauen Union der CDU Deutschlands – meine besten Grüße nach Nürnberg.

Politik für Familien ist einer der Schwerpunkte des Regierungsprogramms von CDU und CSU. Das freut mich ganz besonders. Die Erhöhung des Kindergeldes sowie die gleichzeitige Erhöhung des Kinderfreibetrages sind dabei zentrale Elemente, auf die sowohl die Mittelstandsvereinigung als auch die Frauen Union nachdrücklich gedrungen haben.

In den nächsten Jahren entscheidet sich, welche Länder bei der Digitalisierung erfolgreich und ganz vorne mit dabei sind. Dafür wollen wir jetzt die Weichen stellen. Die Digitalisierung stellt die Unternehmen in Deutschland vor große Herausforderungen. Dafür brauchen wir unsere klügsten Köpfe. CDU und CSU haben im gemeinsamen Regierungsprogramm einen Akzent gerade auf diesen Bereich gesetzt. Zugleich ist die Alterung der deutschen Gesellschaft eine Belastung für viele mittelständische Unternehmen, da zunehmend Fachkräfte fehlen. Viele Unternehmen haben bereits erkannt, dass eine hohe Frauenerwerbsquote ein



Wettbewerbsvorteil für ihr Unternehmen ist und handeln danach.

Ich freue mich, wenn wir in der nächsten Wahlperiode gemeinsam über Lösungen etwa zur Gewinnung von Frauen für den MINT-Bereich, die Gestaltung von Arbeitsplatz und -zeit sowie geeignete Rahmenbedingungen für Existenzgründerinnen beraten. Die Entwicklung von Familien- und Lebensarbeitszeitkonten würde es Familien ermöglichen, flexibler auf wechselnde Anforderungen im Lebensverlauf zu reagieren und so Erwerbstätigkeit und Familie besser zu vereinbaren. Deshalb begrüße ich es, dass wir diese Option gemeinsam mit

den Tarifparteien prüfen werden. Die Einrichtung eines elektronischen Bürgerportals würde die Umsetzung erleichtern.

Auch mit der Zielsetzung eines Rechtsanspruchs auf Betreuung im Grundschulalter und der Steuerbefreiung für Zuschüsse der Arbeitgeber für Betreuungskosten bis zum Ende der Grundschulzeit sind wichtige Forderungen der Arbeitgeber an die Politik im Regierungsprogramm der Union verankert.

Ich würde es begrüßen, wenn wir unsere gute Zusammenarbeit auch in Zukunft fortsetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Annette Widmann-Mauz MdB

Bundesvorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands

MIT DER **MIT** HABEN WIR EINEN STARKEN VERBÜNDETEN IN DER UNION AN UNSERER SEITE

Lieber Carsten Linnemann, liebe Freunde der MIT,

„Mehr Markt Wirtschaft“ – mit dieser Kernforderung kommt ihr zum 13. Bundesmittelstandtag am 1. und 2. September 2017 zusammen. In eurem Leitantrag legt ihr Lösungen für die großen wirtschaftspolitischen Herausforderungen vor.

Kurz vor der Bundestagswahl geht es Deutschland wirtschaftlich so gut wie lange nicht mehr: Exporte auf Rekordhöhen, die niedrigste Arbeitslosenquote seit 1991, steigende Steuereinnahmen, eine kontinuierlich sinkende Staatsverschuldung und ein ausgeglichener Haushalt. Der Haushaltsentwurf für 2018 prognostiziert keine neuen Schulden bis 2021 – das ist das Ergebnis Unions-geführter Regierungen!

Doch wir haben keinen Grund, uns darauf auszuruhen:

Wir wollen die gute Entwicklung nutzen, um in die Zukunft zu investieren und Wohlstand, Frieden und Freiheit zu stabilisieren. Die Junge Union hat klare Forderungen an das Regierungsprogramm von CDU und CSU gestellt und ich freue mich, dass viele darin eingeflossen sind.

Damit auch zukünftige Generationen gestalten können und nicht die Schulden von heute verwalten müssen, wollen wir Arbeitnehmer entlasten und die kalte Progression abbauen. Lieber Carsten, Du hast völlig Recht, wenn Du sagst, es ist „dringend an der Zeit, dass der Staat den Bürgern etwas von ihrem Lohn zurückgibt“. Das CDU/CSU Regierungsprogramm hat diesen Handlungsbedarf erfreulicherweise erkannt und Steuererleichterungen für geringe und mittlere Einkommen sowie eine Steuerentlastung durch eine Einschränkung der kalten Progression vorgesehen.

Besonders freue ich mich darüber, dass unser Plädoyer für mehr Familienunterstützung einen zentralen Punkt im Regierungsprogramm einnimmt. Der steuerliche Kinder-

Mit besten Grüßen



Paul Ziemiak

Bundenvorsitzender der Jungen Union Deutschlands



freibetrag soll auf das Niveau des Grundfreibetrags von Erwachsenen schrittweise angehoben sowie das Kindergeld erhöht werden.

Ein weiterer, wegweisender Faktor für die Zukunft der deutschen Wirtschaft liegt in der Innovationsförderung und dem Ausbau der digitalen Infrastruktur. Deutschland ist bei der Digitalisierung internationales Schlusslicht. Wenn die deutsche Wirtschaft im digitalen Zeitalter eine Führungsposition einnehmen will, müssen wir den Ausbau eines deutschlandweiten Glasfasernetzes forcieren. Der im Regierungsprogramm beschlossene Ausbau von digitaler Infrastruktur an

Schulen ist deshalb vollkommen richtig.

Trotzdem sollten wir traditionelle Berufsbilder nicht vergessen, die eine tragende Säule unserer Wirtschaft sind. Ich setze mich dafür ein, die duale Ausbildung zu stärken: Es gilt, die Qualität deutscher Ausbildungsberufe, Möglichkeiten aufzuzeigen und Attraktivität der beruflichen Bildung aufzuzeigen und den Meister zu schützen. Wir wollen Gründerlehrgänge für Auszubildende etablieren.

Lieber Carsten, liebe Freunde der MIT,

mit gemeinsamer Kraft haben wir bereits viele wichtige Forderungen umgesetzt. Mit der MIT haben wir einen starken Verbündeten in der Union an unserer Seite. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit in der kommenden Legislaturperiode.

Lieber Carsten,

abschließend möchte ich Dir ganz persönlich für die außerordentlich gute Zusammenarbeit danken. Du bist nicht nur ein anerkanntes Sprachrohr des Mittelstandes – über Parteigrenzen hinweg – sondern gerade für uns Jungen in der Union ein verlässlicher Ansprechpartner für die Interessen der jungen Generation.

Ich wünsche euch eine erfolgreiche und produktive Tagung.

KOMMUNEN SCHAFFEN DIE GRUNDLAGEN FÜR MEHR WACHSTUM, BESCHÄFTIGUNG UND WOHLSTAND

**Sehr geehrte Delegierte,
liebe Gäste,**

zu Ihrer diesjährigen Bundesdelegiertenversammlung der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU in Nürnberg übermittle ich Ihnen im Namen des Bundesvorstands der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV), aber auch ganz persönlich, herzliche Grüße.

Die Union hat in den vergangenen Wahlperioden die Gemeinden, Städte und Landkreise in Deutschland deutlich gestärkt. Nie zuvor sind die Kommunen so entlastet worden, nie zuvor hat der Bund den Kommunen so umfangreiche finanzielle Unterstützung gewährt. Und die Kommunen leisten hervorragende Arbeit. Mit den Investitionsprogrammen haben die Kommunen die Grundlagen für mehr Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand schaffen können. Mit den Förderprogrammen des Bundes konnte die Kinderbetreuung, der Personennahverkehr und die Stadtentwicklung vorangebracht



Foto: Laurence Chaperon



werden. Ohne die Kommunen hätte die Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge nicht gelingen können. Das Vertrauen in die Kommunen lohnt sich. Jetzt müssen wir mutig daraus die Lehren ziehen. Nicht Zentralismus und Gleichmacherei sind gefragt, sondern die individuellen Lösungen vor Ort.

Meinen Gruß verbinde ich gleichzeitig mit dem Dank an Sie alle und insbesondere an den Bundesvorstand für die geleistete ehrenamtliche Arbeit. Für die gute Zusammenarbeit sei Ihnen hier, auch im Namen des Bundesvorstands der KPV, herzlich gedankt! Dem neuen Bundesvor-

stand darf ich schon heute alles erdenklich Gute wünschen. Lassen Sie uns gemeinsam für eine gute Zukunft arbeiten.

In diesem Sinne wünsche ich Ihrer Tagung anregende Diskussionen. Für Ihre Beratungen, Beschlussfassungen, Neuwahlen und für die zukünftige Arbeit wünsche ich allen erdenklichen Erfolg.

Mit den besten Grüßen
Ihr

Ingbert Liebing MdB

Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands

DIE MIT IST DAS „OHR BEI DER WIRTSCHAFT“

**Sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender,
lieber Herr Dr. Linnemann,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreunde,**

zum Mittelstandstag im „Nürnberg Convention Center“ übermittle ich für den Bundesvorstand der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, aber auch persönlich herzliche Grüße der Verbundenheit. Ich wünsche für die Tagung einen erfolgreichen Verlauf, ein positives Medienecho und viele gute Impulse aus konstruktiven Gesprächen.

Ihren Leitantrag haben Sie unter den Aufruf „Mehr Markt Wirtschaft“ gestellt und weisen damit auch auf die altbekannte Tatsache hin, dass mittelständische Unternehmen Deutschlands größter Arbeitgeber und wichtigster Wirtschaftsmotor sind und dass sie für international nachgefragte Ideen, Dienstleistungen und Produkte stehen. Um dies auch zukünftig zu sichern, sollten ihr Innovationsdrang und ihre Risikobereitschaft, die unser jährliches Wirtschaftswachstum mit ermöglichen, mit einer fairen, die Marktwirtschaft fördernden Politik belohnt werden.

Für eine solche, wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik sind die Unionsparteien von jeher ein Garant.

Mit freundlichen Grüßen



Helmut Sauer
Bundesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV)



Dabei ist die MIT seit mehr als sechs Jahrzehnten eine wesentliche Schnittstelle zwischen Politik und Unternehmen – das „Ohr bei der Wirtschaft“. Sie sensibilisieren die mit Ihnen verbundenen Unternehmen für die Erfordernisse politischen Handelns und legen umgekehrt überall dort den Finger in die Wunde, wo Entwicklungsverzögerungen oder übermäßige Regularien die freie Entfaltung unternehmerischen Geistes oder sogar das Wirtschaftswachstum behindern.

Wie wichtig ein engagierter und mutiger Mittelstand für Deutschland ist, haben gerade die auch in der

OMV organisierten, deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler bewiesen, die nach dem gewaltsamen Heimatverlust oder der Ankunft in Deutschland mit ihrem Ideenreichtum, ihrem Wissen und ihrer Arbeitskraft vielerorts Unternehmen gegründet haben. Firmen, die zum Teil bis heute die mittelständische Unternehmenslandschaft bereichern und von denen Viele enge Kontakte zur MIT pflegen.

Für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren, auch im CDU-Bundesvorstand, danke ich Ihnen und gehe von einer eben solchen Fortsetzung aus.

DEUTSCHLAND MUSS ZUM WELTWEITEN SPITZENREITER BEI DER DIGITALEN INFRASTRUKTUR WERDEN

Sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender, lieber Carsten, liebe Delegierte des Bundesmittelstandtags,

im Namen des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) sende ich Ihnen zum 13. Bundesmittelstandtag vom 1. bis 2. September 2017 in Nürnberg – meiner Geburtsstadt – die herzlichsten Grüße.

Der Titel Ihrer diesjährigen Zusammenkunft lautet „Mehr Markt Wirtschaft“. Deshalb stellen Sie in Ihrem Leit Antrag Lösungen für die sechs größten wirtschaftspolitischen Herausforderungen in der Bundesrepublik Deutschland vor, mit dem Ziel – durch Verbesserungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – Deutschland als Vorbild für eine moderne und erfolgreiche Wirtschaftsordnung in Europa zu etablieren. Das Fundament stellen dabei die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Auch für uns bilden bei der Sozialen Marktwirtschaft die wirtschaftliche Vernunft und die soziale Gerechtigkeit zwei Seiten derselben Medaille. Unser christliches Menschenbild bedingt die Soziale Marktwirtschaft als erfolgreiches Wirtschaftssystem. Sie schafft es, das menschliche Streben nach Freiheit und Individualität zufriedenstellend mit einem starken Verantwortungsbewusstsein für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu verbinden.

In diesem Zusammenhang ist Bildung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und erfüllt neben ihrem Selbstzweck viele wichtige Aufgaben für die Vitalität unserer Gesellschaft wie auch der Ökonomie. Die Bereitstellung und Finanzierung



Foto: Joy Fischer



von Studienplätzen ist daher eine lohnende Investition in die Zukunft der gesamten Bevölkerung. Gerade in Zeiten des demografischen Wandels stellt eine ausreichende Verfügbarkeit hochqualifizierter Fachkräfte die Basis der wirtschaftlichen Prosperität dar.

Wir unterstützen ganz klar Ihre Forderung, Deutschland zum weltweiten Spitzenreiter bei der digitalen Infrastruktur zu machen. Daher setzen wir uns auch für eine fortschreitende Digitalisierung der Hochschulen ein. Die Möglichkeiten der Digitalisierung sollen dabei für die Weiterentwicklung des Studiums in drei Kernpunkten umgesetzt werden: das digitale

Studium, die Interaktion zwischen Lehre und Forschung sowie Online-Kurse im in- und europäischen Ausland. Nur so ist es möglich, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und Studenten entsprechende und wichtige Kompetenzen zu vermitteln.

In diesem Sinne ist es mir wichtig, dass die MIT und der RCDS weiterhin so eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten wie bisher, um die vor uns liegenden Herausforderungen gemeinsam zu meistern. Nur gemeinsam können wir im Bundestagswahljahr 2017 stark sein und dafür kämpfen, dass Angela Merkel die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland bleibt.

Ihrem Bundesmittelstandtag wünsche ich einen guten Verlauf mit vielen interessanten Gesprächen und Begegnungen. Ihnen allen wünsche ich alles Gute und Gottes Segen.

Jenovan Krishnan
Bundesvorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)

LEISTUNGSTRÄGER UNSERER GESELLSCHAFT STÜTZEN UND NICHT ZUSÄTZLICH BELASTEN

**Sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender,
lieber Carsten Linnemann,
liebe Freundinnen und Freunde
der Mittelstands- und Wirtschafts-
vereinigung,**

zum 13. Bundesmittelstandstag der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU am 1. und 2. September 2017 in Nürnberg übermittle ich Ihnen die herzlichsten Grüße der Senioren-Union der CDU. Gerne nehme ich die Gelegenheit wahr, Ihnen auch persönlich, wie allen Mitgliedern der MIT, für die gute Zusammenarbeit mit der Senioren-Union zu danken.

Innerhalb der Union und auch darüber hinaus sprechen Sie nicht nur die anstehenden Herausforderungen und wichtigen, oftmals schwierigen Probleme an, sondern zeigen gleichfalls Lösungswege auf. Diese mögen



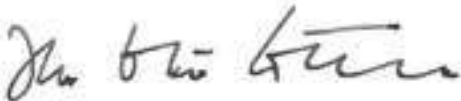
Senioren
Union CDU

auch mal polarisieren, doch eines ist klar: Nur mit starken Unternehmern und einem starken Mittelstand kann auch Deutschland stark sein!

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Wirtschaftskompetenz der Union ist wohl begründet. Wir sehen die Welt nicht durch eine rote oder dunkelrote Brille, denn wir wissen: Gerechtigkeit korreliert immer auch mit Leistung, Angemessenheit und Finanzierbarkeit. Und so gilt es demnach auch, die Leistungsträger Deutschlands zu stützen und nicht zusätzlich zu belasten.

Ich wünsche Ihnen und allen Delegierten gute Beratungen sowie spannende Diskussionen und weiterhin viel Erfolg in der politischen Arbeit.

Herzlichst



Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands

NürnbergMesse. Turning ideas into value.

WO DIE WELT ZUSAMMENKOMMT, EXPANDIEREN GESCHÄFTE

Internationales Messejahr 2018

EUROGUSS	16.01. – 18.01.
Perimeter Protection	16.01. – 18.01.
Spielwarenmesse ° *	31.01. – 04.02.
BIOFACH ° / VIVANESS °	14.02. – 17.02.
FeuerTRUTZ	21.02. – 22.02.
embedded world	27.02. – 01.03.
U.T.SEC	07.03. – 08.03.
Enforce Tac °	07.03. – 08.03.
FENSTERBAU FRONTALE / HOLZ-HANDWERK	21.03. – 24.03.
MT-CONNECT	11.04. – 12.04.
Interzoo °	08.05. – 11.05.
PCIM Europe * / SMT Hybrid Packaging	05.06. – 07.06.
Stone+tec Nürnberg	13.06. – 16.06.
GaLaBau	12.09. – 15.09.
FachPack	25.09. – 27.09.
PADDLEexpo *	05.10. – 07.10.
it-sa Die IT-Security Messe und Kongress	09.10. – 11.10.
Chillventa	16.10. – 18.10.
BrauBeviale	13.11. – 15.11.
SPS IPC Drives *	27.11. – 29.11.

Auszug, alle Angaben ohne Gewähr, Änderungen vorbehalten
 ° Nur für Facheinkäufer mit Legitimation * Gastveranstaltung

nuernbergmesse.de/termine

NÜRNBERG  **MESSE**

ANLAGEN

- KONTAKTDATEN UND ZEITTADEL
- BISHERIGE BUNDESMITTELSTANDSTAGE
- ORGANIGRAMM

ANSCHRIFTEN DES BUNDESVERBANDS, DER LANDESVERBÄNDE UND DES PKM

MIT-BUNDESVERBAND

Hauptgeschäftsführer: Thorsten Alsleben
Schadowstraße 3, 10117 Berlin
Tel.: 030/220798-0 • Fax: 030/220798-22
info@mit-bund.de
www.mit-bund.de

PARLAMENTSKEIS MITTELSTAND

Geschäftsführer: Dr. Philipp Birkenmaier
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/22755900 • Fax: 030/22756203
pkm@cducsu.de
www.cdu-csu.de/pkm

LANDESVERBAND BADEN-WÜRTTEMBERG

Leitung der Landesgeschäftsstelle:
Ulla Müller-Eisenhardt
Stammheimer Str. 10, 70806 Kornwestheim
Tel.: 07154/8025140 • Fax: 07154/8025145
mueller-eisenhardt@mit-bw.de
www.mit-bw.de

MITTELSTANDS-UNION DER CSU (BAYERN)

Geschäftsführer: Thomas Lemke
Nymphenburger Straße 64, 80335 München
Tel.: 089/1243272 • Fax: 089/1243292
Thomas.Lemke@csu-bayern.de
www.mu-bayern.de

LANDESVERBAND BERLIN

Geschäftsführer: Stefan Böhm
Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin
Tel.: 030/32690436 • Fax: 030/32690492
lgs@mit-berlin.de
www.mit-berlin.de

LANDESVERBAND BRANDENBURG

Geschäftsführer: Hans-Peter Pohl
Gregor-Mendel-Str. 3, 14469 Potsdam
Tel.: 0172/4221121 • Fax: 0331/6201414
info@mit-bb.de
www.mit-bb.de

LANDESVERBAND BREMEN

Geschäftsstelle: N. N.
Am Wall 135, 28195 Bremen
Tel.: 0421/30894-26 • Fax: 0421/30894-926
info@mit-bremen.de
www.mit-bremen.de

LANDESVERBAND HAMBURG

Geschäftsführer: Thomas Klömmer
Leinpfad 74, 22299 Hamburg
Tel.: 040/460226 • Fax: 040/464500
info@mittelstand-hamburg.de
www.mittelstand-hamburg.de

LANDESVERBAND HESSEN

Geschäftsführer: Berthold Jost
Michael-Henkel-Straße 4-6, 36043 Fulda
Tel.: 0661/9340722 • Fax: 0661/9340720
b-jost@mit-hessen.de
www.mit-hessen.de

LANDESVERBAND MECKLENBURG- VORPOMMERN

Geschäftsführerin: Wiebke Weitendorf
Puschkinstraße 10, 19055 Schwerin
Tel.: 0385/59588071 • Fax: 0385/59588071
info@mit-mv.de
www.mit-mv.de

LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

Hauptgeschäftsführer: Andreas A. Sobotta
Wilfried-Hasselmann-Haus
Hindenburgstraße 30, 30175 Hannover
Tel.: 0511/2799123 • Fax: 0511/2799124
info@mittelstand-niedersachsen.de
www.mittelstand-niedersachsen.de

LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Geschäftsführer: Stefan Simmnacher
Wasserstraße 5, 40213 Düsseldorf
Tel.: 0211/1360045 • Fax: 0211/1360042
info@mit-nrw.de
www.mit-nrw.de

LANDESVERBAND RHEINLAND-PFALZ

Geschäftsführer: Helmut Klapheck
Rheinallee 1a-d, 55116 Mainz
Tel.: 06131/284717 • Fax: 06131/284768
helmut.klapheck@cdu.landtag.rlp.de
www.mit-rlp.de

LANDESVERBAND SAARLAND

Geschäftsführerin: Andrea Kallenbrunnen
Stengelstraße 5/III, 66117 Saarbrücken
Tel.: 0681/5845323 • Fax: 0681/585052
andrea.kallenbrunnen@cdu-saar.de
www.mit-saar.de

LANDESVERBAND SACHSEN

Geschäftsführer: Frederic Wutzler
Fetscherstr. 32/34, 01307 Dresden
Tel.: 0351/44917-21 • Fax: 0351/44917-60
frederic.wutzler@mit-sachsen.de
www.mit-sachsen.de

LANDESVERBAND SACHSEN-ANHALT

Geschäftsführer: Tobias Schmidt
Fürstenwallstraße 17, 39104 Magdeburg
Tel.: 0391/5602017 • Fax: 0391/5602032
info@mit-sachsen-anhalt.de
www.mit-sachsen-anhalt.de

LANDESVERBAND SCHLESWIG-HOLSTEIN

Geschäftsführer: Thomas Klömmer
Sophienblatt 44-46, 24114 Kiel
Tel.: 0431/674747 • Fax: 0431/671018
mit@cdu-sh.de
www.mit-sh.de

LANDESVERBAND THÜRINGEN

Geschäftsführerin: Eva-Maria Sieringhaus
An der Klostermauer 3, 99887 Georgenthal
Tel.: 036253/4460-0 • Fax: 036253/4460-1
info@mit-thueringen.de
www.mit-thueringen.de

ZEITTADEL

VORSITZENDE

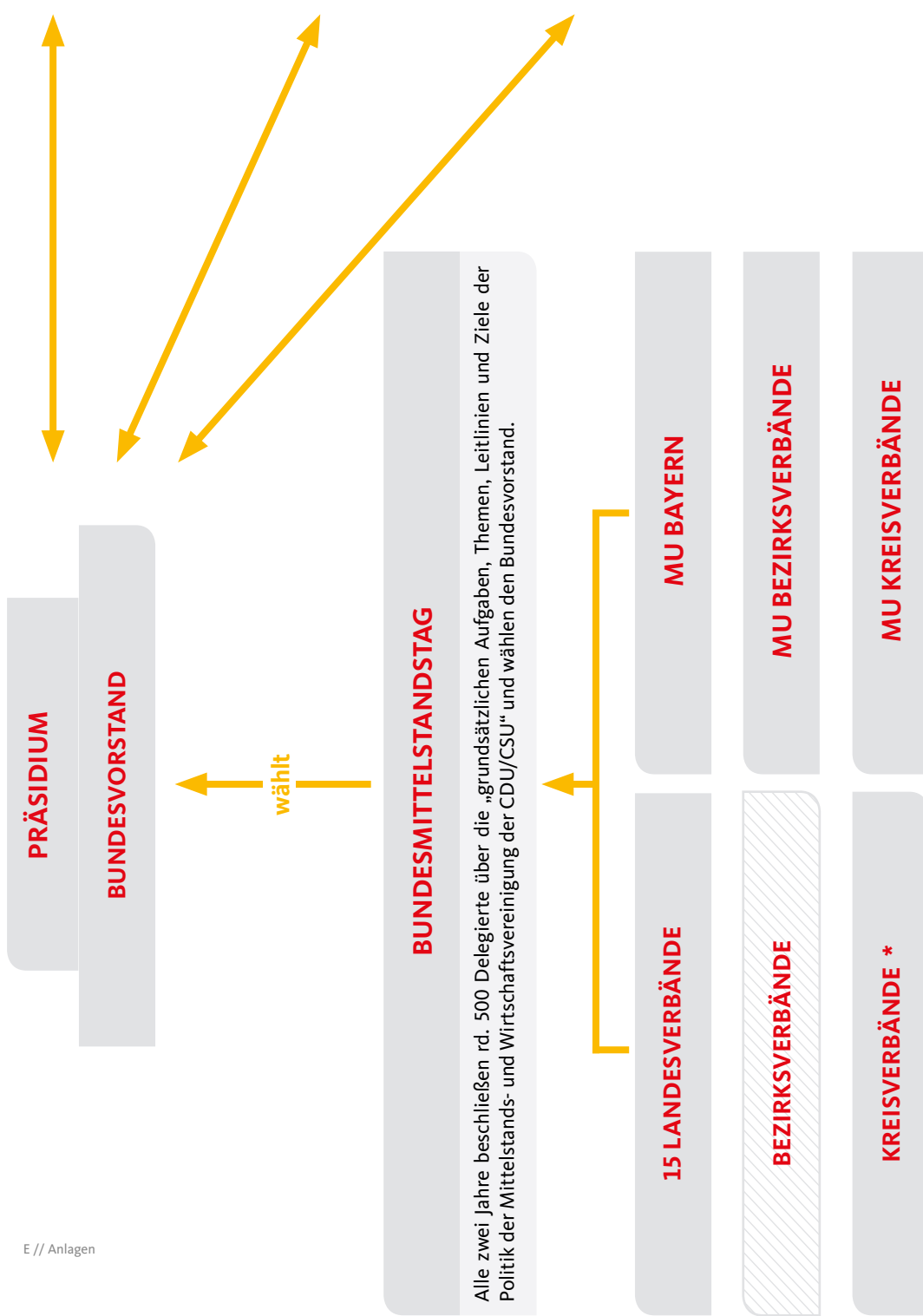
Dr. h.c. Kurt Schmücker MdB
27.04.1956 – 27.09.1970
Egon Lampersbach MdB
28.09.1970 – 04.02.1977
Prof. Dr. Gerhard Zeitel
05.02.1977 – 11.06.1987
Elmar Pieroth
12.06.1987 – 22.04.1993
Klaus Bregger
23.04.1993 – 28.03.1996
Dr. Dr. h.c. Hansjürgen Doss MdB
29.03.1996 – 20.02.1997
Peter Rauen MdB
21.02.1997 – 22.09.2005
Dr. Josef Schlarmann
23.09.2005 – 11.10.2013
Dr. Carsten Linnemann MdB
12.10.2013 –

BUNDES- BZW. HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER

Hansgeorg Klauss
27.04.1956 – 23.06.1958
Klaus Oertel
23.06.1958 – 03.12.1963
Clemens Riedel MdB
03.12.1963 – 27.09.1968
Egbert Hamburger
28.09.1968 – 31.03.1969
Dr. Christoph Uleer
01.04.1969 – 31.12.1970
Heinz-Ulrich Stürmann
01.01.1971 – 30.09.1972
Günther Vowinckel
01.01.1973 – 31.05.1973
Carsten Cornelsen
01.06.1973 – 30.06.1975
Dr. Dr. h.c. Peter Spary
03.07.1975 – 30.09.1990
Peter Helmes
01.01.1991 – 31.03.1996
Hans-Dieter Lehnen
01.04.1996 – 30.04.2014
Astrid B. Jantz (kommissarisch)
01.05.2014 – 31.05.2014
Thorsten Alsleben
01.06.2014 –

BISHERIGE BUNDESMITTELSTANDSTAGE

DATUM	ORT	THEMA/MOTTO
27.04.1956	Stuttgart	Konstituierung des Bundesarbeitskreises-Mittelstand (BAM) der CDU/CSU
28.04.1956	Stuttgart	Änderung der Parteisatzung; Vorstandswahlen
01.10.1956	Köln	ordentliche Delegiertenversammlung; eigene Presseorgane: „Nachrichten und Kommentare aus der Mittelstandspolitik“ und „Mittelstandspolitische Schriften“
13.05.1957	Hamburg/ Winterhude	Mitgliederversammlung des BAM (im Rahmen des CDU-Bundesparteitages)
23.06.1958	Düsseldorf	Delegiertenversammlung; Vorstandswahl; Neubildung der Fachausschüsse
1960	Bonn	Delegiertenversammlung, erste eigenständige Veranstaltung des BAM
31.07.1961	Köln	erste bundesweite Delegiertenversammlung; erste konkrete mittelstands- politische Leitsätze
10./11.09.1962	Würzburg	Delegiertenversammlung; Satzungsänderung neuer Name: „Mittelstandskreis der CDU/CSU“
03.12.1963	Düsseldorf	Delegiertenversammlung, getrennte Geschäftsführung von Mittelstandskreis und DKM
01./02.10.1964	Bremen	erster bundesweiter Mittelstandstag
10./11.07.1965	Wiesbaden	„Mit mehr Selbstvertrauen in die Zukunft“
21./22.10.1966	Weilburg/Lahn	Grundsätze der Wirtschafts- und Finanzpolitik
17.04.1967	Koblenz	„Keine Ordnung ohne Mitte“
27.09.1968	Bonn	Mittelstandspolitische Vorschläge von DKM und Mittelstandskreis
27./28.05.1969	Dortmund	1. Bundskongreß; Umbenennung des BAM in „Mittelstandsvereinigung der CDU CSU“; Leitsätze der Mittelstandsvereinigung
1970	Ansbach	Mittelstandspolitik aus der Opposition; Beitrags- und Finanzordnung
12./13.09.1971	Bremen	Grundsätzliche Entwicklungstendenzen des Mittelstandes
19./20.03.1972	Mannheim	„Mit Blick nach vorn“
17.07.1973	Hannover	Leitsätze zur Vermögensbildung, zu beruflicher Bildung und Bodenrecht
08.06.1974	Berlin	„Die neuen Chancen des Mittelstandes“
20./21.09.1974	Erlangen	Neuorientierung des Mittelstandes
23.11.1975	Bonn	„Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft“
04./05.02.1977	Eltville	Manifest zur europäischen Politik für den Mittelstand
02./03.05.1978	Göttingen	„Mehr Selbständigkeit - weniger Bürokratie“
03./04.02.1979	Berlin	„Mittelstand – Garant der Freiheit“
11./12.04.1980	Saarbrücken	„25 Jahre MIT – Mittelstand, Garant der Freiheit“
22./23.05.1981	Mainz	„Selbständigkeit – Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft“
16./17.04.1982	Osnabrück	„Mittelstand schafft Arbeitsplätze“
29./30.04.1983	Stgt. Fellbach	„Mittelstand hat wieder Zukunft“
04./05.05.1984	Aachen	„Mittelstand in der technologische Herausforderung“
26./27.04.1985	Hamburg	„Neue Medien – Chance und Herausforderung für den Mittelstand“
09./10.05.1986	Nürnberg	„Steuerreform in mittelstandspolitischer Verantwortung“
12./13.07.1987	Kiel	„Strukturreform Gesundheitswesen – Stopp der Sozialkostenlawine“
11./12.03.1988	Karlsruhe	„Mehr Mittelstand – mehr Arbeitsplätze“
05./06.05.1989	Frankfurt	„Europa'92 – Offensive für den Mittelstand“
09./10.03.1990	Bonn	„Freiheit statt Sozialismus“
07./08.06.1991	Berlin	„Mittelstand sichert Freiheit in Europa“
23./34.04.1993	Stuttgart	Standort Deutschland: „Leistung muß sich wieder lohnen“
23./24.09.1994	Magdeburg	„Wir schaffen die Arbeitsplätze: Der Mittelstand“
31.03./01.04.1995	Hannover	„Mittelstand macht mobil“
21./22.02.1997	Bonn	„Reformen braucht das Land – 40 Jahre MIT“
04.05.09.1998	München	„Mit der Union und einem starken Mittelstand ins nächste Jahrtausend“
22./23.10.1999	Koblenz	„Wachstum-Beschäftigung-Selbständigkeit“
26./27.10.2001	Weimar	„Mittelstand – umworben, getäuscht, abgezockt“
17./18.10.2003	Köln	„Mittelstand – Fundament des Fortschritts“
23./24.09.2005	Dresden	„Mittelstand – Chancen für Deutschland, Sozial ist wer Arbeit schafft!“
16./17.11.2007	Bremen	„Mittelstand – Motor der Sozialen Marktwirtschaft“
06./07.11.2009	Berlin	„Starker Mittelstand – Starkes Deutschland“
28./29.10.2011	Deggendorf	„Aktiver Mittelstand – verlässliche Politik“
11./12.10.2013	Braunschweig	„Mut-Initiative-Taten: Deutschland braucht engagierte Unternehmer“
13./14.11.2015	Dresden	„Deutschland kann mehr – Aufbruch in den Chancenstaat“



PARLAMENTSKREIS MITTELSTAND (PKM) DER CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION

Der Parlamentskreis Mittelstand (PKM) ist das Bindeglied zwischen MIT und der Arbeit im Bundestag. Der PKM ist die größte Gruppe innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Mehrere Mitglieder des MIT-Bundesvorstands sind zugleich im PKM-Vorstand aktiv. Sie sorgen dafür, dass MIT-Beschlüsse in die Beratungen im Bundestag eingespeist werden und sie bekommen mit, welche wirtschaftsrelevanten Entscheidungen im Bundestag anstehen.

PARLAMENTSKREIS MITTELSTAND (PKM) EUROPE

Europa-Abgeordnete der deutschen CDU/CSU engagieren sich im PKM Europe für die Belange der mittelständischen Wirtschaft. Gesetzgebung der Europäischen Union wird vom PKM Europe frühzeitig aufgegriffen und im Dialog mit der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU und mit dem Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag diskutiert.

KOMMISSIONEN UND ARBEITSGRUPPEN

Um den vorhandenen Sachverstand all unserer Mitglieder in die Arbeit unserer MIT einzubringen, hat der Bundesvorstand Kommissionen und weitere Beiräte eingesetzt, die eine Beratungsfunktion für die jeweiligen politischen Themenfelder haben sollen. Die Gruppen werden von Fachleuten aus Politik und Wirtschaft geleitet. Die Beratungsergebnisse fließen in die Arbeit des Bundesvorstands ein, der daraus konkrete Anträge und Initiativen entwickelt. Zudem wird so sichergestellt, dass das Gedankengut der MIT in den jeweiligen beruflichen Wirkungskreisen verbreitet und vertreten wird. Zudem werden so die spezifischen Anliegen innerhalb der Union gewahrt.

Einzusehen unter www.mit-bund.de



* in manchen Kreisverbänden gibt es Stadt- und Gemeindeverbände

IMPRESSUM

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU
Bundesgeschäftsstelle
Schadowstraße 3 · 10117 Berlin
Tel. +49 30 220798 0 · Fax +49 30 220798 22
info@mit-bund.de · www.mit-bund.de
f www.facebook.com/MITbund · t @MIT_bund

Inhaltlich Verantwortlicher:
Thorsten Alsleben, Hauptgeschäftsführer

Umsetzung und Produktion:
brandung³ kommunikation
www.brandung3.de

Bildrechte:
Cover: fotolia.com/photo20ast ; weitere Bilder: MIT

Mein Genuss. Meine Freiheit.

Lili S., 36 Jahre, Freeclimberin



“ Es gibt Menschen, die sagen, dass ich lebensmüde bin.

Aber ich liebe mein Leben und setze es nicht leichtfertig aufs Spiel. Meine Leidenschaft hat nichts mit Verantwortungslosigkeit zu tun, sondern mit meiner persönlichen Freiheit.

Es ist meine Entscheidung und die treffe ich bewusst und selbstbestimmt. Jeden Tag aufs Neue.



REEMTSMA

reemtsma.com



Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU
Bundesgeschäftsstelle
Schadowstraße 3 · 10117 Berlin
Tel. +49 30 220798 0 · Fax +49 30 220798 22
info@mit-bund.de · www.mit-bund.de